

NEUE ZEIT

JANUAR 1985

3

auf-
Broschüre

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Pützlin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK



WARSCHAU
IM SOZIALISMUS
WIEDERBESTANDEN



14159 3
151 394 347
ZOLLVERW-BI
1500 900X 1529
PLBS



Diorama
„Heldenhafte
Presnja“

SOWJETUNION IM BILD

Die Revolution 1905—1907 wurde von Lenin als die „Generalprobe“ der Oktoberrevolution bezeichnet. Sie flammte vor 80 Jahren im zaristischen Rußland auf, wo die Widersprüche des Imperialismus den Siedepunkt erreicht hatten.



Eingang zum Museum

Die erste russische Revolution ging als bürgerlich-demokratische Revolution neuen Typus in die Geschichte ein. Zum erstenmal trat die Arbeiterklasse als Hegemon aller werktätigen Massen auf. Die Partei der Bolschewiki wurde zum Vortrupp des Volkskampfes. Lenin sagte: Das Volk „hatte die Feuertaufe erhalten. Es war im Aufstand gestählt worden. Es bereitete die Reihen der Kämpfer vor, die im Jahre 1917 gesiegt haben“. Die Erfahrungen aus der ersten russischen Revolution beim Kampf gegen die Ausbeuter für Freiheit und Demokratie halfen dem Volk, im Februar 1917 den verhaßten Zarismus zu stürzen und im Oktober die Herrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen.

Im Feuer der Revolution entstanden neue Machtorgane — die Sowjets als Prototyp des künftigen sozialistischen Staatswesens.

Höhepunkt der Revolu-

tion war der Dezemberaufstand in Moskau. Er brach im Arbeiterviertel Krasnaja Presnja aus, wo die Aufständischen harte Kämpfe gegen die Selbstherrschaft austrugen.

Die heldenhafte Geschichte jener Tage erstet in einer Ausstellung des Revolutionsmuseums „Krasnaja Presnja“ in Moskau.



Gefechtskizze...
Waffen
der Aufständischen...

Fotos: W. Panow

Das Museum
ist stets
gut besucht



START IN GENF

Nun sind die Gespräche Andrej Gromykos mit US-Außenminister Shultz noch keine Verhandlungen, sondern lediglich das Vorspiel dazu. Zweck der Begegnung ist es, eine gemeinsame Auffassung von Gegenstand und Zielen dieser Verhandlungen zu entwickeln. Es handelt sich darum, das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und gleichzeitig Wege zur radikalen Reduzierung nuklearer Rüstungen bis hin zur vollständigen Beseitigung der nuklearen Waffen zu gewährleisten.

Die Sowjetunion ist bereit, diesen Weg bis zu dem Punkt zu gehen, der allgemeine und vollständige Abrüstung heißt.

Große Dinge beginnen im Kleinen. Wie oft hat die UdSSR in den Nachkriegsjahren ihren guten Willen demonstriert und der anderen Seite Signale gegeben in der Hoffnung, daß ihr Beispiel aufgenommen wird. Sie hat freiwillig auf Militärstützpunkte verzichtet, einseitig ihre Truppen abgebaut, Kernwaffentests und die Aufstellung von Raketen eingestellt. Der Mangel an der Reaktion der anderen Seite wird jenen niemals den Mut nehmen, die an ihre gerechte Sache, an den Triumph der Vernunft glauben, die die Beendigung des wahnsinnigen und teuren Wettlaufs fordert, an dessen Ende weder Lorbeer noch Preise, sondern höchstens das Ende der Entwicklung der Menschheit warten. Vom Glauben an die Vernunft diktiert ist auch der Beschluß der UdSSR, auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zu verzichten. Die Sowjetunion hat auch jetzt, da immer deutlicher wird, welche Gefahr der Welt und der Menschheit aus dem Weltraum droht, einen neuen konstruktiven Schritt unternommen: Die einseitige Verpflichtung, keine Satellitenabwehrwaffen in den Weltraum zu starten (diese Verpflichtung gilt auch für Teststarts).

Die Sowjetunion ist zum vollständigen Verbot aller Kerntests wie zum Einfrieren der Nukleararsenale bereit. Es gibt keine Maßnahmen zur Eindämmung des Wettrüstens und einer faktischen Abrüstung, denen sich die UdSSR entziehen würde.

Wozu aber ist Washington bereit, welche Gedanken und Angebote kommen aus dem Weißen Haus?

Es gibt da mancherlei, z. B. die Konzeption "Hochrüsten-Abbauen". Oder den "Rogers-

Plan". Oder die Doktrin der "umfassenden" Raketenabwehr mit Elementen der Weltraumstationierung, das beliebteste Steckenpferd des Weißen Hauses.

Die ganze Welt schaudert bei der Vorstellung dieser Ungeheuerlichkeit. Nur naive, vertrauenssüchtige Menschen können hinsichtlich der wahren Ziele der "Sternenkriegs"-Strategen fehlgehen. In der Hoffnung, eines Tages einen "unverletzbaren" Schild zum Abfangen eines Gegenschlags des "potentiellen Gegners" im Weltraum zu besitzen, drängen sie auf die entscheidende militärische Überlegenheit und auf freie Hand für den Erstschlag.

Das Weiße Haus ärgert sich darüber, daß andere seine heißgeliebte "hochmoralische" Doktrin der "strategischen Verteidigung" nicht schätzen, die ja nur "zur Vernichtung von Raketen, nicht aber von Menschen" bestimmt sei. Glaubt man dort etwa im Ernst, die Menschheit mit einem so "humanen" Projekt beglückt zu haben, das, wie viele Leute in den USA selbst meinen, bereits geschlossene und mögliche neue Abkommen im Bereich der Begrenzung der strategischen Rüstungen begraben kann? Wie auch immer, im Weißen Haus hat man sich vorgenommen, sowohl die Sowjetunion als auch die aufgeschreckten NATO-Verbündeten davon zu "überzeugen", daß die Prediger der "Sternenkriege" sich von höchst edlen Erwägungen leiten lassen.

Diese Angebote und Gedanken stecken im amerikanischen Gepäck.

Zu diesen für die andere Seite vorsätzlich inakzeptablen Vorschlägen gehören zweifellos auch die Reaganschen "Null"- und "Zwischenlösungen", untermauert dann durch die Raketen-aufstellung in Westeuropa, die ja gerade in Genf zum Abbruch der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen geführt hat. Jetzt hält Washington einen weiteren Sprengsatz bereit — die Weltraumwaffen.

Politische Beobachter können nicht vergessen haben, wie sich die Abgesandten des Weißen Hauses in Genf aufführten. Sie wollten Zeit gewinnen und den Verhandlungspartner übertölpeln. Womit das endete, weiß man.

Wichtig ist, was nach dem jetzigen Genfer Dialog kommt. Die Ausgangspositionen der Seiten weisen einschneidende Differenzen auf. Doch objektive Möglichkeiten und Voraussetzungen für beiderseits akzeptable Entscheidungen existieren. Die Lebensinteressen der UdSSR und der USA, die mit dem Willen der Weltgemeinschaft übereinstimmen, sowie die Interessen der Bewahrung des Friedens und Lebens auf der Erde erfordern die Wiederbelebung des Prozesses der Rüstungsbegrenzung, vor allem im nuklearen Bereich.

Ich habe die Zeitschrift Mr. Charles Obler aus den USA in Heft 51 gelesen und mir gedacht, wie wenige in den USA und in anderen westlichen Ländern doch vom Leben der sowjetischen Menschen wissen. Bezeichnend ist da die im selben Heft erschienene Zeitschrift von Herrn Michael Immele aus der BRD. Ich mußte darüber lächeln, daß er und seine Frau mit einem gewissen Mißtrauen in die Aeroflot-Maschine stiegen und dachten, was sie wohl in Moskau erleben würden. Sie haben bei uns über das Fehlen jeder Rassendiskriminierung gestaunt, wir aber sind so daran gewöhnt, daß es hier keine gibt, daß wir staunen, wie jemand bloß auf die Idee kommen kann. Am Schluß des Briefes erkennt man, daß Herr Immele den sowjetischen Menschen gar nicht feind ist. Wie konnte er sich so falsche Vorstellungen von der UdSSR bilden?

Ich glaube, die Unkenntnis des Lebens in der UdSSR wird vorsätzlich gefördert, denn das verstärkt die Furcht und Apathie, die auf den Amerikanern lasten. Mr. Obler's Brief hat mich nochmals davon überzeugt, daß der Wunsch der Amerikaner, in Frieden zu leben, täglich auf eine harte Probe gestellt wird, daß er sich aber trotzdem gegen die "Bearbeitung", die "Hirnwäsche", die Zweifel und Schwankungen und den Unglauben an den Erfolg des Friedenskampfes durchsetzt. Es ist schwer, den Frieden zu wollen, ohne auf ihn zu hoffen. Um die Gewißheit zu erlangen, daß der Frieden gefestigt werden kann, wäre es, meiner Ansicht nach, sehr wichtig, unter den Amerikanern die Wahrheit über die UdSSR zu verbreiten. Sonst wüßte ich nicht, wie Mr. Obler seine Landsleute dazu bringen könnte, gegen das Wetrüsten aufzutreten. Es darf nicht sein, daß sie die sowjetischen Menschen als Feinde ansehen.

S. GREBENSTSCHIKOW
Nowosibirsk, RSFSR

Ich bin einer der US-Amerikaner, denen die Politik unserer Regierung nicht gleichgültig ist. Man sagt uns immer, daß wir in einer freien Gesellschaft leben. Gilt das aber für die Amerikaner aller Hautfarben? Keineswegs. Glauben Sie mir: Das Problem der Menschenrechte ist in den USA sehr akut, ob für Landerbeiter, die sich ihr Brot beinahe mit Sklavenarbeit verdienen, oder für Neger und Lateinamerikaner, die sich ständig gegen Demütigungen zur Wehr setzen müssen. Ich könnte die Aufzählung endlos fortsetzen. Unsere Regierung hat einfach kein Recht, über Menschenrechte in anderen Ländern zu reden. Sie sollte erst einmal vor der eigenen Tür kehren.

Eddie HINES
Fargo, USA

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 3 JANUAR 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GU-
STSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur),
W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Start in Genf (Wort des Redakteurs)	1
J. Schirajew — RGW. Strategie der Zusammenarbeit	4
B. Koslow — 40 Jahre großer Sieg. Polonaise von Chopin	7
J. Fadejew — Südostasien. Trügerische Stille	10
V. Gussenkow — Frankreich. Die Scharfe auswetzen!	12
N. Wukolow — Schweden. Neues vom Helgeands-Holmen	14
L. Shegalow, A. Uswatow — Indien. Nach den Wahlen	16
L. Jelin — Pakistan. Erdstöße	16
W. Tschirkow — Lateinamerika. Dollars, Pesos und Kugeln	18
V. Chlynow — Japan. „Die Diamanten schleifen“	20
J. Kukuschkin — Aufruf aus Manila	22
Ch. Jugder — „Wir sind zutiefst am Frieden interessiert“ (Interview)	22
Notizen ♦ Glossen	24
L. Medwedko — Komplott gegen die Sphinx (Geschichte und Gegenwart)	26
Biographisches: Carmelo Mifsud Bonnici	30
A. Kruschinski — VR Bulgarien. Leben in Suworowo	31
W. Gubarew — Gaben des Kosmos (Wissenschaft, Technik, Menschheit)	33
A. Archipow — Filme ohne Happy-End (Kultur und Politik)	36
S. Chentowa — Schostakowitsch an der Ruhr (Kultur und Politik)	36
N. Woloschkin — Diskussion mit dem Leser	38
Dokumente:	
Rede Fidel Castros auf dem VI. Kongreß des Bundes der Oberschüler (FEEM)	39



Am 17. Januar 1945 befreiten sowjetische und polnische Truppen mit der Weichsel-Oder-Offensive Warschau. Die Verteidigung der Wehrmacht wurde an einer 500 km langen Front durchbrochen, der Krieg griff auf Hitlerdeutschland über. Die in Warschau einrückenden Soldaten erblickten Ruinen. Die Faschisten hatten vor dem Abzug die Stadt in Trümmer gelegt. Heute bekräftigt die neuerstandene Hauptstadt Volkspolens die Größe der Pläne und Ziele des Sozialismus.

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.



Am 7. und 8. Januar trafen Andrej Gromyko und US-Außenminister Shultz in Genf zu Gesprächen im Einklang mit der früheren Übereinkunft zwischen der UdSSR und den USA zusammen, neue Verhandlungen zu Fragen der Weltraum- und Nuklearwaffen aufzunehmen. Das Datum des Verhandlungsbeginns und -orts wird auf diplomatischem Wege innerhalb eines Monats festgelegt. Telebild TASS: Während der Begegnung

Am 4. Januar veröffentlichte die sowjetische Presse eine Mitteilung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Zur Debatte standen Fragen des Treffens zwischen Andrej Gromyko und US-Außenminister Shultz am 7.—8. Januar in Genf im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Übereinkunft zwischen der UdSSR und den USA zu Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen. Gebilligt wurden die Ergebnisse der Gespräche Nikolai Tichonows mit dem Präsidenten der Türkei Kenan Evren und Ministerpräsidenten Turgut Özal in Ankara, bei denen die weitere Entwicklung der sowjetisch-türkischen Beziehungen und internationale Probleme zur Sprache kamen. Betont wurde die Bedeutung des während des Besuchs unterzeichneten langfristigen Programms zur Entwicklung der wirtschaftlichen, Handels- und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Republik Türkei sowie des Handelsabkommens für 1986—1990 und des Programms für den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch. Gebilligt wurde die Information Michail Gorbatschows über die Reise einer Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR nach Großbritannien, über die Gespräche mit Premierministerin Thatcher, Parlamentariern und anderen britischen Staatsmännern, Vertretern der Of-

fentlichkeit und der Geschäftskreise. Besonders hervorgehoben wurde dabei, daß die im Schreiben Konstantin Tschernenkos an Margaret Thatcher enthaltenen Punkte über den Wunsch der Sowjetunion nach einem ernsthaften politischen Dialog mit Großbritannien, nach besserem Verständnis und Zusammenarbeit auf gegenseitig vorteilhafter Basis der Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa und in der Welt entsprechen.

Das ZK der KPdSU faßte einen Beschluß "Über den 80. Jahrestag der Revolution 1905—1907 in Rußland". Darin wurde festgelegt, den Jahrestag dieser ersten Volksrevolution der Epoche des Imperialismus, die den Beginn einer neuen historischen Periode tiefgreifender sozialer Erschütterungen und revolutionärer Kämpfe einleitete, in großem Umfang zu begehen. "Unter Bedingungen, da sich durch Verschulden der USA und ihrer NATO-Partner, die die Geschichte zurückdrehen und den Völkern ihren Willen aufzwingen wollen, die Weltlage zuspitzt hat, besitzen die Einheit und Geschlossenheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft — des zuverlässigen Bollwerks von Frieden und Völkersicherheit — besonders große Bedeutung. Die im Warschauer Vertrag zusammengeschlossenen sozialistischen Bruderländer verfügen über alles Notwen-

dige zur entschiedenen Abwehr der Kriegsbrandstifter", heißt es darin.

Konstantin Tschernenko richtete eine Botschaft an die Kovorsitzenden des Konsultativtreffens von Vertretern der christlichen Kirchen, Dr. Avery Post (USA) und Dr. Karoly Toth (Ungarn), in der es heißt: "Wir haben Ihren Aufruf an unser Land und an die Vereinigten Staaten in bezug auf die Maßnahmen, die, wie Sie glauben, für den Weltfrieden ergriffen werden müssen, aufmerksam studiert. Die UdSSR teilt Ihren Standpunkt über die Wichtigkeit des Einfrierens der Nuklearwaffen, vor allem der USA und der UdSSR. Wir sind der Ansicht, daß das Eingehen entsprechender Verpflichtungen zunächst durch diese und danach durch andere kernwaffenbesitzende Staaten ein wichtiger Schritt zur Minderung der Nuklearkriegsgefahr wäre und Aussichten auf den Abbau der Kernwaffen bis zu deren vollständigen Beseitigung in all ihren Abarten böte, was wir als unser Hauptziel in dieser Frage betrachten."

Am 27. und 28. Dezember weilten Emil Bobu, Mitglied des Politexekutivkomitees des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei und Sekretär des ZK der RKP, sowie Stefan Andrei, Kandidat des Politexekutivkomitees des ZK der RKP und Außenminister der SRR in Moskau. Sie hatten Unterredungen mit Michail Gorbatschow, dem Sekretär des ZK der KPdSU Russakow, dem stellvertretenden Vorsitzenden des UdSSR-Ministerrats und Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der UdSSR Baibakow und dem stellvertretenden Außenminister der UdSSR, Aristow. Diskutiert wurden die weitere Entwicklung der sowjetisch-rumänischen Zusammenarbeit sowie internationale Probleme. Betont wurde der beständige Wunsch nach Festigung der Kontakte zwischen der KPdSU und der RKP und der Bündnisbeziehungen zwischen der UdSSR und der SRR.

Andrej Gromyko traf in Genf mit dem Leiter des eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten, Pierre Aubert, zusammen, wobei es zu einem Meinungsaustausch über die sowjetisch-schweizerischen Beziehungen sowie einige internationale Probleme von beiderseitigem Interesse kam. Andrej Gromyko verwies auf Fakten, da die schweizerischen Behörden nicht die notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit sowjetischer Bürger treffen, die dienstlich in der Schweiz weilen, und drückte die Hoffnung aus, daß die schweizerischen Behörden den sowjetischen Bürgern gemäß den Völkerrechtsnormen die entsprechende Aufmerksamkeit zuteil werden lassen.

Entwicklungsrichtungen der sozialistischen Integration bis zum Jahr 2000

STRATEGIE DER ZUSAMMENARBEIT

Juri SCHIRJAJEW, korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR

Der RGW-Wirtschaftsgipfel (Moskau, 1984) hat die Wege zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dieser Länder bis zum Jahr 2000 bestimmt. Sie besitzen, wie es auf der Konferenz hieß, bedeutende Reserven für eine noch stärkere Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwecks wirksamer Nutzung des wissenschaftlich-technischen Potentials. Die Beschlüsse werden bereits realisiert.

Entwicklungskonzeption

Die Notwendigkeit wesentlicher Korrekturen an den in den vergangenen Jahren entstandenen Formen und Schwerpunkten der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung ist nicht durch eine "Krisensituation" in der Wirtschaft unserer Gemeinschaft bedingt, wie das westliche Massenmedia sehen wollen, wobei sie sich übrigens nicht selten widersprechen. Die RGW-Länder können zu Recht stolz auf die beeindruckenden Ergebnisse ihrer sozialökonomischen Entwicklung sein. Die Produktivkräfte sind im ständigen Wachstum begriffen, das Gesamtnationalprodukt mehr als verdoppelt. Zwischen 1951 und 1984 wuchs es auf das 8,9fache, in den EG-Ländern dagegen auf das 3,4fache. Die Industrieproduktion in den RGW- und den EG-Ländern stieg im gleichen Zeitraum auf das 14,6 bzw. 3,8fache. Verwirklicht werden bedeutende soziale Programme, darunter das in der Weltpraxis beispiellose Wohnungsbauprogramm. Das alles ermöglichte qualitative Wandlungen im Lebensniveau der Bevölkerung und eine vollständige Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen.

Andererseits dürfen bei der Beurteilung der Zukunftsaussichten der Wirtschaftsentwicklung die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Wirtschaftsaufgaben nicht vereinfacht oder unterschätzt werden. Es ist gut bekannt, daß es keine problemlose Wirtschaft gibt, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil die Wirtschaft ein sich dynamisch entwickelnder Organismus ist, der immer neue Aufgaben hervorbringt. Sie lassen sich nicht mit

einer Handbewegung bewältigen. Besonders gilt das für eine solche Aufgabe wie die grundsätzliche Umgestaltung der technischen Basis vieler Produktionszweige. Nach einheitlicher Ansicht der Beratungsteilnehmer muß ein Maßnahmenpaket zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zum bestimmenden Glied in der Wirtschaftsstrategie bis zum Jahr 2000 werden. Dazu bedarf es einer genau durchdachten Konzeption für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Fünf Hauptrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die bevorstehenden anderthalb bis zwei Jahrzehnte wurden bereits festgelegt. Dabei handelt es sich um die umfassende Einführung von Elektronik in der Volkswirtschaft; den Aufbau flexibler automatisierter Produktionsanlagen; die Kernenergie; neue Arten von Werkstoffen und Technologien, um die Biotechnologie, die eine Revolution in vielen Industriezweigen ausgelöst hat.

Selbstverständlich bestehen bereits Fundamente für jede der erwähnten Richtungen. 1983 betrug z. B. der Gesamtausstoß von Zerspanungsmaschinen in der UdSSR 190 000 Stück. 1986–1990 sollen 100 000 Industrieroboter, 110 000 numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen, mehr als 4000 automatische und halbautomatische Taktstraßen, rund 2000 flexible automatisierte Produktionssysteme (bis zu vollautomatisierten Betrieben), ca. 3000 automatisierte EDV-Projektierungssysteme gefertigt werden. Eine mehrfache Steigerung des Aus-

stoßes von technischen Mitteln der neuen Generation ist auch in anderen Ländern der Gemeinschaft geplant. Die Bedeutung der Einführung der neuen Technik und Technologie darf jedoch nicht mehr als Leistung des jeweiligen, einzelnen Zweiges, sondern unter dem Gesichtspunkt des Einflusses aller Zweige auf die Wirtschaft beurteilt werden.

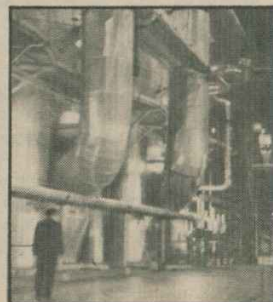
Während jede der fünf Hauptrichtungen die Technologie des entsprechenden Wirtschaftszweiges radikal verändert, führen sie gemeinsam zur Umwandlung der gesamten materiell-technischen Basis der RGW-Länder, zur künftigen praktischen Durchsetzung der wissenschaftlichen Revolution in der Produktion, die sich in Tiefe und Breite mit keinen vorangegangenen Umwälzungen in der Entwicklung der Produktivkräfte vergleichen läßt.

Ausrüstung von "Werken der Zukunft"

Nehmen wir die Einführung der Elektronik in die Volkswirtschaft. Schon heute setzen sich neue Generationen elektronischer Anlagen durch, die zur Ausrüstung der "Werke der Zukunft" benötigt wer-

Im Schaltpult des einheitlichen Energiesystems "Frieden" in Prag laufen die Informationen über die Energiesituation in den sozialistischen Ländern zusammen. Hier wird über die operative Zuschaltung von Elektroenergie für die jeweiligen Länder entschieden.

Der Holzindustriekomplex von Ust-Ilimsk ist eine RGW-Baustelle. Sein Leitbetrieb ist das größte Zellulose- und Papierkombinat der Welt.



den. Errichtet auf der Basis der komplexen Automatisierung der Produktionsprozesse, führen diese Betriebe zu einer wesentlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Qualität der hergestellten Erzeugnisse, zu einer merklichen Minderung des "Drucks" des Produktionsapparats auf die Arbeitskräfte und Naturressourcen.

Zur Ausrüstung der "Werke der Zukunft" werden jedoch funktionell schaltbare Computer benötigt, beginnend bei großen Schnellrechnern und endend bei Mini-EDVA, sowie zuverlässige und unifizierte periphere Geräte, ohne die die Rechen-technik nicht unmittelbar am Prozeß der Konstruktion und der Herstellung teilhaben kann. Erforderlich sind unifizierte Softwareprogramme, wobei die Ausgaben für ihre Entwicklung rasch steigen. Vorhanden sein müssen Fernmeldenetze mit hoher Durchlaßfähigkeit, die es gestatten, Systeme der kollektiven Nutzung von Computern zu schaffen. Außerdem entstehen viele Fragen in Verbindung mit der Aufnahme der Produktion von vielerlei Nebengeräten, Anlagen und neuen Werkstoffen. Und schließlich wird man nicht ohne gut ausgebildete Kader auskommen, die die neue Technik effektiv einsetzen können.

Kurz gesagt, in der Perspektive erhebt sich vor den RGW-Ländern eine Art Pyramide konkreter wissenschaftlich-technischer und Produktionsaufgaben, wobei der Endeffekt letztlich von der Ausführung jeder einzelnen abhängt. Der Versuch, sie nicht im Komplex zu bewältigen, würde zur Vergeudung riesiger Mittel führen, das erwünschte Resultat jedoch nicht erbringen. So haben die Erfahrungen der kollektiven Entwicklung der EDVA der Serie "RAD" durch Wissenschaftler der RGW-Länder eindeutig gezeigt, daß sie ohne vereinte Bemühungen heute nicht über die vorhandene Rechentechnik verfügten und gezwungen wären, sie zunehmend zu importieren, wobei nicht nur Preis-, sondern auch handelspolitische Barrieren zu überwinden wären.

Außerordentlich wichtig erscheint

eine solche enge Zusammenarbeit auch in einem so traditionellen Bereich wie der Festigung der Brenn- und Rohstoffbasis.

Bekanntlich sichern die RGW-Länder ihren wirtschaftlichen Bedarf an Brennstoff, Energie und Rohstoffen hauptsächlich aus Eigenaufkommen. In den vergangenen Jahren wurden mit gemeinsamen Anstrengungen Hauptrohrleitungen, Hochspannungsleitungen, Kernkraftwerke errichtet und andere gemeinsame Großprojekte realisiert. Darunter die in Kapazität und Länge einmalige Erdölleitung "Drushba" und die Erdgasleitung "Sojus" sowie einheitliche Elektroenergiesysteme der europäischen RGW-Länder. Gegenwärtig arbeiten Kernkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von rund 26 Mio kW. Bis 1990 wird die Gesamtkapazität der Kernkraftwerke in diesen Ländern 100 Mio kW betragen.

Das alles zeugt natürlich von Erfolgen in der Entwicklung der Energiewirtschaft. Man muß jedoch auch beachten, daß bei den bestehenden Normativen des Verbrauchs von Energieressourcen allein die UdSSR innerhalb von 24 Stunden Energie und Rohstoffe für fast 1,5 Md. Rubel verbraucht. Gleichzeitig erfordern Maßnahmen zur Einsparung von Brennstoff in der Regel 2- bis 3fach weniger Mittel als für einen äquivalenten Zuwachs der Förderung und Lieferung an die Konsumenten erforderlich ist.

Offenbar muß die Festigung der Brenn- und Rohstoffbasis von nun an nicht nur durch erhöhte Primärquellen erfolgen als vielmehr durch eine radikale Verbesserung ihrer Nutzung, durch maximale Rentabilität (also Produktionsausstoß) jeder Tonne genutzten Brennstoffs. Das ist nicht nur ein Problem der Produktion. In den nächsten Jahren müssen auch die negativen Folgen der in einigen RGW-Ländern bestehenden Produktionsstrukturen überwunden werden, die ungenügend an die eigene Rohstoffbasis gebunden sind oder auf Heranziehung leicht zugänglicher importierter Primärquellen fußen. Eine komplizierte Aufgabe, die jedoch gelöst werden muß. Um so mehr als die Umstrukturierung im Energie-

wesen kein neues Problem ist. Man weiß seit langem, daß die forcierte Arbeitsteilung in der Energiewirtschaft der RGW-Länder bislang vorwiegend durch Brennstofflieferungen (hauptsächlich sowjetischer) gegen Erzeugnisse der Verarbeitungsindustrie zustande kommt. Mit der Verlagerung der Brenn- und Rohstoffbasis der UdSSR in die östlichen Landesgebiete wird es immer deutlicher, daß es praktisch unmöglich ist, den Zuwachs der traditionellen Zweige der verarbeitenden Industrie im europäischen Landesteil der UdSSR und gleichzeitig in den sozialistischen europäischen Nachbarländern auf dieser Basis aufrechtzuerhalten.

Multilaterales Zusammenwirken

Schon jetzt ist deutlich, daß die gesteigerten Ausgaben für Roh- und Brennstoff ein Problem der ganzen Gemeinschaft bilden, dessen Bedeutung weit über den Rahmen der Außenhandelspreise und der Kreditbedingungen hinausgeht. In die Wirtschaftstätigkeit müssen neue (oder alternative) Arten von Ressourcen einbezogen und eine solche Umstrukturierung der Produktion vorgenommen werden, daß die Kosten nur unter den Bedingungen einer koordinierten Strukturpolitik der RGW-Länder auf einem Minimum gehalten werden können.

Anders ausgedrückt, die Lösung jeder großen technisch-wirtschaftlichen Aufgabe erfordert ein kollektives Programm, das nicht

Im Rahmen der sozialistischen Integration stellt die Maschinenbauvereinigung "Skoda" Ausrüstungen für Kernkraftwerke, Reaktoren und Präzisionsgeräte her.

Mit Hilfe der Sowjetunion und der CSSR wurde in Darhan (MVR) ein leistungsstarkes Zementkombinat errichtet.

Das größte bulgarische Chemiekombinat, das kalzinierte Soda erzeugt, wurde mit Unterstützung Ungarns und der UdSSR erbaut.

Fotos: TASS, B. Koslow



nur die Wahl des Endziels und der Zwischenziele definiert, sondern auch die Umgestaltung der Leistungsformen, der organisatorischen Strukturen und der Rechtsnormen der Zusammenarbeit. Selbstverständlich ist die Einführung neuer, tiefgreifender und, was sehr wesentlich ist, universeller, flexibler Formen der multilateralen Zusammenarbeit eine äußerst schwierige Aufgabe. Sie kann nur etappenweise gelöst werden, entsprechend der dabei gesammelten Erfahrungen und durch ökonomische Experimente (darunter auch auf bilateraler Grundlage). Diese Frage ist für alle Hauptwirtschaftszweige akut.

Nehmen wir den Maschinenbau. Dieser Zweig entwickelt sich rascher als die Industrieproduktion insgesamt. Zwischen 1951 und 1983 stieg der Fertigungsumfang im Maschinenbau auf mehr als das 36fache. Bis 1983 erreichte der Anteil der Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung an der gesamten Industrieproduktion in den meisten europäischen RGW-Ländern 33%. In diesen Kennziffern haben sich diese Länder unmittelbar dem Stand der bestentwickelten kapitalistischen Staaten angenähert. Im Laufe der Realisierung langfristiger Zielprogramme der Zusammenarbeit im Maschinenbau wurden rund 50 Abkommen über die Spezialisierung und Kooperation bei der Herstellung von Maschinen und Anlagen für die Energie- und Brennstoffindustrie sowie den Erzbau, für die Landwirtschaft, für die Leicht- und die Nahrungsmittelindustrie, für das Verkehrswesen sowie zur Umrüstung des Zweiges selbst geschlossen.

Doch die Modernisierung des Maschinenbaus, der den technischen Stand der Volkswirtschaft bestimmt, kann bereits nicht mehr in der gewohnten Form der einfachen Steigerung der Ausstoßkapazitäten erfolgen. Die forcierte Spezialisierung in diesem Industriezweig auf Fertigerzeugnisse hätte unausbleiblich den Aufbau Tausender neuer Betriebe sowie einen riesigen materiellen und finanziellen Aufwand nach sich gezogen. Rationeller wäre ein anderer Weg: Nicht neue Kapazitäten zu schaffen, sondern eine internationale Kooperation in Gang zu bringen, die es gestatten würde, eine ständig erneuerte Auswahl an Erzeugnissen zu produzieren.

Der Schwerpunkt dieser Kooperation müßte offenbar auf der gemeinsamen Einführung neuer technologischer Prozesse liegen. Dann würde bei einer rationellen Verteilung der Produktionsprogramme im Rahmen der RGW der Prozeß der Intensivierung der Produktion wesentlich beschleunigt, insbesondere wenn die

Koordinierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den Hauptrichtungen durch die Arbeit von Produktionsvereinigungen, Kombinat, Konzernen, Betrieben der RGW-Länder, durch die Entwicklung internationaler Firmen gestützt wird, die eine Summierung ihrer materiellen und geistigen Ressourcen gewährleisten.

Einheitlicher Rhythmus

Die Erreichung kollektivgestellter Ziele für einen Zeitraum von 15 Jahren setzt die qualitative Veränderung der Systeme der inneren und äußeren Verbindungen der sozialistischen Gemeinschaft voraus, einschließlich Synchronisierung der sozialökonomischen Entwicklung der einzelnen Länder. Bei der Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Revolution in der Produktion der RGW-Länder ist ein einheitlicher Wirtschaftsrhythmus besonders wichtig. Die beschleunigte technische Umrüstung einiger Zweige und Produktionen erfordert bekanntlich eine starke Steigerung der effektiven Nutzung des Akkumulationsfonds. Das aber kann nur durch eine klare internationale Spezialisierung und Kooperation der Investitionskomplexe, durch die Orientierung aller Formen der Zusammenarbeit auf maximale Endresultate gesichert werden.

Das Erfordernis eines starken Aufschwungs des technischen Standes der Volkswirtschaft, einer schnellen Einführung der Resultate der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der Produktion, einer hohen Auflage technischer Novitäten erhöhte die Anforderungen an die Außenwirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Länder. Die grundlegende Veränderung des technischen Stands erforderte ferner die Umgestaltung des jetzigen komplizierten Systems bilateraler Verträge und Abkommen, die hauptsächlich die konkreten Bedingungen und das Ausmaß der Zusammenarbeit der RGW-Länder bestimmten. Gestern konnte dieses System die bestehenden Anforderungen noch befriedigen. Heute jedoch ist klar, daß die in der Vergangenheit gerechtfertigten Formen der Zusammenarbeit in der Perspektive keineswegs immer gerechtfertigt bleiben. Es ist offensichtlich, daß eine qualitativ neue Einstellung zu den internationalen Wirtschaftsbeziehungen sich nicht durch eine einfache Zunahme des Umfangs der multi- und bilateralen Abkommen verwirklichen läßt, die die inzwischen gemeinsamen Produktions- und wissenschaftlich-technischen Aufgaben der sozialistischen Länder "en detail" lösen.

Resümierend läßt sich sagen, daß die Strategie der internationalen

sozialistischen Arbeitsteilung bis zum Jahr 2000 Systeme wechselseitig verknüpfter wirtschaftlicher und organisatorischer Maßnahmen erfordert, und zwar sowohl im Rahmen der einzelnen Länder als auch im gesamten Leitungssystem der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit. Diese Maßnahmen berühren auch die Zusammenarbeit im Bereich der Planung und den Ausbau des Markts für den gegenseitigen Handel, die sinnvolle Annäherung der nationalen Wirtschaftsmechanismen und die Stärkung der organisatorischen Rechtsgrundlagen der Tätigkeit des RGW. Die Realisierung all dieser Maßnahmen hebt das internationale Zusammenwirken der Länder des Sozialismus auf eine qualitativ neue Stufe.

Die Entwicklung von Formen gemeinsamer Planungstätigkeit gestattet die bewußte Herausbildung der Perspektivrichtungen des Wachstums der Wirtschaft, ihrer künftigen Gestaltung und bietet die Möglichkeit bereits im Stadium der Entstehung des Bedarfs, als der Basis für die Bildung der volkswirtschaftlichen Interessen, Wege und Formen der Koordinierung der staatlich-nationalen Interessen jedes Landes mit den gemeinsamen internationalen Interessen der Zusammenarbeit ins Auge zu fassen.

Dem bürgerlichen Prinzip der "Übernationalität" müssen die RGW-Länder die konsequente Durchsetzung des Prinzips des sozialistischen Internationalismus entgegenstellen, dessen konkrete Erscheinung in der gegenwärtigen Phase der Übergang von der Koordinierung einzelner Zweige und Maßnahmen der Zusammenarbeit zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der interessierten Länder, zur engen wirtschaftlichen Kooperation auf der Ebene der Zweige und der einzelnen Wirtschaftsgliederungen ist.

Wie auf der Konferenz festgestellt wurde, beweisen die Erfahrungen, daß die wirtschaftliche Souveränität jedes sozialistischen Landes, seine technische und wirtschaftliche Unverwundbarkeit unter den realen Bedingungen nicht ohne enges Zusammenwirken der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft gewährleistet werden kann. Die Konferenzteilnehmer äußerten die feste Überzeugung, daß die konsequente Realisierung der gefaßten Beschlüsse einen wichtigen Impuls zur weiteren offensiven Entwicklung der Wirtschaft der RGW-Länder, zu ihrer Zusammenarbeit, zu einer noch engeren und allseitigeren Festigung der Einheit unserer Länder gibt, die durch die gemeinsamen grundlegenden Klasseninteressen und die Ideologie des Marxismus-Leninismus geeint sind.

POLONAISE VON CHOPIN

Boris KOSLOW

Ende Juli 1944 wurde im gerade befreiten Chelm das Gymnasium eröffnet, wo sich Stas einschreiben ließ. Auf der Straße erklang Musik — die Polonaise von Chopin —, herrschte Stimmengewirr, lachten sich die Menschen laut das eben ausgehängte Manifest vor.

Die Emigrantenregierung in London, die Polen in eine neue Kriegskatastrophe treiben wollte, wurde als Selbsternannt erklärt. Das Manifest appellierte: "Erhebt euch zum Kampf für die Freiheit Polens, für die Rückkehr der alten polnischen Ostseegebiete, Opole-Schlesiens und Ostpreußens zur Heimat, für den breiten Zugang zum Meer, für polnische Grenzpfähle an der Odra."

"Noch haben sie Warschau nicht erreicht, da wollen sie schon an die Odra!" staunte einer in der Menge.

Stas schwieg. Wer Warschau befreien würde, wußte er bestimmt: ein Freund hatte eine russische Handgranate und drei Patronen versteckt, die er mit ihm teilen wollte. Doch für die Millionen Polen war die Frage der Befreiung Warschaws noch nicht entschieden. Zu dieser Zeit hatte die Polnische Arbeiterpartei bereits ein illegales Parlament, die Krajowa Rada Narodowa, gebildet, die die Armia Ludowa aufbaute. Gleichzeitig existierte im Land eine andere Militärorganisation: die Armia Krajowa (AK), die der reaktionären Emigrantenregierung unterstand. Obwohl die meisten Soldaten (und auch viele Offiziere) patriotisch denkende Polen waren, hatte die Führung der AK den Kampf gegen die nationaldemokratischen Kräfte aufgenommen. "Wir dürfen so lange nicht gegen die Deutschen kämpfen", meinte der AK-Befehlshaber General Bor-Komorowski, "wie sie die russische Front halten, und müssen uns auf den bewaffneten Widerstand gegen die Russen vorbereiten, die in Polen einmarschieren."

In London wurde ein Plan entwickelt, der vorsah, mit Einheiten der AK einen Keil zwischen die nach Westen zurückweichenden deutschen Truppen und die nachstoßende Rote Armee zu treiben. Die AK war bemüht, sich als reale Macht darzustellen. Bald schon kam aus London die Anweisung, auf polnischem Gebiet antisowjetische Terrorgruppen aufzustellen.

So war die politische Lage in Polen am 22. Juli 1944, als in Chelm das Manifest der

ersten Arbeiter-und-Bauern-Regierung publiziert wurde.

London, Außenministerium

Am 27. Juli wurde Stas ins Gymnasium aufgenommen.

Am gleichen Tag beendete man in London die Einteilung der künftigen politischen Karte Europas. Am Morgen des 27. Juli fand im Foreign Office ein Geheimgespräch zwischen Außenminister Eden und Generalstabschef Alanbrooke statt. (In seinem Tagebuch hielt der Feldmarschall pedantisch fest, daß die Unterredung eine Stunde gedauert habe.)

Hier deren Inhalt:

Eden: Sollte man Deutschland aufteilen oder es nach und nach zum Verbündeten machen, um der russischen Gefahr in Europa zu begegnen?

Alanbrooke: Ich bin für die letzte Variante und dabei überzeugt, daß wir uns von nun an anders zu Deutschland verhalten müssen. Es ist keine herrschende Macht auf dem Kontinent mehr, wie es Rußland ist. Deshalb muß Deutschland begünstigt werden.

Eden befriedigte die Haltung der Militärs. Sie unterstützten voll und ganz die Politik des Foreign Office zur Schaffung eines Cordon sanitaire gegen die Bolschewiki. Da sich zu jener Zeit in London viele Emigrantenregierungen aus Staaten niedergelassen hatten, die von

17. Januar 1945, 12.00 Uhr.
Warschau ist befreit!

Foto: A. Morosow

Deutschland besetzt waren, unterstützte das Foreign Office sie in der Hoffnung, sie nach dem Sieg zur Wiederherstellung der benötigten Regimes zu benutzen.

Die Dinge komplizierten sich, da die revolutionären Kräfte in den vom Faschismus befreiten Ländern gefährlich rasch erstarkten und außer Kontrolle gerieten. Churchill zögerte nicht, britische Divisionen zur Entwaffnung seiner Verbündeten, der Widerstandskämpfer, zu beordern. So war es in Frankreich, in Belgien... Dann begaben sich Churchill und Eden nach Athen, um die Unterdrückung des Aufstands des griechischen Volkes in die Hand zu nehmen. Schließlich kam die Reihe an Polen.

Am 1. August wurde auf Anweisung aus London im von der Hitlerwehrmacht okkupierten Warschau ein bewaffneter Aufstand inszeniert, der weder politisch noch militärisch vorbereitet war. Bor-Komorowski jedoch hoffte auf dessen Erfolg und also darauf, daß die Emigrantenregierung Mikolajczyk in der polnischen Hauptstadt die Macht ergreifen würde. Die offene Opposition zum Manifest und zur Volksmacht wurde damit verschleiert, daß man auf die patriotischen Gefühle der Polen setzte, die die Okkupanten aus der Stadt vertreiben und den Kampf wollten, jedoch keine Ahnung von den Triebfedern dieser Aktion hatten.

Das sowjetische Oberkommando wurde von dem Aufstand unterrichtet, als er bereits begonnen hatte.

Wollte London den Warschauer Aufstand für einen Brückenschlag zwischen Berlin und London benutzen? Der Krieg näherte sich schließlich seinem Ende, und die Seiten suchten nach Wegen



zur Annäherung in der Nachkriegszeit.

Versuche der Kontaktaufnahme gab es. Doch die Emigrantenregierung Mikolajczyk war zu weit von der polnischen Realität, von der wirklichen Kräfteverteilung in Polen entfernt. Hitler wußte das, ebenso wie er wußte, daß Polen als Scheidemünze in den Verhandlungen mit Großbritannien und den USA, sofern sie zustande kämen, bereits verloren war. Sowjetische, nicht aber britische Divisionen standen an der Weichsel.



Den Helden der Westerplatte

Am 22. August erklärte Stalin Churchill und Roosevelt: "Früher oder später wird die Wahrheit über das Häuflein Verräter, die das Warschauer Abenteuer angezettelt haben, um die Macht zu ergreifen, allen bekannt werden. Diese Leute haben das Vertrauen der Warschauer mißbraucht und viele fast unbewaffnete Menschen den Kanonen, Panzern und der Luftwaffe der Deutschen ausgeliefert. Es ist eine Lage entstanden, in der jeder neue Tag nicht den Polen zur Befreiung Warschaus zugute kommt, sondern den Nazis, die die Einwohner Warschaus unmenschlich ausröten."

200 000 Warschauer wurden bei der Niederschlagung des Aufstands vernichtet. Bor-Komorowski unterzeichnete am 2. Oktober die Kapitulationsurkunde.

Die Niederlage des Warschauer Aufstands bedeutete gleichzeitig das Fiasco der politischen Konzeptionen der Emigrantenregierung Mikolajczyk. Das Vertrauen in ihre Politik war unwiederbringlich verloren, und Mikolajczyk reichte den Rücktritt ein, wonach ein

gewisser Tomasz Arciszewski nach London befördert wurde, der dann die Kabinettsführung übernahm. Am 5. Dezember überreichte Arciszewski im Foreign Office ein Memorandum, in dem betont wurde, daß die britische Krone an der Zukunft der Ostsee nach dem Krieg interessiert sei, sei es für Großbritannien wünschenswert, in diesem Teil des Baltikums einen Verbündeten zu haben, der das Zusammengehen mit Großbritannien garantierte und über eine Kriegsmarine verfügte sowie über einen entsprechend ausgerüsteten Marinestützpunkt. "Die polnische Regierung", schrieb Arciszewski, "ist zu einer solchen Zusammenarbeit bereit, die polnische Küste ist kraft ihrer geografischen Lage das günstigste Tor zu den Ländern Mittel- und Osteuropas."

Ob im Foreign Office das Memorandum Arciszewskis gelesen wurde, weiß man nicht. Der Realismus der, wenn auch kurzsichtigen, so doch stets konkreten britischen Politik ließ in jenem Augenblick nicht mehr hoffen, Polen zu einer strategischen Basis des Westens im Baltikum machen zu können. Sich mit den Polen abzugeben, bedeutete für Churchill jetzt einen Verlust der teuren Zeit. Deshalb stiegen in der Nacht zum 19. Dezember 227 schwere Bomber der Royal Air Force von britischen Flughäfen auf und nahmen Kurs auf Gdansk. Weder die Entfernung noch das Wetter hinderten die britischen Strategen, in den von der Westfront so weit entfernten Raum einzudringen. Die schweren Bomben — von gewöhnlichen im Gewicht von einer Tonne bis zu 6 t schweren Ungeheuern — gingen auf die Hafenanlagen der Stadt nieder. Von den Einschlägen zerfetzt, sank (fünfeinhalb Jahre später, als das nötig gewesen wäre) die an der Reede liegende "Schleswig-Holstein", jenes Schiff, das mit der Beschießung der Garnison auf der Halbinsel Westerplatte die Kampfhandlungen des zweiten Weltkriegs eingeleitet hatte.

Doch die britischen Bomben zertrümmerten auch die Hafenanlagen Gdansks, seine Küstenstraßen und die Docks, alles, was nach zwei Monaten schon dem neuen Polen und seinem Volk gehören sollte. Mit dieser Bombardierung begann eine Reihe massierter Luftangriffe der USA und Großbritanniens auf Industrieviertel, die jenen befreiten Völkern Europas zufallen würden, über deren Schicksal die anglo-amerikanischen Truppen nicht mehr bestimmen konnten.

Moskau, Kreml

Am frühen Morgen, kurz vor Weihnachten, begann die im Südosten Belgiens, in den Ardennen, stationierte

Heeresgruppe der Wehrmacht die letzte Gegenoffensive in diesem Krieg. Der Nebel verhüllte die Flugplätze der Alliierten, und die Hitlertruppen, die 90 Kilometer tief in die amerikanische Front stoßen konnten, umschlossen und zerschlugen drei amerikanische Divisionen. Die vierte streckte selbst die Waffen. Am 28. Dezember hatte der Durchbruch bereits fast die Mosel erreicht, seine Spitze wandte sich nach Antwerpen. In den britischen und amerikanischen Stäben beiderseits des Durchbruchs blickte man immer unruhiger zum Himmel und nach Osten. Man flehte um Flugwetter und um den Angriff der Bolschewiki an der Ostfront. General Eisenhower sandte seinem Präsidenten alarmierende Depeschen und bot seine Dienste zur Koordinierung der Kampfhandlungen im Westen mit den Plänen der Russen an. Die Besorgnis der Politiker verstärkte sich, und es reiften Entscheidungen heran, in deren Ergebnis Churchill das jetzt bekannte Telegramm an Stalin richtete, mit dem Ersuchen, den für Januar geplanten sowjetischen Angriff im Weichselraum zu beschleunigen. Deutschland hoffte die Ardennenoperation zu beenden und zumindest Handlungsfreiheit im Osten zu gewinnen. Die Zerschlagung der alliierten Truppen sollte die USA und Großbritannien einem Separatfrieden geneigt machen. Auf das Ersuchen Churchills beschloß das sowjetische Oberkommando breitangelegte Offensiven an der ganzen Zentralen Front vor der geplanten Frist.

40 Jahre später interpretieren westliche Historiker diese Vorgänge etwas anders. Ihnen zufolge hat die sowjetische Armee lediglich die Früchte der alliierten Siege geerntet und ihren Angriff auf Polen unternommen, während "alle deutschen Divisionen im Westen gebunden waren". In den Ardennen aber wurde den Deutschen eine so entscheidende Niederlage beigebracht, nach der die Wehrmacht "als organisierte militärische Maschinerie aufhörte zu existieren".

Wir würdigen den Beitrag der Alliierten zum Sieg. Doch im Westen waren während des ganzen Krieges nur gut ein Drittel der Divisionen des faschistischen Deutschland eingesetzt, die sich den Alliierten 1945 massenweise ergaben, bis zu jenem Tag, da die Militärmaschinerie Hitlers endgültig von der Sowjetarmee zerschlagen wurde. Die deutschen Dokumente über die Zusammensetzung und Umgruppierung der Truppen 1944 belegen: Von der sowjetisch-deutschen Front wurde keine einzige Division der Wehrmacht zur Westfront oder in ein anderes Land abgezogen. Im Gegenteil veranlaßte der Beginn der sowjetischen Weichsel-Oder-Operation, von

der Stalin Churchill Mitteilung machte, die Wehrmacht ihre Ardennen-Offensive einzustellen und sieben Divisionen an die Ostfront zu verlegen.

Das aber nur nebenbei. Die letzten Minuten des Jahres 1944 verflossen. Die neue Epoche stand bereits an der Schwelle des Hauses der Menschheit. Und wenn im Buch des Schicksals damals unsere Zukunft gestanden hätte, hätten sich dort auch die Zeilen gefunden: bis zur Befreiung Warschaus blieben 17 Tage, zwei Monate bis zur Befreiung Polens.

Churchill wurde nervös: Während das Foreign Office den Frack für die neuen Anwärter auf die Ministerposten in Warschau wendete, wurde in Lublin die Bildung der Provisorischen Regierung Polens verkündet, die Stalin einseitig anzuerkennen beschloß.

Der politische Profi Churchill las erneut zwischen den Zeilen des Schreibens Stalins an Roosevelt, in der Hoffnung, gewisse Reizworte in der Argumentation Stalins zu finden. Doch vergeblich:

"Man muß im Auge haben", schrieb Stalin, "daß die Sowjetunion mehr als jede andere Macht an der Stärkung eines befreundeten, demokratischen Polen interessiert ist, nicht nur weil die Sowjetunion die Hauptlast des Kampfes für die Befreiung Polens trägt, sondern

Obersten Sowjets der UdSSR am 27. Dezember auf das entsprechende Ersuchen der Polen bereits mitgeteilt hat, daß es die Provisorische Regierung Polens anerkennen werde, sobald sie gebildet sei. Dieser Umstand macht es mir unmöglich, Ihren Wunsch zu erfüllen." Das Datum: 1. Januar 1945.

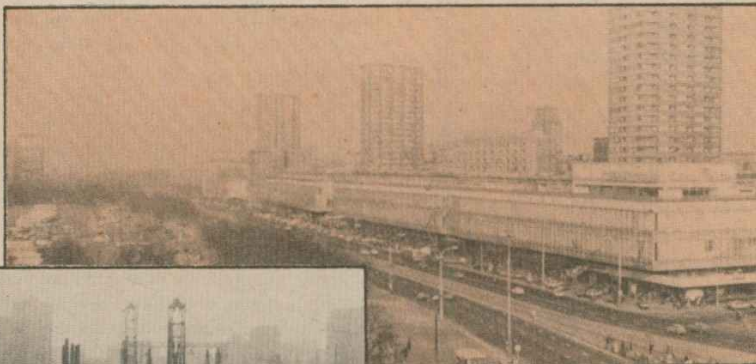
Im Januar 1945 begann die Weichsel-Oder-Operation — eine der größten des zweiten Weltkriegs. In vier Tagen wurde die Verteidigung des Gegners an einer mehr als 500 km langen Front durchbrochen, wonach auch Einheiten der 1. Armee der Wojsko Polskie in die Kampfhandlungen eingriffen.

Nach der Befreiung Warschaus meldete der Kriegsrat der Front dem Obersten Befehlshaber: "Die faschistischen Barbaren haben die Hauptstadt Polens Warschau vernichtet. Mit der Erfahrung eingefleischter Sadisten haben die Hitler-soldaten Viertel um Viertel zerstört.

Warschau, Rathaus

40 Jahre danach bietet sich der Welt ein anderes, verjüngtes Warschau dar.

Leuchtschriften spiegeln sich auf den Kühlern der Kraftfahrzeuge, in den nächtlichen Himmel ragen Hochhäuser, und keine Kraft wird die netten jungen Leute, die hier über die Bürgersteige flanieren, unter denen die tote Stadt liegt, mehr in die Vergangenheit zurückwerfen. Der Versuch dazu wurde jedoch unternommen, wodurch Polen in eine tiefe politische und wirtschaftliche Krise gestürzt wurde, aus der es nur mit Mühe herauskommt und die teuer bezahlt werden muß. Vieles ist bereits vollbracht. Die Menschen haben Ruhe und Überzeugung gewonnen. Doch noch immer machen sich antisozialistische Kräfte bemerkbar. Wo Unentschlossenheit an den Tag gelegt wird, reißen noch immer jene



auch weil Polen ein an die Sowjetunion grenzender Staat und das Problem Polen nicht vom Problem der Sicherheit der Sowjetunion zu trennen ist."

Nun versuchte Roosevelt, Polen in seinem Einflußbereich zu halten. Im Antworttelegramm ersucht er darum, die Anerkennung der Provisorischen Regierung aufzuschieben, wobei er sich darauf beruft, die Alliierten müßten vor der Weltöffentlichkeit geeint auftreten.

Moskau telegrafierte augenblicklich nach Washington: "Natürlich begreife ich durchaus Ihren Vorschlag, die Anerkennung der Provisorischen Regierung Polens durch die Sowjetunion für einen Monat aufzuschieben", antwortete Stalin. "Doch es ist so, daß das Präsidium des

Warschau heute sind die gestern erbauten Straßen und die entstehende U-Bahn

Fotos des Verfassers

Betriebe und Gebäude wurden ausradiert, gesprengt, in Brand gesteckt, die städtische Wirtschaft ist zerstört. Zehntausende Einwohner sind ausgelöscht. Die Stadt ist tot."

Als die polnischen Soldaten dort einrückten, wo einst Warschau gewesen war, weinten sie.

Stas erinnert sich: Überall ragten Ruinen auf, als die Eltern zur Arbeit nach Warschau übersiedelten.

Wo aber sollte man hier unterkommen? Keine Ahnung.

die Initiative an sich, die den Predigerstuhl zur politischen Tribüne machen wollen. Dennoch läßt sich mit Gewißheit sagen, daß die Entwicklung nicht von ihnen bestimmt wird. Warschau und mit ihm ganz Polen behauptet seine Volksmacht, sein Heute und Morgen.

Vor 40 Jahren gab es weder Volkspolen noch seine Hauptstadt. Jetzt sind sie Altersgefährten, haben das gleiche Schicksal. Einfacher ausgedrückt: Warschau ist das Herz des neuen Polen.

Das Herz Warschaus ist aber dessen Rathaus. Am Vorabend des 40. Jahrestages werden beim Vizepräsidenten der Stadt, Genossen Belecki, Einzelheiten des bevorstehenden Jubiläums diskutiert.

"Es ist wichtig, daß zu diesem Fest nicht üppige Feiern überwiegen", meint Belecki, "sondern jeder von uns sollte der Tragik und des Heldentums der eigenen Geschichte gedenken und das von der polnischen Hauptstadt durchlebte in den heutigen Kategorien einschätzen. In der schweren Zeit der Krise wurde die sozialistische Ordnung der Schwäche

beschuldigt, aber ist das wiederhergestellte Warschau nicht eine nationale Großtat der Polen, nicht eine Leistung des Sozialismus, wie das neue Polen in seinen neuen Grenzen selbst?

Mit eigenen Händen hätte Warschau nicht wiedererstanden können. In den ersten Monaten schon kamen seinen Bürgern sowjetische Soldaten zu Hilfe. Sie gaben Technik und Lebensmittel. Es kamen Experten aus der Sowjetunion, Monteure aus der CSSR, Schweißer aus Bulgarien. Das ganze Stadtgebiet wurde zu einer internationalen Baustelle. So entstand der polnische Phönix Warschau aus der Asche. Zu seinem 40. Jahrestag wollen wir durch reale Taten unsere Schulden abtragen.

Vergleichen wir einmal die beiden Warschaus: das in der Geschichte versunkene und das heutige. Jetzt beherbergt es 1 650 000 Menschen. Etwa genauso viele Warschauer gab es vor dem Krieg — 1 350 000. Doch es ist eine völlig andere Stadt. Mit ihrer jetzigen Fläche von 500 Quadratkilometern hat sie sich um das Dreifache ausgedehnt. Das aber bedeutet für jeden Einwohner mehr Sonne, mehr Grünanlagen, mehr Luft. Und natürlich mehr moderne Wohnungen, die allen technischen und sozialen Anforderungen entsprechen.

Elektronik, Pharmazie, Präzisionsindustrie bilden den Stolz der Hauptstadt und den Ruhm Polens im Ausland. Warschau hat 15 Hochschulen und 25 Forschungseinrichtungen. So viele kannte früher selbst das ganze Land nicht.

Natürlich gibt es nicht wenige Schwierigkeiten.

Die Stadt entwickelt sich stürmisch, wobei sie in einigen ihre Möglichkeiten übersteigt. Ein sehr akutes Problem sind die Verkehrsmittel. Gelöst werden kann es nur durch die U-Bahn. Dreimal schon wurde ihr Bau in Angriff genommen. 1971 gab es technische Unzulänglichkeiten, 1974 entstanden neue Komplikationen. Jetzt entsteht die U-Bahn in Warschau planmäßig: 23 km bis zum Jahre 1992.

Doch das wohl größte Problem Warschaus sind die Wohnungen. Die Stadt ist jung, ständig werden neue Familien gegründet. Wir bauen rund 9000 Wohnungen pro Jahr, doch es gibt etwa 200 000 Anwärter.

Weitere Sorgen bereiten uns die Sozialeinrichtungen, von denen es verglichen mit dem raschen Bevölkerungszuwachs zu wenige gibt. In dem von 300 000 Personen, kinderreichen Familien, besiedelten Bezirk Ursus z. B. mangelt es an Schulen. So entstand ein demographisches Patt. Bislang befördern wir die Kinder des Bezirks mit Sonderbussen in benachbarte Schulen. All diese Schwierigkeiten

müssen in den nächsten Jahren bewältigt werden.

Es wurde beschlossen, den Zuzug in die Stadt nach dem Jahr 2000, wenn die Bevölkerung auf 1 750 000 angewachsen ist, zu sperren."

Wir unterhielten uns lange mit Genossen Belecki. Am folgenden Tag aber fand ich in den Archiven des Warschauer Rathauses zwei interessante Dokumente.

Das erste eine Kartothek in deutscher Sprache.

Hitler sah sich gern als Baumeister. Auf seinen Befehl jagten die Nazis Warschau unter Nutzung früherer Erfahrungen in die Luft. Ein Parteigenosse Hitlers, Oberst Alfred Mensebach, war von Beruf Architekt. Er schloß Ende 1944 diese Kartothek ab. Auf den Karten findet sich links das Foto eines Hauses, rechts die genauen Angaben seiner Maße. Oberst Mensebach sammelte Daten über die von ihm vernichteten Häuser. Das war der Katalog seiner Arbeit. Welche Verhöhnung der menschlichen Vernunft! Welche schreckliche Ausgeburt des Nazismus!

Das zweite Dokument ist in Russisch gehalten und vom 17. März 1945 datiert. Ein Oberst der Roten Armee (sein Name ließ sich leider nicht entziffern) übergab dem Chefarchitekten Warschaus einen Beleg, der besagte, daß die Stadt frei von Minen ist. Mehrere Hunderttausend wurden aus den Ruinen geholt.

Bleibt noch vom weiteren Schicksal des Jungen aus Chelm zu berichten, wo das Juli-Manifest beschlossen wurde. Wie Sie sich erinnern, war Stas nach Warschau gezogen. Aus ihm wurde Stanislaw Belecki, der Vizepräsident der Hauptstadt der VR Polen.

Auf der Fahrt zum Flughafen gab mir der Fahrer ein eng beschriebenes Blatt. Es stammte von seiner Mutter, die bat, einen Russen ausfindig zu machen, der im Herbst 1944 auf der Fähre bei Sandomierz ein Mädchen namens Maria Ziolo kennengelernt hatte. Maria hatte den sowjetischen Soldaten als Sanitäterin geholfen. Danach trafen sie sich im Dorf Wrczany, später in Chelm, wo die Polonaise von Chopin erklang und die sowjetische Einheit, die dann zur Befreiung Warschaus ausrückte, haltmachte.

Auf dem Zettel stand: "Sein Name ist Alexander Lewtschenko. Er ist Militärarzt, vermutlich aus Leningrad, weil er viel von dieser Stadt erzählt hat."

Ich bitte alle, die etwas über den Militärarzt Lewtschenko wissen, das an folgende Adresse mitzuteilen: VR Polen, Maria Tschaika (Ziolo), 05-501 Piaseczno, Dunikowskiego 20. Und schreiben Sie bitte möglichst deutlich. Maria kann die Buchstaben kaum erkennen. Sie erblindet. Warschau—Moskau

Kaum waren wir in der Kleinstadt Samroung angelangt, als die Sonne hinter dem Gebirgsgipfel versank und uns in einer knappen halben Stunde — urplötzlich, wie das in den Tropen ist, — tiefste Nacht umfing. Nach der ermüdenden Fahrt träumten wir davon, uns in Ruhe richtig ausschlafen zu können. Doch die Ruhe hier, an der nordwestlichen Grenze der Volksrepublik Kampuchea zu Thailand, ist trügerisch.

Noch am Morgen, in Phnom Penh, hatte man mir die Meldungen über die Provokationen Bangkoks gegen die VR Kampuchea vorgelegt. Allein in einer Woche hatten Spionageflugzeuge Thailands 81mal den Luftraum Kampucheas verletzt, thailändische Artillerie 37mal das Territorium der Republik beschossen. Unter Feuerschutz versuchten die Pol-Pot-Banden über die Grenze nach Kampuchea vorzudringen, wurden jedoch jedesmal zurückgeschlagen.

Nun also bin ich am Ort der Ereignisse. Mein Gesprächspartner Srey Khien ist stellvertretender Bataillonskommandeur der Revolutionären Volksarmee. Er stammt aus dem Süden, aus der Provinz Svay Rieng.

"In dieser Gegend bin ich nicht aus eigenem Willen", sagt er und erläutert auf meine fragende Miene hin: "Während der Pol-Pot-Herrschaft wurde unsere ganze Familie hierher verschleppt. Es war ein Leben wie im Zuchthaus. Die Mutter hat die unerträgliche Arbeit nicht ausgehalten, ist gestorben."

Als wir endlich hörten, daß es mit der Pol-Pot-Diktatur aus ist, jubelten wir. Die Frage, wie wir zu der neuen Macht stehen sollten, bestand nicht. Denn diese Macht hatte die Nation vor der Ausrottung gerettet.

In der letzten Zeit sind die Überreste der Pol-Pot-Banden verstärkt in Aktion getreten", weist er in Richtung thailändische Grenze. "In der Provinz Preahviheha haben wir den sogenannten vorgeschobenen Stab Pol Pots geschlagen und drei Gruppierungen seiner Banden vollständig vernichtet. In der Provinz Pursat fanden viele Banditen Son Sanns ihren Tod. Wir haben auch Dutzende Anhänger Sihanouks unschädlich gemacht..."

Da ist sie, die unheilige Dreifaltigkeit: der Pol-Pot-Mann Khieu Samphan, Son Sann und Sihanouk, auf einem Foto, das während ihrer Pekinger Begegnung im Juli 1984 entstand. Zum wiederholten Male hatten sie sich bemüht, ihre "Einheit", "Eintracht", "Geschlossenheit" und Entschlossenheit zu demonstrieren, "mit den Differenzen, der Zwietracht und der Feindschaft Schluß zu machen". "Wir müssen in der Koalition das Vergangene vergessen, um voranzukommen", verkündete Sihanouk. "Wir müssen möglichst bald die Differenzen überwinden." Doch es kam zu keiner neuen Versöhnung der Gruppierungen. Im Osten heißt es, keiner

TRÜGERISCHE STILLE

"Die 'Koalitionsregierung des demokratischen Kampuchea' ist reine Fiktion. Die Westpropaganda will den Anschein der Einheit zwischen den drei Gruppierungen der Khmer-Reaktion — Anhänger Pol Pots, Son Sanns und Sihanouks — erwecken. Tatsächlich vollzieht sich in den Lagern der kampucheanischen Reaktionäre auf thailändischem Gebiet eine harte Auseinandersetzung, die häufig zu direkten bewaffneten Konflikten um die Teilung der von westlichen Ländern stammenden materiellen Hilfe und das Recht der Kontrolle über die Flüchtlingslager führt."

Dieses unverhüllte Eingeständnis verdanken wir Oug Heng, dem ehemaligen Kommandeur des 218. Bataillons der konterrevolutionären nationalistischen Gruppierung Khmer-Serei-Bewegung. Seinen Bericht hörte ich kürzlich auf einer Pressekonferenz in Phnom Penh. Ein paar Tage später begab ich mich an die kampucheanisch-thailändische Grenze, in ein Gebiet also, wo die auf der Pressekonferenz erwähnten Vorgänge teilweise stattfanden.

von ihnen wolle ein Hühnerei auf drei Dörfer aufteilen. Jeder will der erste sein.

Vor mir liegen Flugblätter, Anweisungen und Fotos, die von Soldaten der Revolutionären Volksarmee Kampuchea bei einem Einsatz erbeutet wurden. Darunter der Aufruf der konterrevolutionären Gruppierung "Khmer Serei" mit dem Bild ihres Anführers, des 75jährigen Son Sann: "Kämpft entschlossen gegen die Rückkehr des teuflischen Regimes der Roten Khmer", also der Pol-Pot-Leute. Und der Aufruf: "Retten, schützen!" Wen? Die Kampucheaner natürlich.

Auch Khieu Samphan hat sich im Schreiben geübt: "Khmer! Unterstützt nur die Khmer, die Herrn Khieu dienen!" fordert er in einem Flugblatt. Auf der Rückseite seines Farbfotos der Vordruck: "...ist Angehöriger der Armee des Herrn Khieu, die gegen die Aggressoren kämpft".

Wozu derartige Flugblätter produziert werden, erklärten mir kampucheanische Freunde. Solche "Ausweise" versuchen die Pol-Pot-Leute Bauern aus den Grenzdörfern zuzustecken. Dabei versichern sie: "Wir verlangen nichts von euch, ihr müßt nur euren Namen auf den Vordruck setzen. Das wird euer Dokument. Wenn wir zurückkehren, zeigt ihr es, und niemand wird euch etwas tun."

Pol Pot, der jetzt die "militärischen Einsätze" verantwortet, schläft ebenfalls nicht. Das beweist die von ihm unterzeichnete Geheimanweisung Nr. 470:

"Den Khmer Serei ist auf alle Weise zu schaden, ihre Mitglieder sind zu vernichten", bedeutet das Dokument. "Insgesamt vorgehen, ohne Zeugen, Diversionen so vornehmen, daß der Verdacht auf die Vietnamesen fällt."

Das kennt man. Uns wurde erzählt, daß auf einem Stützpunkt Son Sanns bei Preahvihea Pol-Pot-Leute einige Dutzend ihrer "Koalitionspartner" umbrachten. "Pol Pot ist schlimmer als Hitler", kommentierte ein Mann Son Sanns diese Operation in einem Interview der "Bangkok Post".

Zwietracht und Gewalt, kurz ein schmutziges Handwerk. Um alles, was dort geschieht, vor fremden Augen zu verbergen, sind die tollwütigen Hunden ähnelnden "Koalitionspartner" bemüht, ihre Türen vor Fremden fest zu verschließen.

Der thailändische Bürger Samat Ladanthat, der auf dem Gebiet der Volksrepublik Kampuchea festgenommen wurde, erzählte folgendes: Die Pol-Pot-Banden hätten sich in einem großen Gebiet Thailands breitgemacht, wo sie uneingeschränkt herrschen. Bürger, die zufällig in die Sperrzonen gelangen, werden verhört, gefoltert und nicht selten getötet.

Immer mehr Menschen kommen im Lager der Konterrevolution zu Bewußtsein, wie diese einstigen Banditen, die sich der Volksmacht stellten.

Foto des Verfassers



Die thailändische Regierung habe die Pol-Pot-Lager praktisch unter Bewachung genommen und vertreibe die örtliche Bevölkerung aus den Gegenden, wo die paramilitärischen Trupps der Khmerreaktion hausen.

Solche Aussagen bringen erneut die Gewißheit, daß es mit den Feinden der Volksrepublik Kampuchea, die nicht nur ihr eigenes Volk, sondern auch einander bekämpfen, längst zu Ende wäre, wenn sie nicht von Thailand unterstützt würden und Waffenlieferungen aus anderen Ländern erhielten, die daran interessiert sind, die Spannungen um die VR Kampuchea zu schüren.

Die imperialistischen und hegemonistischen Kräfte haben Thailand zu einem gehorsamen Werkzeug gemacht und drängen es zu einer offenen Aggression gegen die Nachbarländer Indochinas. Die Provokationen Chinas an der Grenze zu Vietnam, die Besetzung von drei laotischen Dörfern durch thailändisches Militär, der Beschuß von Gebieten Kampuchea durch thailändische Artillerie zur "Deckung" der bewaffneten Überfälle der konterrevolutionären Khmer — so sieht die unvollständige Aufzählung ihrer Verbrechen aus.

"Die Pol-Pot-Banden und andere, die den souveränen Boden Volkskampuchea angreifen, haben nichts zu lachen", sagte der stellvertretende Verteidigungsminister der VR Kampuchea, Mieh Kroout, mit dem ich bei meiner Reise durch die Grenzgebiete zusammentraf. "Allein in den letzten vier Monaten haben unsere Soldaten 5000 Banditen vernichtet, eine große Menge Waffen, Munition und Kampftechnik erbeutet. Die Feinde der kampucheanischen Revolution wollen sich zwar nicht mit der Existenz der jungen Republik abfinden, aber es bleibt ihnen nichts anderes übrig. Unser Land beschreitet unerschütterlich den Weg des nationalen Aufbaus, und jeder Versuch, mit Waffengewalt oder Diversionen das Völkermordregime in Kampuchea zu reanimieren, ist aussichtslos. Ebenso aussichtslos wie der kurzsichtige Kurs auf Konfrontation sowie jegliche Projekte, die die Interessen Vietnams, Laos' und Kampuchea nicht berücksichtigen. Unsere Feinde sollten endlich begreifen, daß es niemandem gegeben ist, die Entwicklung in Kampuchea zurückzudrehen."

Wieder hämmerte in der nächtlichen Dunkelheit ein Maschinengewehr. Am Fuß des Gebirges ertönten Artilleriesalven. Von Thailand her versuchte ein Banditentrupp nach Kampuchea vorzustoßen.

Ja, die Ruhe bei Samroung ist trügerisch, denn Thailand ist nah, und von dort kommt der Feind.

J. FADEJEV

Samroung--Phnom Penh

Rechtsopposition vor den Wahlen

DIE SCHARTE
AUSWETZEN?

Je weniger Zeit bis zu den Parlamentswahlen bleibt (laut Verfassung sollen sie, wenn nichts dazwischenkommt, 1986 stattfinden), desto akuter werden für die Opposition die Probleme von Strategie und Taktik. Das Rechtslager sieht seine Hauptaufgabe eingeständenermaßen darin, die Scharte für die Niederlage bei den Wahlen von 1981 wieder auszuwetzen. Die Mittel und Wege sind da unterschiedlich. Nicht von ungefähr geben die Vorsitzenden der wichtigsten Oppositionsparteien neuerdings um die Wette Erklärungen ab, in denen sie ihre Pläne darlegen. Die Zeit drängt. Jeder beeilt sich, seinen politischen Einfluß auszudehnen und den Rivalen zu verdrängen.

Die Lokomotive der Opposition ist immer eindeutiger die bürgerliche "Sammlungsbewegung für die Republik" (RPR) und ihr Vorsitzender Jacques Chirac, der Oberbürgermeister von Paris. Der jüngste RPR-Kongreß in Grenoble gestaltete sich zu einer wichtigen Etappe der Machtkämpfe in der Partei. Die 4000 Delegierten, die, will man den RPR-Führern glauben, 860 000 Mitglieder vertreten, billigten ein "Projekt für Frankreich", eine politische Plattform, mit der sich die Partei ihren Wählern präsentieren will. Im Grunde wurde auf dem Kongreß ein Stab für die Wahlkämpfe konstituiert. Die alten Politiker gaullistischer Observanz sind in den Hintergrund getreten und haben einer neuen Führungsgeneration Platz gemacht. Diese gruppiert sich um Chirac, die unbestreitbare, Nr. 1 der RPR. Die Neuen, deren typischer Vertreter der heutige RPR-Generalsekretär Jacques Toubon ist, zeichnen sich durch ihre persönliche Ergebnisorientierung für den Pariser OB aus. An sie wird die Hoffnung geknüpft, die Partei für die Massen anziehender zu machen.

In dem weitschweifigen, mehrhundertseitigen "Projekt für Frankreich" konzentrierten Chiracs Anhänger ihre Kritik auf die Wirtschaftspolitik der Sozialisten. Die RPR konstatiert, daß der von der Sozialistischen Partei Frankreichs (PS) gesteuerte Kurs in jeder Hinsicht eine Schlappe war. Chirac forderte zwei

weitere führende Vertreter der Opposition — Ex-Präsident Giscard d'Estaing und Ex-Premierminister Barre — auf, ein Expertenkomitee einzusetzen, das ein Fazit aus der 4jährigen "Sozialistenherrschaft" ziehen und die Schlüsse alle sechs Monate im Rahmen der begonnenen Vorbereitung auf die Wahlen von 1986 veröffentlichen soll.

Alle sehen schon: Der Druck auf Präsident Mitterrand und die Regierung der französischen Sozialisten wird sich verstärken. Klar ist auch etwas anderes, was auf dem Kongreß in Grenoble ebenfalls zum Ausdruck kam: Die RPR wünscht keine Kompromisse mit dem heutigen Kabinett.

Welche Alternative bieten Chiracs Anhänger? Einen Hauptgrund für die wirtschaftlichen Wirren sehen sie in einer angeblich viel zu starken Rolle des Staates. Die Grundthese des RPR-Programms lautet: "Der Staat darf nicht alles regieren." Statt dessen wird vorgeschlagen, dem Privatkapital einen Teil der verstaatlichten Banken und Industriegesellschaften zurückzugeben und einige soziale Errungenschaften der Werktätigen und der Gewerkschaften abzuschaffen. Das wirtschaftliche Kredo des "Projektes für Frankreich" heißt: "die

wirtschaftliche und nationale Wiedergeburt zu sichern", zu diesem Zweck dem Großkapital ein weites Wirkungsfeld freizulegen, die Besteuerung der Privatfirmen zu senken, jede Preiskontrolle aufzuheben und eine "freie Bewegung des Kapitals" zu gewährleisten.

Erst vor kurzem waren die RPR und ihr Vorsitzender des Lobes voll über die wirtschaftlichen und sozialen Rezepte Reagans und Margaret Thatchers. Heute merkt man die Neigung, sich von den beiden zu distanzieren. Der Grund: Die Hoffnungen jener Kräfte, darunter in der Regierungspartei PS, die auf "Reaganomics" setzten, weil sie angeblich auch Frankreich zu wirtschaftlichem Aufschwung verhelfen könnten, haben sich nicht bewahrheitet. Es gibt keinen Aufschwung, und über die sozialen Unkosten des Experiments à la Reagan stützen seine französischen Nacheiferer. In einem Interview erklärte Chirac vor kurzem, man solle kein Nachahmungsmuster außerhalb Frankreichs suchen. "Was für die USA gut ist, ... muß es nicht für eine Gesellschaft wie die unsrige mit ihrer grundsätzlich anderen Wirtschaft sein", betonte er.

Der Kongreß in Grenoble verlief im Zeichen der Rückkehr zu den "geistigen und politischen Werten des Gaullismus". Das zeigte sich nicht nur in großspurigen Gesten (Demonstration eines Riesenporträts des Begründers der Fünften Republik im Kongreßsaal, was schon seit Jahren nicht mehr geschah), sondern auch in Ansprachen vieler Delegierter, besonders in der programmatischen Rede Chiracs, worin das "Gaullistische Erbe" immer wieder herausgestrichen wurde. Im wirtschaftlichen Bereich wurde erneut der von de Gaulle formulierte "dritte Weg"

IN KÜRZE

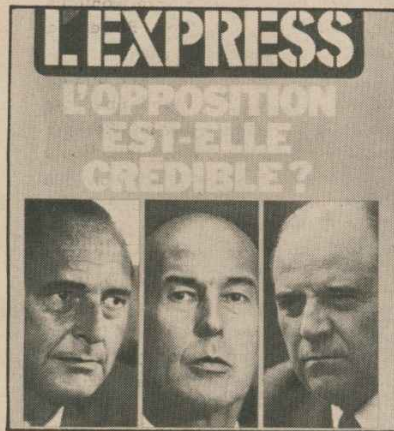
"Das wichtigste Ergebnis des USA-Besuchs von Frau Thatcher war offensichtlich die amerikanisch-britische Vereinbarung, laut der ihre [Thatchers — die Red.] Vorbehalte gegenüber dem 'Star-Wars'-Programm zum Ausdruck gebracht wurden... Dies ist als eines der ersten Anzeichen dafür aufzufassen, daß das Problem der 'Sternenkriegs'waffen die NATO in bedeutenderem Maße spalten kann als die Streitigkeiten, die es in den letzten Jahren wegen der Stationierung der amerikanischen Pershing 2 und Cruise Missiles in Europa gegeben hat.

Die Administration wird offenbar nicht minder ernsthaftere Auseinandersetzungen in puncto 'Star-Wars'-Programm mit dem Kongreß haben als mit den europäischen Bündnispartnern. Einige einflußreiche Kongreßabgeordnete rufen schon jetzt dazu auf, die Ausgaben für Weltraumwaffen und deren Tests abzubauen."

Aus: "The Wall Street Journal"

zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf den Schild gehoben.

In außenpolitischer Hinsicht gibt es einige positive Vorschläge, so zaghaft sie auch anmuten. Erst vor kurzem konnte man nur mit Mühe zwischen der außenpolitischen Position des RPR-Vorsitzenden und der Washingtons unterscheiden. Was



"Ist der Opposition zu trauen!" Diese Frage an die auf der Titelseite des Pariser Magazins "L'Express" abgebildeten Oppositionsführer Chirac, Giscard d'Estaing und Barre wird in der französischen Presse lebhaft diskutiert.

diesem paßte, war auch dem Pariser OB recht. Jetzt sind in den Bewertungen eine größere Ausgewogenheit und mehr Realismus festzustellen. Chirac setzt sich zwar für eine Stärkung des Nordatlantikblocks ein, akzentuiert aber zugleich eine unabhängige Linie in den internationalen Angelegenheiten. In Grenoble sagte er, man müsse regelmäßige und konstruktive Beziehungen zu Moskau unterhalten und nicht den anderen die Sorge überlassen, mit ihm in der Sprache des gesunden Menschenverstandes zu sprechen.

Die zweite große Partei des Rechtslagers — die Union für die Französische Demokratie (UDF) —, von Ex-Präsident Giscard d'Estaing gegründet, bereitet sich ebenfalls zu den entscheidenden Kämpfen vor. Die Lage dieser Gruppierung ist viel komplizierter. Die Niederlage von 1981 erweckte die Fliehkräfte in ihr, es kam zu Rivalitäten zwischen den einzelnen Clans und zu einer tiefen Enttäuschung an der Basis. Die Popularität der UDF fiel rapide ab. Es bedurfte großer Bemühungen, um sie aus dem Zustand der Verwirrung und des inneren Haders herauszuführen. Giscard d'Estaing unterzog sich dieser Aufgabe. Eine Zeitlang hielt er sich im Hintergrund, ging aber Ende 1984 zu energischen Aktionen über.

Vor allem hat er es durchgesetzt (allerdings ohne besondere Mühe), daß man ihn in die Nationalversammlung wiederwählte. So erhielt er eine wichtige politische Tribüne.

Er legte sein Programm in dem Buch "Zwei Franzosen von dreien" dar, das in Paris herauskam. Die Grundidee: Die meisten Franzosen seien über das heutige "sozialistische Experiment" enttäuscht und träumten davon, sich zusammenzuschließen, um eine "moderne liberale Gesellschaft" aufzubauen. Ihre wichtigsten Merkmale seien freies Unternehmertum, Abschwächung der wirtschaftlichen Rolle des Staates, die "Freiheit der Persönlichkeit". Solches Modell wurde schon während Giscard d'Estaings Amtszeit als Präsident propagiert, allerdings ohne Erfolg.

Seine größten Hoffnungen knüpft er an die 1986 bevorstehenden Parlamentswahlen. Er fordert die Opposition auf, möglichst bald eine gemeinsame Strategie zu vereinbaren. Sie soll in einer "Charta der nationalen Opposition" dargelegt werden, deren Ausarbeitung gut vorankommt und Anfang d. J. abgeschlossen werden soll. Die Zusammenkünfte von Vertretern der RPR und der UDF, darunter "auf höchster Ebene", nehmen regelmäßigen Charakter an. Die Aufgabe der "Charta" besteht darin, den Franzosen — entgegen den Behauptungen der Regierung und der PS — zu demonstrieren, daß die bürgerlichen Parteien ein konstruktives Programm und positive, vertrauenerweckende Ziele haben.

Etwas abseits hält sich im Rechtslager Ex-Premierminister Raymond Barre. Er bemüht sich um das Image eines Politikers, der "über dem Getümmel" steht. Außerdem reflektiert er auf die Rolle des Sprachrohrs der gesamten Opposition. In der Praxis bedeutet das einen Versuch, seine Anhänger unabhängig von ihren parteimäßigen und politischen Bindungen zusammenzuschließen, darunter auch solche, die einst mit den Sozialisten sympathisierten, jetzt aber über sie enttäuscht sind.

Barres Sorgenkinder sind die RPR und die UDF. Wie die den Sozialisten nahestehende Zeitung "Le Matin" schrieb, will der Ex-Premierminister gleich zwei Ziele erreichen: Giscard d'Estaing überrunden und Chiracs wachsende Popularität dämpfen. Eine Zeitlang brachte er das fertig, und in den politischen Kreisen sprach man immer häufiger von einem "Phänomen Barre". Öffentliche Umfragen zeigen einmütig, daß Barre populärer ist als Chirac. Einige Politiker aus der nächsten Umgebung des Ex-Präsidenten rieten sogar, für Barre einen

Platz bereitzuhalten, weil sie in ihm einen vielversprechenden und hoffnungserweckenden Kandidaten der Opposition in den bevorstehenden Kämpfen um den Präsidentensessel sahen. Aber niemand ist daran interessiert, Chirac am wenigsten.

In letzter Zeit stößt Barre auf Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß er keinen Parteiapparat hat, auf den er sich stützen könnte. Je näher die Parlamentswahlen rücken, desto schmerzhafter wird sich dieser Mangel bemerkbar machen.

Wichtig ist nach wie vor die Frage der Strategie. In seinem vor kurzem in Paris herausgekommenen Buch "Überlegungen für morgen" legt Barre seine Ideen dar. Ebenso wie Chirac schlägt er eine "friedliche Koexistenz" von Opposition und PS aus. Sein Wirtschaftsprogramm beruht auf den Prinzipien des "freien Unternehmertums", und auch er fordert dazu auf, das Privatkapital maximal zu begünstigen. Bei den Unternehmern fanden diese Ideen eine wohlwollende Aufnahme. Was die Außenpolitik angeht, so gibt sich Barre als Anhänger des unabhängigen Frankreich und beruft sich dabei häufig auf de Gaulle. Er spricht sich für die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der UdSSR aus. Hier hat man auch noch nicht vergessen, daß Barre in der Zeit, als die US-Administration Frankreich unter starken Druck setzte und von ihm die Kündigung des Vertrags über die sibirische Gasleitung forderte, zu den wenigen bürgerlichen Politikern gehörte, die erklärten, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Moskau den nationalen Interessen Frankreichs entspricht.

Die Lage im Oppositionslager ließe sich gegenwärtig auf das Kürzel bringen: Bündnis und Konkurrenz. Für alle drei Parteivorsitzenden ist klar, daß sie ohne ein Bündnis, ohne ein Minimum an gemeinsamen Aktivitäten 1986 mit einem Sieg nicht zu rechnen brauchen. Keine einzige politische Kraft, so einflußreich sie auch sein mag, kann den Anspruch darauf erheben, das Land allein zu regieren (daß die Sozialisten 1981 die absolute Mehrheit im Parlament erzielten, ist die berühmte Ausnahme von der Regel). Zugleich fördert die Opposition absichtlich die Konkurrenz in ihren Reihen. Das geschieht aus einem einfachen Grund: Sie drückt auf diverse Tasten, um sich eine maximale Unterstützung der Wähler 1986 zu sichern. Der wichtige Zeitpunkt ist nicht mehr fern, aber Prognosen wären noch verfrüht. Sowohl das Regierungslager als auch die Opposition sind imstande, all ihre politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Reserven in die Schlacht zu werfen. Auf jeden Fall wird es hart zugehen.

V. GUSSENKOW

Auf wessen Kosten löst die Regierung die Wirtschaftsprobleme?

NEUES VOM HELGEANDS-HOLMEN

Die malerische Insel Helgeands-Holmen mitten im Zentrum der Hauptstadt fehlt auf keinem Rundfahrtprogramm. Ein altertümliches Gebäude, der Riksdag, nimmt fast die ganze Insel ein. Für den Ausländer ist diese Gegend Stockholms nur eine Sehenswürdigkeit, während für die Schweden die Vorgänge im Parlament direkt mit den Alltagsorgen zu tun haben, um so mehr, als die Debatten im Riksdag in der letzten Zeit hitzig geworden sind und turbulente Pressekommentare nach sich gezogen haben. Im Brennpunkt standen neue Maßnahmen des Kabinetts Palme im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die der Parteitag der Regierungspartei vorgemerkt hatte.

Zwecke und Mittel

Der 29. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens fand Ende September statt. Ich fragte einen führenden Parteifunktionär, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson, der recht viel zur Bestimmung der Wirtschaftsstrategie der Sozialdemokraten beigetragen hat, nach seiner Meinung über die Ergebnisse des Parteitages. Er antwortete reserviert: "Wir sehen die wichtigsten Ziele darin, die Inflation abzubremesen, so weit wie nur möglich für Vollbeschäftigung zu sorgen und die Finanzlage des Staates zu verbessern."

Das klingt ganz logisch. Mit dem Anschwellen der Inflation war Schweden in den letzten Jahren vielen Staaten Westeuropas voraus. Das Arbeitslosenheer wird nicht kleiner, und der Staatshaushalt für das laufende Rechnungsjahr wird, wie Wirtschaftsexperten schätzen, mit dem enormen Fehlbetrag von 70 Md. Kronen abschließen.

Die Ziele sind gesteckt. Wie aber soll man sie erreichen? Die jüngsten Maßnahmen des Kabinetts betreffen eine Erhöhung der Steuern auf Benzin, Strom, Tabak und Spirituosen, was der Staatskasse zusätzliche 4,3 Md. Kronen einbringen wird. Die Regierung beabsichtigt, sie teilweise zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu benutzen. Außerdem hofft das Kabinett, daß die Steuererhöhung auf Benzin, das in immer größeren Mengen verbraucht wird, einen geringeren Ölimport ermöglichen und so die Zahlungsbilanz verbessern sowie den Fehlbetrag im Staatsetat vermindern wird.

Um es kurz zu sagen, versucht die Regierung wie früher, die Wirtschaftsprobleme durch Steuererhöhungen zu lösen. Der fortschrittlichen schwedischen Presse zufolge wird dadurch aber die materielle Lage der Werktätigen keineswegs besser. Deshalb werden die neuen Maßnahmen hier "das harte Paket" genannt.

Das spielte die bürgerliche Opposition in der Riksdagsdebatte über die Regierungsmaßnahmen bei ihrer Kritik an der Politik des Kabinetts als Trumpf aus. Unverkennbar zwecks Stimmenfangs warf sie den Sozialdemokraten "Mißachtung der Volksinteressen" vor und benutzte die Gelegenheit, um ein eigenes "Rezept zur Wirtschaftssanierung" anzubieten. Es läuft auf eine Senkung der Ausgaben für den staatseigenen Sektor und der Besteuerung der Unternehmer hinaus.

Unter diesen Umständen hat die Stellungnahme der Linkspartei-Kommunisten (VPK) an Bedeutung gewonnen. Mit ihren 20 Mandaten kann sie bei der jetzigen Frontziehung im Parlament einen realen Einfluß auf die innerpolitische Entwicklung nehmen. Bevor die Regierung also ihr "Paket" publik machte, beriet sie sich mit der VPK-Führung, um sich deren Rückhalts zu versichern. Nach ihren eigenen Grundsätzen handelnd, stellte die VPK eine Anzahl von Forderungen an das Kabinett. Es handelte sich u. a. darum, dem Steigen der Mieten Schranken zu setzen, die Interessen der Rentner zu wahren, die staatlichen Gebühren für die Benutzung des Kraftverkehrs und die Zinssätze zu senken und schließlich die Umsatzsteuern auf den Aktienhandel zu erhöhen.

Die letzte Forderung ist von den Sozialdemokraten abgelehnt worden. Auf die anderen aber mußten sie eingehen. Deshalb ist die VPK nicht gegen die Maßnahmen des Kabinetts aufgetreten und hat sich bei der Abstimmung Ende November der Stimme enthalten. Die Anträge der Regierung sind im Parlament durchgekommen.

"Wir sind von diesen Maßnahmen alles andere als erbaut", sagte der VPK-Vorsitzende Lars Werner. "Die Stellungnahme der Partei ist u. a. dadurch veranlaßt, daß sich die Sozialdemokraten um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemühen, was natürlich aner kennenswert ist."

Außerdem sucht die VPK-Führung ihre Stellung im Riksdag zu benutzen, um zu

verhindern, daß die bürgerlichen Parteien ihre Positionen verstärken. Das ist gerade jetzt besonders sinnvoll, da der Wahlkampf zu den für September d. J. angesetzten Parlamentswahlen anläuft.

Als die Sozialdemokraten im September 1982 zur Macht kamen, gaben sie die Absicht bekannt, eine neue Wirtschaftspolitik zu betreiben. Einer ihrer ersten Schritte war die 16prozentige Abwertung der Schwedekrone. Das sollte den Export ausdehnen, die Valutaeinkünfte mehren und zu Investitionen in der Industrie anreizen. Zum großen Teil dank der Kronenabwertung nahmen der Export und die Industrieproduktion in letzter Zeit zu.

Das "schwedische Modell" bedroht

Der Bekämpfung der Inflation wendet das Kabinett deshalb sein besonderes Augenmerk zu, weil — so "Dagens Nyheter" — ein Aufhalten ihres raschen Anschwellens die Resultate der Abwertung null und nichtig machen kann. Das aber droht mit einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und kann der Regierung bei den Parlamentswahlen Schwierigkeiten machen. Deshalb dürfe man, wie Wirtschafts- und Haushaltsminister Kjell-Olof Feldt wiederholt erklärt hat, das Anwachsen der Inflation im nächsten Jahr beibehalten, aber nicht über 3% hinausgehen lassen. Diese Politik stieß jedoch bei den Gewerkschaften auf Widerstand.

Zum ersten Mal seit Jahren waren die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern über die neuen Tarifverträge nicht zentralisiert. Früher fanden sie zwischen Vertretern des Zentralverbands der Gewerkschaften Schwedens und des schwedischen Unternehmerverbandes statt. Dieses Mal verhandelte die Führung der Fachverbände mit der entsprechenden Organisation der Arbeitgeber. Das machten sich die Wirtschaftskapitäne sehr geschickt zunutze. Sie wollten die Gewerkschaftsbewegung spalten und zwischen dem Zentralverband der Gewerkschaften und der Regierung eine Konfrontation herbeiführen. Deshalb wurden z. B. für verschiedene Gewerkschaften verschiedene Löhne angesetzt. In manchen Fällen machte die Spanne 7% oder noch mehr aus.

Zwar sind die Nominallohne der schwedischen Werktätigen ab 1976 gestiegen, doch infolge der raschen Preiserhöhungen sind ihre Reallöhne um 10% gesunken. Nach Ansicht der Regierung droht eine Lohnerhöhung, wie sie in den bereits geschlossenen Verträgen verbrieft ist, mit einer Geldentwertung und neuerlichen Teuerung. Das alles brachte die ganze Wirtschaftspolitik des Kabinetts in Gefahr. Deshalb griff die Regierung im Gegensatz

zu einer alten Tradition in den Konflikt zwischen Gewerkschaften und Unternehmern ein.

Im Frühjahr und Sommer fand in der Regierungskanzlei Rosenbad eine Folge von Verhandlungen unter Teilnahme von Vertretern der Regierung, des Zentralverbands der Gewerkschaften und des Unternehmerverbands statt. Die Kabinettsmitglieder verfochten eigentlich eine Beschränkung der Lohnerhöhungen für die Werktätigen. Allgemein entspricht das der Absicht der Regierung, die Wirtschaftsprobleme nicht auf Kosten des Kapitals, sondern auf Kosten der Arbeit zu lösen. Davon zeugen auch die neuerdings

dem Sturm zu sprechen. Es handelt sich um die Anlegung sogenannter Arbeiterkassen, die laut Vorschlag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Macht des Großkapitals einschränken und die Rechte der Arbeiter in den Betrieben erweitern sollen.

Laut diesem schon 1975 gemachten Vorschlag sollte ein Teil der Konzerngewinne den Arbeiterkassen zufließen, damit die Arbeiter dafür Aktien der Betriebe kaufen und gleichsam deren Mitbesitzer werden könnten. Schon von Anfang an spiegelten sich in der Idee der Kassen die reformistischen Auffassungen der "Sozialpartnerschaft" wider. Im Laufe

schwedischen Konzerne, wie es in dem Buch "Wer was in der Wirtschaft Schwedens tut" heißt, auf 340 Md. Kronen, also auf mehr als den Ausgabenteil der Staatsetats. Da klingt die Absicht der Sozialdemokraten sehr plausibel, durch die Kassen die Superprofite des Großkapitals "einzuziehen". Versucht das Kabinett letztlich vielleicht deshalb nicht, das Augenmerk auf das Problem der Kassen zu lenken?

Die Bourgeoisie dagegen gibt sich alle Mühe, das Problem in den Brennpunkt ihrer Wahlpolitik zu rücken. Delegierte der Parteitage der Volks- und der Gemäßigten Sammlungspartei haben die Kassen als einen Versuch beschimpft, "der Wirtschaft Schwedens eine Sozialisierung zu oktroyieren". Sollte die Opposition bei den Wahlen siegen, dann werde man die Kassen sofort auflösen.

Es ist so weit gekommen, daß die Unternehmer in Stockholm und anderen schwedischen Großstädten gegen die Kassen demonstrierten.

... An jenem Abend war der Stockholmer Kungsträdgården, ein Park, von einem Fackelzug hell erleuchtet. Ich sprach auf gut Glück einen älteren Mann an, der am Mantelaufschlag das gelbe Abzeichen mit der Aufschrift "Nieder mit den Kassen!" trug.

"Björn Mortimer", stellte er sich vor. "Ich leite die Wirtschaftsabteilung des Hauptbüros von Hexagon AB. Die Firma erfaßt 60 verschiedene Betriebe in ganz Schweden."

"Wieso demonstrieren Sie?"

"Weil wir Unternehmer es nicht nötig haben, uns von jemandem sagen zu lassen, wie wir die Wirtschaft leiten sollen, und obendrein brauchen wir keinen Anschlag auf das Kapital zu dulden."

"Die Sozialdemokraten bedrohen ja die Grundlagen des Privatunternehmertums in keiner Weise, umgekehrt, ihr Vorschlag mit den Kassen ist ein Versuch, eine Zusammenarbeit mit dem Kapital, eine Art Kompromiß, zustande zu bringen!"

"Ach, hören Sie auf", schnitt Herr Mortimer das Gespräch ab. "Wir wollen keine Kompromisse, und es kann auch keine geben. Wenn Sie mir nicht glauben, fragen Sie doch einen beliebigen anderen Anwesenden."

Das war nicht notwendig. Ich mußte mir nur denken, daß gerade so ein kompromißloser Typ den Verlauf des politischen Kampfes in Schweden bestimmen wird. Das sagte auch ein Journalist vom schwedischen Fernsehen, mit dem ich mich im Riksdagsgebäude unterhielt:

"Noch ist der Wahlkampf nicht auf seinem Höhepunkt angelangt, aber alles zeugt davon, daß er dieses Mal besonders heftig sein wird. Was die Chancen der Sozialdemokraten, an der Macht zu bleiben, und das Streben der bürgerlichen Opposition nach dem Wahlsieg betrifft, so wagt es heute kaum jemand, den Ausgang des Kampfes vorauszusagen, das können Sie mir glauben."

N. WUKOLOW

Stockholm



modischen Aufrufe der Sozialdemokraten zur "Zurückhaltung", zu der "Bereitschaft, die Lasten der Krisenerscheinungen zu tragen". Bemerkenswerterweise hat auch die Führung des Zentralverbands der Gewerkschaften versprochen, mit ihren Lohnforderungen zurückhaltend zu sein. Darauf hat die Regierung den Gewerkschaften versichert, daß sie alles tun werde, damit die Realeinkünfte der Arbeiter und Angestellten nicht sinken.

Nach Ansicht hiesiger Kommentatoren gefährdet die Lage auf dem Arbeitsmarkt die "Solidaritätspolitik im Lohnbereich". Dabei sahen Wirtschaftsexperten und Soziologen verschiedener Länder gerade diese Politik als wichtigstes Element des sogenannten schwedischen Modells an, das eine verhältnismäßig konfliktlose Koexistenz von Arbeit und Kapital ermöglichte. Wie vor kurzem die Gewerkschaftszeitung "Aftonbladet" schrieb, ist es sehr schwierig, dieses "Modell" wiederherzustellen, um so mehr, als die Versuche des Zentralverbands der Gewerkschaften und des Unternehmerverbands vom Dezember, eine Grundlage für neue Tarifverträge zu finden, vorläufig zu nichts geführt haben.

Stille vor dem Sturm

Bei solchen Geschehnissen ist ein anderes aktuelles Problem Schwedens, das im Wahlkampf eine Rolle spielen kann, in den Hintergrund geraten. Man hat alle Veranlassung, von einer Stille vor

1984 griff das Kabinett Palme erstmalig in Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften (links der Gewerkschaftsführer S. Malm) und den Unternehmern (rechts ein Leiter des Unternehmerverbandes, O. Ljunggren) ein

Foto aus:

"Dagens Nyheter" (Schweden)

von zehn Jahren machte die Idee wesentliche Veränderungen durch und war dann, wie ihre sozialdemokratischen Urheber sagen, so "ausgelaugt", daß man sie nicht wiedererkennen konnte. Ursprünglich waren Regionalkassen, je eine in jedem Gouvernement, vorgeschlagen worden. Jetzt bestehen nur fünf und bieten bedeutend weniger Möglichkeiten zur "Beteiligung" der Werktätigen an Ort und Stelle. Nicht genug damit ist unter dem Druck des Großkapitals ein Gesetz über die Kassen im Riksdag durchgedrückt worden, laut dem die Werktätigen höchstens 49% der Aktien eines Unternehmens erwerben dürfen.

Das entscheidende Wort bei den Firmenleitungen und bei der Bestimmung ihrer Handelspolitik gehört also nach wie vor den Unternehmern, ganz zu schweigen davon, daß die Kassen, verglichen mit den Monopolen, lächerlich wenig Geld haben. Ende Oktober v. J. meldete das schwedische Telegrafienbüro, daß die fünf Kassen Aktien für 405 Mio Kronen erworben hatten. Zur gleichen Zeit beläuft sich der Umsatz der 10 führenden

NACH DEN WAHLEN

Die Endresultate der Wahlen ins indische Unterhaus sind also bekannt. Ihr Hauptergebnis war die beispiellose Unterstützung des regierenden Indischen Nationalkongresses unter Rajiv Gandhi. 401 der 508 Parlamentssitze bedeuten eine mehr als überzeugende Mehrheit dieser Partei. "Überwältigender Sieg der Kongreßpartei", "Einmaliges Mandat des Volkes" — so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen.

So überzeugend der Sieg des INK war, so vernichtend war auch die Niederlage der bürgerlichen Oppositionsparteien. Die extremrechte Bharatiya Janata Partei,

die 225 Kandidaten aufgestellt hatte, konnte lediglich zwei ins Parlament bringen, unter denen Parteiführer A. Vajpayee allerdings fehlt. Nicht viel besser sieht es auch für die Partei der Landbourgeoisie, Dalit Mazdoor Kisan, aus, die insgesamt drei Mandate errang, wovon eines deren Führer Charan Singh erhielt.

Die größte oppositionelle Fraktion im Unterhaus hält jetzt mit 28 Sitzen eine Regionalpartei aus dem südlichen Bundesstaat Andhra Pradesh.

Woraus erklären sich die Ursachen für diesen einmaligen Erfolg des INK? Dessen Sieg wird hier zu Recht als Ausdruck der Entschlossenheit der Inder, u. zw. im

wesentlichen unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrem Glauben, gewertet, die inneren und äußeren reaktionären, spalterischen und subversiven Kräfte matt zu setzen, die eine reale Gefahr für die Geschlossenheit und territoriale Integrität dieses großen Landes bilden. Rajiv Gandhi und sein INK hatten die Losung der Verteidigung von Einheit und Integrität zum wichtigsten Punkt des Wahlkampfes gemacht.

Mit der so eindeutigen Unterstützung Rajiv Gandhis und seiner Partei haben die Inder ihr Vertrauen in ihn als Politiker bekundet und erwarten nun von ihm und seinem neuen Kabinett, in dem sich, wie die Presse schreibt, "Jugend mit Erfahrung verbindet", Schritte zur Lösung der vielen, vielfältigen und durchaus nicht einfachen dringlichen Probleme des Lan-

PAKISTAN

Wachsender Protest gegen die Militärjunta ERDSTÖSSE

Als es den pakistanischen Militärbehörden gelungen war, die von der oppositionellen Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD) im Sommer/Herbst 1983 organisierte Kampagne des zivilen Ungehorsams zu unterdrücken, zogen viele westliche Beobachter die Konsequenz, die pakistanische Opposition sei für lange still geworden und neue Erschütterungen seien in den nächsten ein bis zwei Jahren nicht zu erwarten. Jedoch brauchte General Zia-ul-Haq nur, wie im August 1983, einen neuen politischen Trick zur Konsolidierung des Militärregimes wie seiner eigenen Stellung anzuwenden, schon wurde Islamabad wieder von heftigen Erdstößen heimgesucht.

Das geschah am 19. Dezember v. J., als die Behörden ihr Referendum abhielten. Die Pakistaner sollten ja oder nein zu der von der Regierung betriebenen Politik der Islamisierung des gesellschaftlichen Lebens sagen. Diese Alternative besaß obendrein noch ihren Hintergrund, der kaum weniger wichtig als der Kurs auf Islamisierung war. Das Ja der Wähler bedeutete auch eine Verlängerung der Vollmachten von Präsident Zia-ul-Haq für weitere fünf Jahre. Die Sache war raffiniert angelegt. In einem Land, wo 95 Prozent der Bevölkerung Moslems sind, war eine Niederlage des Präsidenten ausgeschlossen.

Wie zu erwarten, wurden die meisten Stimmzettel für die Islamisierung des Landes abgegeben. Darauf fußend, verkündete Islamabad den "großen Erfolg"

des Referendums, der jedoch keineswegs eindeutig war. Die Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie, in der gegenwärtig elf Parteien zusammengefaßt sind, hatte die Abstimmung boykottiert. Als den "größten Betrug im Namen des Islam" bezeichnete der Generalsekretär der MRD, Khawaja Khairuddin, das Referendum. Den Wahllokalen blieben auch die Anhänger der Moslemsekte Quadiani fern. Niedrige Wahlbeteiligung gab es unter den Jugendlichen und den Frauen, d. h. unter jenen, die von der Politik der Islamisierung am meisten betroffen würden.

Das Referendum konnte dem Präsidenten nicht einmal fünf Tage einer ruhigen Regierungszeit sichern, gar nicht zu reden von fünf Jahren. Bereits am Tag des Referendums kam es zur ersten Protestdemonstration in Lahore. Danach wurde das Land von einer Woge regierungsfeindlicher Demonstrationen überzogen, die ihren Höhepunkt am 25. Dezember, dem Gedenktag an den Begründer des pakistanischen Staates, Muhammad Ali Jinnah, fanden. In Islamabad, Karachi, Lahore und Multan forderte die MRD-Führung Präsident Zia-ul-Haq auf, sich "dem Willen des Volks zu fügen und zurückzutreten". Sie brachten Dutzende Beweise für das "falsche Spiel" der Militäradministration vor. Die Behörden sollen mehr als 5 Millionen Personen, einschließlich politischer Häftlinge, gezwungen haben, für die politische Linie Zia-ul-Haqs zu stimmen. Landbewohner seien unter einem Vorwand zur Abstim-

mung gebracht worden, wozu fast alle staatlichen Verkehrsmittel eingesetzt wurden; die Endresultate seien ganz einfach gefälscht.

Offenbar konnte die Regierung nicht alle diese Anschuldigungen leugnen. Deshalb mußte der Präsident "Mängel" bei der Organisation des Referendums zugeben, wobei er jedoch versprach, sie würden sich bei den Parlamentswahlen, die gemäß jüngsten Erklärungen Zia-ul-Haqs für Februar-März erwartet werden dürften, nicht wiederholen.

Asiatische Massenmedien äußern, mit diesen Wahlen wollten die jetzigen Machthaber das bestehende Regime aufrechterhalten, allerdings unter einem zivilen Aushängeschild.

Islamabad hat noch nicht alle Karten aufgedeckt, aber klar ist bereits, daß die Wahlen in die Nationalversammlung und die gesetzgebende Versammlungen der Provinzen auf nichtparteilicher Basis, "auf der Basis der persönlichen Vorzüge der Kandidaten" stattfinden (wenn das überhaupt geschieht — schließlich wurden sie schon mehrere Male aufgeschoben). Auf diese Weise will die Regierung die Oppositionsparteien überrollen. Abgehalten werden die Wahlen unter den Bedingungen des Ausnahmezustands. Armee und Polizei übernehmen die Kontrolle über den Verlauf der Abstimmung. Die "Times of India" schreibt, außerdem habe Zia-ul-Haq von vornherein bestimmt, die künftige Regierung müsse alle "Leistungen" der Militäradministration unangetastet lassen und auch die Politik der Islamisierung fortsetzen.

Die Opposition protestiert gegen die offiziellen Resultate des Dezember-Referendums, gegen die Pläne von allgemeinen Wahlen auf nichtparteilicher Basis unter Bedingungen des Ausnahme-

des. In Indien, dessen bedeutender wirtschaftlicher Fortschritt in den Jahren der Unabhängigkeit unbestreitbar ist, lebt noch immer rund die Hälfte der Bevölkerung nach wie vor unter der Armutsschwelle, und 22 Millionen Menschen sind offiziell als arbeitslos registriert.

Am 5. Januar saßen die Inder im ganzen Land vor den Rundfunk- und Fernsehgeräten. In einer Botschaft an die Nation legte Ministerpräsident Rajiv Gandhi die Hauptrichtungen der Arbeit des von ihm geleiteten Kabinetts dar. Er sprach u. a. von bevorstehenden Maßnahmen zur Verbesserung der Tätigkeit des Verwaltungsapparats, um so Bedürfnisse und Wünsche der Volksmassen vollständiger zu befriedigen. In diesem Zusammenhang äußerte er, der anlaufende 7. Fünfjahrplan zielt auf die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit ab. Wichtigstes Instrument zur Durchsetzung des Programms des wirtschaftlichen Wachstums und der

Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung bleibe der staatliche Sektor.

Der Ministerpräsident bekundete die Entschlossenheit seiner Regierung, die Kräfte des Separatismus und alle zu bekämpfen, die die Einheit und territoriale Integrität der Republik bedrohen. Es wurde bereits ein kompetenter Regierungsausschuß eingesetzt, der die Krisensituation in Punjab untersucht und konkrete Maßnahmen zur Normalisierung der Lage in diesem Bundesstaat ausarbeitet.

Entgegen den in jüngster Zeit im Westen umlaufenden Gerüchten bestätigte Rajiv Gandhi die Treue zur friedliebenden Außenpolitik, die das Land unter Führung Jawaharlal Nehrus und Indira Gandhis betrieb. Unverändert bleibe die Treue zu den Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit und der neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

In politischen Kreisen Indiens hat der

Glückwunsch des Ministerrats der UdSSR an Rajiv Gandhi starkes Echo gefunden, in dem die Sympathie der sowjetischen Menschen für das Bestreben des indischen Volkes zum Ausdruck kommt, die nationale Souveränität und wirtschaftliche Selbständigkeit sowie Einheit zu festigen. In seiner Antwortbotschaft betonte Rajiv Gandhi insbesondere die traditionellen herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Indien und der UdSSR, wobei er bemerkte, daß "die Sowjetunion in für uns schwierigen Zeiten stets an unserer Seite stand". Der Ministerpräsident äußerte die Hoffnung, die indisch-sowjetische Freundschaft und Zusammenarbeit werde sich auch künftig weiterentwickeln.

Das liegt im Interesse unserer Völker wie im Interesse des Friedens.

L. SHEGALOW, A. USWATOW
NZ-Sonderberichterstatter

Delhi



zustands. Das Militärregime antwortet darauf mit Repressalien. Viele namhafte Persönlichkeiten der MRD wurden eingekerkert. Mehr als 200 führende Männer der Oppositionsparteien sollen vor Gericht gestellt werden. Gleichzeitig führt die Administration laut Pressemeldungen Geheimgespräche mit dem rechten Flügel der Bewegung. Doch die demokratischen Kräfte lassen sich auf kein Bündnis mit dem Regime ein. In den ersten Januartagen kam es in Karachi, Rawalpindi und Lahore zu erneuten regierungsfeindlichen Demonstrationen, deren Teilnehmer demokratische Wahlen auf der Basis der Verfassung von 1973 forderten. Die Polizei setzte Gummiknüppel und Tränengas ein. Es gab einen Toten und 40 Verwundete.

Zu den Losungen der Opposition gehört auch: "Nieder mit dem amerikanischen Imperialismus!". Immer mehr Pakistaner erkennen, daß die mit amerikanischer Hilfe durchgeführte Militarisierung

Pakistanische Frauen protestieren gegen die Politik der Islamisierung zur Beeinträchtigung ihrer Bürgerrechte

Foto aus: "Asiaweek" (Hongkong)

des Landes und die Unterordnung seiner Außenpolitik unter die militärstrategischen Erfordernisse Washingtons den grundlegenden, langfristigen Interessen Pakistans und aller seiner Einwohner widersprechen. Die der pakistanischen Regierung von den USA geleistete Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 3,2 Mrd. Dollar und die kürzlich in Aussicht gestellten zusätzlichen Summen sind keine freigebige Geste, sondern gewöhnliche Bestechung, die Abgeltung guter Dienste. "Der Westen unterstützt das pakistanische Militärregime als Gegenleistung für die anti-afghanische Haltung", erklärte vor kurzem die Vorsitzende der PVP, Bonazir Bhutto, die

Tochter des von den Militärs hingerichteten Ministerpräsidenten.

Für Washington ist Pakistan seit langem der wichtigste Vorposten, von dem aus der unerklärte Krieg des Imperialismus und der Reaktion gegen die Demokratische Republik Afghanistan geführt wird. In Pakistan haben sich rund 50 Organisationen der afghanischen Konterrevolution eingenistet. In den letzten Monaten, da die amerikanisch-pakistanischen Militär- und Wirtschaftsabkommen in ihre entscheidende Phase traten und die Lieferungen modernster amerikanischer Waffen nach Pakistan zunehmen, mischt sich Islamabad immer aktiver und offener in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ein.

Die Mitglieder der Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie fordern von der Regierung die Einstellung der feindseligen Handlungen gegen die DRA. Eine diesbezügliche Erklärung gab vor kurzem z. B. der Vorsitzende der Pakistanischen Nationalpartei, Ghaus Baksh Bizenjo, ab. Zu direkten Verhandlungen mit Afghanistan rief der Vorsitzende der Partei Tehrik-i-Istiqlal, Marschall der Luftwaffe a. D. Asgar Khan auf.

Doch Islamabad verstärkt seine anti-afghanische und gleichzeitig damit auch die antiindische Tätigkeit. (So wird in Delhi die Tatsache bewertet, daß Pakistan indischen Separatisten Unterschlupf und Betätigungsmöglichkeiten gewährt.) Beide Kampagnen werden von einem Propagandarummel über die "Bedrohung aus dem Westen" und die "Bedrohung aus dem Osten" begleitet. Es entsteht der Eindruck, daß die Regierung Zia-ul-Haq die hochgepeitschten Spannungen braucht, um ihr innenpolitisches Programm zur faktischen Verankerung des Regimes durchzusetzen.

L. JELIN

EL SALVADORS OLIGARCHEN SCHAFFEN MILLIARDEN DOLLAR INS AUSLAND... HAITIS DIKTATOR JEAN-CLAUDE DUVALIER, DER "PAPA DOCS" 20 MIO DOLLAR GEERBT HAT, WILL DARAUS 200 MIO MACHEN... CHILES DIKTATOR PINOCHET BAUT EINE VORORTRESIDENZ FÜR ETLICHE MIO DOLLAR... WOHER STAMMEN DIESE GELDER?

DOLLARS, PESOS UND KUGELN

Wladislaw TSCHIRKOW

Manuel Alfonso Rodriguez, ehemaliger Stabschef der Streitkräfte El Salvadors, kam in den USA auf die Anklagebank. Er hatte angeblich im Namen seiner Regierung in den USA eine ordentliche Portion Waffen einkaufen und gleich an die amerikanische Verbrecherwelt weiterverschubeln wollen, was ihm 2,8 Mio Dollar einbringen sollte. Aber just als ihm die Mafiosis die erste Rate der Kaufsumme einhändigten, wurde er in New Yorks Umgebung geschäft.

Schiebung, Bestechung und Betrug gehören bei der Herrscherkaste El Salvadors, wo sich die Militärs besonders hervortun, zum guten Ton. "Wenn Offiziere einen Teil der für Kampfeinsätze bestimmten Mittel einsacken, wie soll man sich da über Mißbräuche bei einfachen Soldaten wundern!" klagt ein katholischer Kirchenmann des Landes. "Man hört sogar, daß Offiziere Waffen an Guerillas verkaufen." Manchmal verschwinden auf geheimnisvolle Weise ganze Lkw-Ladungen von Waffen aus den Depots.

In El Salvador sind Schiebung und Betrug ein wesentlicher Teil der sogenannten US-Hilfe an El Salvador und andere volksfeindliche Regimes landet auf den Privatkonten des jeweiligen Diktators. Hohe Summen davon werden faktisch dazu benutzt, die Spitzen der einheimischen Oligarchie einzukaufen. US-Blätter wollten wissen, der ehemalige Marionettenpräsident El Salvadors, Alvaro Magana,

habe ein spezielles Bankkonto besessen, von dem er nach Gutdünken Gebrauch machte. Die auf dieses Konto eingezahlten Summen stammten vermutlich aus den von Washington für El Salvador bereitgestellten "Hilfsmitteln".

25 Mio Dollar, die die USA als Anleihen für "Agrarreformen" zur Verfügung gestellt hatten, lösten sich gewissermaßen in Luft auf. Diese Farce einer Bodenreform hatten sich die Amerikaner ausgedacht, die damit den Anschein eines "Fortschritts" erwecken wollten. Vor nicht langer Zeit publizierte die US-Botschaft in San Salvador einen Bericht über die verschwundenen Anleihen, der den Rat enthielt, sie unter "Verluste" abzubuchen. "In Fällen, da eindeutige Beweise fehlen, daß das Geld tatsächlich erhalten und sinnvoll ausgegeben wurde, sollte es als untüglbare Schulden abgeschrieben werden", meinten die Verfasser des Dokuments.

Journalisten haben einmal die Spur der "Lebensmittel für den Frieden" verfolgt, die die USA im Rahmen des gleichnamigen Programms liefern. Auf zwei Märkten entdeckten sie etwa eine Tonne des US-Getreides in Säcken mit dem Aufdruck: "Nicht zum Verkauf oder zum Umtausch bestimmt". Als die Presse daraufhin Sturm lief, wurden drei Händlerinnen eingebuchtet. Washington ist über diese "Nebengeschäfte" der Marionetten in El Salvador recht gut informiert. Ein Bericht des Obersten Rechnungshofes der USA, der solche Betrugsaffären aufhellt, wurde jedoch augenblicklich zur Verschlussache erklärt. Laut "New York Times" hat nicht einmal der Kongreß davon Kenntnis erhalten. Die Bemühungen,

derartige Untersuchungsergebnisse möglichst zu verbergen, entspringen der Befürchtung Washingtons, die Enthüllung solcher Machenschaften könnte die geplante Erhöhung der Bewilligungen für die proamerikanischen Regimes in der Region beeinträchtigen.

Insgesamt betrug die Summe des an ausländische Großbesitzer transferierten Privatkapitals rund eine Milliarde Dollar. Ein wesentlicher Teil davon gelangte auf sozusagen außerwirtschaftlichen Wegen an sie, da die Möglichkeiten einer "gesetzlichen" Bereicherung durch die "normale" Ausbeutung der Werktätigen wegen des anhaltenden Bürgerkrieges sehr begrenzt sind. In einem Land, das von den extremen Terroristen To-desschwadronen terrorisiert wird, sind gute Geschäfte höchstens mit Bestattungsinstituten zu machen.

Buchhaltung der Räuber

Auf Haiti hatte schon Papa Doc die Strategie und Taktik der Bereicherung ausgearbeitet.

Sprößling Jean-Claude, der Francois Duvalier als "Präsident auf Lebenszeit" ablöste, perfektionierte die Ausplünderungsmethoden weiter. Der französischen "Monde" zufolge überführte der Duvalierclan regelmäßig 40% der Staatseinnahmen auf seine Privatkonten. 1981 verschwand eine IWF-Anleihe zur Deckung des Haushaltsdefizits in seinen Safes. Das gleiche geschah mit den Mitteln, die die USA zur Auffüllung des 1982-1983 durch die afrikanische Pest wesentlich geschmälernten Schweinebestands bereitgestellt hatten. Solide Einnahmen hat die Diktatur aus Schmuggelwaren, darunter Rauschgift.

Derartige Geschäftspraktiken sind natürlich kein Monopol der Diktatur auf Haiti. Der in Bolivien vor dem 1982 erfolgten Amtsantritt der Zivilregierung Zuazo herrschende Militärklüngel wurde von der Welpresse "Kokainjunta" gefaßt. Einer der größten Rauschgiftthändler des Landes war Oberst Luis Arce Gomez, der Innenminister der Militärregierung.

In Paraguay ließ man sich außer den üblichen Methoden ein Institut für Sozialversorgung und eine Arbeiterbank einfallen, die offiziell der "Arbeiterunterstützung" dienen sollten. Tatsächlich wurden diese Organisationen, deren Fonds sich aus Mitteln der Werktätigen zusammensetzten, zur Futterkrippe für die im Dienst der Diktatur stehende Gewerkschaftsbürokratie. Im Institut für

Goldgrube

Ein wesentlicher Teil der sogenannten US-Hilfe an El Salvador und andere volksfeindliche Regimes landet auf den Privatkonten des jeweiligen Diktators. Hohe Summen davon werden faktisch dazu benutzt, die Spitzen der einheimischen Oligarchie einzukaufen. US-Blätter wollten wissen, der ehemalige Marionettenpräsident El Salvadors, Alvaro Magana,

Sozialversorgung standen z. B. privates Hauspersonal, Chauffeure, Gärtner usw. auf den Gehaltslisten des medizinischen Personals. Großschieber und Schmuggler erfreuten sich der Kredite der Arbeitsbank.

Bis zum Putsch 1973 begnügte sich General Pinochet mit einem Haus, das ihm als Befehlshaber des Heeres zustand. Nach der Machtergreifung veranlaßte er den Abriß dieses Hauses und ließ sich an der gleichen Stelle eine Villa für 1,7 Mio Dollar hinsetzen. Bis zu ihrer Fertigstellung entfaltete sich der Diktator in einer anderen Villa, die die Regierung für 240 000 Dollar extra für ihn erworben hatte. Nach der Übersiedlung in seine neue Residenz hinterließ Pinochet das bisherige Anwesen einer seiner Töchter. Doch die Ansprüche des Generals stiegen, und daher erfolgte bald die Anweisung zum Bau einer neuen Residenz.

Pinochet und sein Clan haben auch nichts gegen gute Geschäfte. Kaum etabliert, riß die Baufirma "Constructora IPC Ltd" die vorteilhaftesten Aufträge an sich. Aktionär einer der ins Hintertreffen geratenen Firmen war der Minister für Zivilbauten. Seine Versuche, aufzumpfen, kosteten ihn sein Amt. Das Erfolgsgeheimnis der "Constructora IPC Ltd" war gar keins: Firmengründer war das Ehepaar Maria Veronica Molina Carrasco und Augusto Osvaldo Pinochet, der Sohn des Präsidenten. Verwandte Pinochets sitzen im Aufsichtsrat aller großen Handels- oder Industriebetriebe Chiles.

Und welche Feten sie feiern! 3000 Gäste tanzten auf der Hochzeit einer Pinochet-Tochter im Palais Cosugno, das einst ausschließlich zu

Empfängen bei offiziellen Staatsbesuchen diente. Unter welcher Rubrik der "Staatsausgaben" die dafür verbratenen 1,5 Mio Dollar abgebucht wurden, läßt sich nicht eruieren. Nicht weniger prunkvoll beging Pinochet im gleichen Palais Cosugno mehrfach seinen Geburtstag.

Rechtsprechung im Visier

Sollte dagegen wirklich kein Kraut gewachsen sein? Solange der Diktator an der Macht ist, nicht. Als die chilenische Opposition Pinochet gesetzwidriger Machenschaften beim Bau der Residenz in der Umgebung Santiagos beschuldigte und ein Gerichtsverfahren forderte, versetzte der General hochfahrend: "Ich habe nichts zu verbergen und mich nicht zu schämen. Ich stelle mich ganz der Rechtsprechung zur Verfügung." Pinochet riskierte damit nichts, da er wußte, wie gut seine Justiz dressiert ist.

Über den Zeitvertreib Eric Gairys, des Diktators Grenadas vor der Revolution 1979, schrieb der bundesdeutsche "Spiegel": "Gairy interessierte sich während seiner Amtszeit mehr für Champagner, Frauen, fliegende Untertassen und die Mehrung des eigenen Besitzstandes als für die Sorgen der grenadischen Farmer und Fischer."

Erst als das reaktionäre Militärregime in Bolivien sein Ende gefunden hatte, wurden viele Beamte wegen Amtsmißbrauchs, Korruption und Kontakte zur Verbrecherwelt entlassen (die Hauptangeklagten konnten untertauchen). Eben diese "zutiefst Gekränkten" waren aktive Teilnehmer an der Entführung Präsident Zuazos im Sommer v. J. (der Präsident wurde von Sicherheitsorganen befreit). Die Leute mit dem befleckten Gewissen träumen durchaus nicht aus ideologischen Erwägungen von einer Restaurierung der Diktatur. Das totalitäre Regime mit seiner fehlenden Publizität lockt sie durch die weitreichenden Möglichkeiten der straflosen Bereicherung.

In Argentinien wurde erst nach

dem Abtritt der Militärs von der politischen Bühne die Enthüllung der Affäre um den Erwerb der Elektrogesellschaft "Italo" möglich, die westeuropäischem Kapital gehörte. Wie sich herausstellte, hatte die argentinische Regierung ihren ehemaligen Inhabern mindestens 300 Mio Dollar überbezahlt. Die Summe überstieg den faktischen Preis des Betriebs um das 10fache. Die Untersuchungsbehörden werden noch zu ermitteln haben, welchen Reibach der an den Verhandlungen über das Geschäft beteiligte Ex-Wirtschaftsminister Alfredo Martinez de Hoz, Mitglied des Verwaltungsrats der "Italo", gemacht hat. Im November wurde de Hoz inhaftiert und fand sich mit den ehemaligen Mitgliedern der Militärjunta, die seiner Ministerlaufbahn so zuträglich gewesen war, im gleichen Gefängnis wieder.

Die Untersuchung der Machenschaften der Oligarchie ist nicht ungefährlich. Auf Hector Basualdo, Vizepräsident der Kommission des Abgeordnetenhauses, die die Untersuchung der skandalösen Geschäfte hochgestellter Persönlichkeiten unter dem ehemaligen Militärregime betrieb, wurde ein Attentat verübt. Als sich die Kommission mit dem Fall "Italo" befaßte, erhielt Basualdo einen anonymen Telefonanruf mit Drohungen. Als er am gleichen Tag die unterirdische Garage des Kongreßgebäudes betrat, um seinen Wagen zu holen, feuerte ein Unbekannter dreimal auf ihn, ohne ihn jedoch zu treffen.

Im Februar v. J. gab der kolumbianische Justizminister Rodrigo Larú Bonilla eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, ihm seien "einige bedeutende Persönlichkeiten" bekannt, die sich mit Rauschgifthandel befaßten und enge Kontakte zur Mafia besäßen. Er erklärte, gegen sie werde eine Untersuchung eingeleitet. "Sie sind wohl lebensmüde, Herr Minister?", wurde er damals von Journalisten gefragt. Am 30. April wurde der Wagen Bonillas von zwei Gangstern beschossen, die dann auf einem Motorrad die Flucht ergriffen. Bonilla erlag seinen Verletzungen. Einer der Verbrecher wurde bei einem Schußwechsel mit den Leuten des Begleitkonvois getötet, der zweite verhaftet. Er gestand, er und sein Mittäter hätten für die Ermordung Larú Bonillas 2 Mio kolumbische Peso (etwa 20 000 Dollar) erhalten.

Das geschah in Kolumbien mit seiner bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. In Ländern mit Diktaturen sind die Verantwortlichen "vernünftiger". Wer, wenn nicht sie, sollte wissen: Jene Leute, die sich fremdes Eigentum unter den Nagel reißen, haben ihre Dollars und Pesos nicht nur zum Vergnügen...

Die USA und ihre Monopole plündern den lateinamerikanischen Kontinent aus. Ihre Marionetten bereichern sich an den Völkern der von ihnen beherrschten Länder. Unser Bild: Alvaro Magana (l.), gewesener "provisorischer Präsident" El Salvadors, mit Washingtons Henry Kissinger.

Foto aus: "Time" (USA)



„DIE DIAMANTEN SCHLEIFEN“

oder das Geheimnis der Freude an der Arbeit

Dr. sc. oec. Valentin CHLYNOW

Japans Wirtschaftsführung erregt in der kapitalistischen Welt immer größeres Interesse. Finanzleute, Industrielle, Wissenschaftler und Betriebsmanager kreuzen auf, um das "japanische Phänomen" durch Augenschein kennenzulernen.

Schon Anfang der 70er Jahre belegte Japan, nachdem es Italien, Frankreich, England und die BRD überundet hatte, mit dem Volumen seiner Industrieproduktion und seinem Brutto sozialprodukt (BSP) in der kapitalistischen Welt den zweiten Platz hinter den USA. Seit Jahren ist es unter den kapitalistischen Ländern im Schiffbau, in der Erzeugung von Fernseh- und Rundfunkgeräten, Fotokameras, elektronischen und elektrotechnischen Geräten sowie Platten absolut führend. Japan hat sich in der Produktion von Stahl, Kraftwagen, Mikroprozessoren, Robotern und neuesten Mikrocomputern in der kapitalistischen Weltwirtschaft zur Führung hochgearbeitet.

Ungeachtet des jähren Absinkens im Wirtschaftswachstum während der Krise von 1974 und 1975 hat sich die Wirtschaft Japans schneller als die anderer führender kapitalistischer Staaten entwickelt. Es macht sich die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik zunutze und nimmt jetzt mit dem Umfang der sogenannten Reindustrialisierung — mit dem Übergang zu einer neuen Technologie und Wirtschaftsstruktur — den ersten Platz ein. Infolgedessen überschwemmen japanische Waren trotz der hohen Zollschränken bedrohlich schnell die Weltmärkte, auch den Markt des stärksten Konkurrenten, der USA.

Alle diese Erfolge werden "Geheimnissen" des Managements zugeschrieben. Worin bestehen sie, und was ist für die amerikanischen und westeuropäischen Manager an den japanischen Erfahrungen so anziehend?

Zur Antwort beruft man sich gewöhnlich auf die straffe Organisation der Produktion und auf eine gekonnte Benutzung der herkömmlichen sowie neuer Formen und Methoden der Arbeitsmotivierung, und

man lobt in den höchsten Tönen die Zähigkeit, Wendigkeit und Tüchtigkeit der Manager, die ständige Konjunkturforschung, das augenblickliche Reagieren auf Konjunkturschwankungen und die Ausnutzung wunder Punkte bei der Konkurrenz. Das alles läuft aber schließlich auf eins, das wichtigste "Geheimnis" hinaus. Ein bekannter japanischer Wirtschaftsexperte, Prof. Hidezo Inaba, kam schon vor einigen Jahren, als ich noch Berichterstatter in Tokio war, dahinter. Er sagte lächelnd:

"Die Sache ist die, daß sich jeder Japaner von morgens bis abends an seinem Arbeitsplatz befindet und unermüdlich und geschickt mit seinem Hämmerchen auf eine ihm angewiesene Stelle des gesamt nationalen Ambosses schlägt."

Um das zu erreichen, hat man ein ganzes System von Maßnahmen festgelegt.

"Hitozukuri"

"Ein Diamant muß geschliffen, ein Mensch gebildet werden", lautet ein altes Sprichwort. Durch eine in den ersten Nachkriegsjahren vorgenommene Reform entstand ein neues, dem amerikanischen Schulwesen nachgebildetes System. Es ist als das 6-3-3-4-System bekannt und umfaßt eine 6jährige Grundschule, eine 3jährige Mittel-, eine ebenfalls 3jährige Ober- und eine 4jährige Hochschule. Ungeachtet seiner Unzulänglichkeiten (der Schulbesuch ist mit Ausnahme des 9jährigen obligatorischen zahlbar, die ungleichen Möglichkeiten unter Bevorzugung einer Elite, die Schwierigkeit, in eine renommierte Hochschule aufgenommen zu werden, die Hölle der Prüfungen) hat dieses System dazu beigetragen, daß es in Japan keine Analphabeten mehr gibt.

Die Bildung hat nicht nur bei den wirtschaftlichen Erfolgen eine große Rolle gespielt. Für die herrschende Elite ist sie ein wichtiges Mittel zur ideologischen Beeinflussung geworden. Schon zu Anfang der 60er Jahre erschien ein staatliches "Programm für die Charakterbil-

dung des Menschen" (das Hitozukuri). Darin ist betont, daß die Qualität der Arbeitskräfte angesichts der "heftigen internationalen Wirtschaftskonkurrenz und der ausgiebigen technischen Ausrüstung der Betriebe" äußerst wichtig ist. Als die zwei Schwerpunkte der gesamtstaatlichen Politik im Bildungswesen wurden bezeichnet: "die Hebung des wissenschaftlichen und technischen Bildungsniveaus als unumgängliche Voraussetzung für den nationalen Aufbau und die intensivere Erziehung der Jugend zu Tugend, Patriotismus und Loyalität". Das ganze Bildungswesen ist darauf abgestellt, der Jugend die vom staatsmonopolistischen Establishment gebrauchten Wesenszüge anzuerziehen, deren wichtigste Disziplin und Loyalität sind.

"... und streike nicht!"

Nicht weniger wichtig für die Ausbildung "tüchtiger und loyaler" Arbeitskräfte ist das raffinierte System einer unformalen Erziehung der auf dem Arbeitsmarkt erscheinenden Jugend. Es entstand schon Ende der 60er Jahre. Der Japanische Unternehmerverband (NIKKEIREN), der Stab der Konzerne für die Politik im Bereich der Arbeit und Arbeitsbeziehungen, hat als Grundlage für die "Förderung der menschlichen Fähigkeiten" eine "lebenslängliche Schulung" (Shogai Kyoiku) in Vorschlag gebracht.

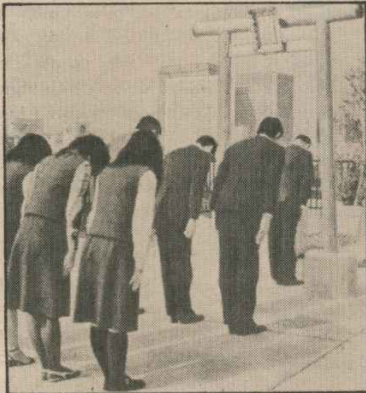
Der Begriff der "lebenslänglichen Schulung" wird eng mit der Theorie der sogenannten nachindustriellen Gesellschaft oder der "Gesellschaft entwickelter Information" verbunden.

Dieser Theorie zufolge werden sowohl einzelne soziale Wandlungen als auch die Gesamtentwicklung der Menschheit weder durch eine objektive Notwendigkeit noch durch eine objektive Unvermeidlichkeit bedingt. Mehr noch, die Zukunft sei überhaupt unerkennbar. Die "lebenslängliche Schulung" soll die Menschen vor allem auf den Anbruch der "unbekannten Zukunft" vorbereiten. Notwendig seien dafür eine ununterbrochene Selbstförderung und Selbstperfektionierung dadurch, daß man sich die rasch an Umfang zunehmenden Kenntnisse aneignet, stärkeren Gemeinschaftsgeist entwickelt und sich aufopfernd in den Dienst der Interessen sowohl der eigenen Gruppe als auch des ganzen Staates stellt.

Die herrschenden Kreise, die diese Konzeption in ihr Rüstzeug aufgenommen haben, versuchen, den "japanischen Gemeinschaftsgeist", die Grundlage des paternalistischen Systems der "le" — der

"einträchtigen, fest zusammenhaltenden Familie" — in abgeänderter Form wiederzuerwecken.

In der Gesellschaft überhaupt wird sie mit Hilfe der Massenmedien und mit nicht minder wirksamen Beeinflussungsmethoden propagiert, so mit verschiedenen patriotischen Veranstaltungen, religiösen Feierlichkeiten und Festspielen. "Der Betrieb ist eine einzige Familie" und "Japan ist eine einzige Korporation" — so lautet das ideologische Leitmotiv der Konzeption von der "lebenslänglichen Schulung". Diese Ideen werden den



Werkträgten im Rahmen einzelner Gesellschaften und Unternehmen tglich, ja stndlich eingehmmert. Dafur benutzt man ein ganzes Arsenal herkommlicher wie auch fr Japan relativ neuer Formen und Methoden.

Die japanische Geschftswelt legt auf die Erziehung der Arbeiter und Angestellten im Geiste der "Treue zum Betrieb", der "Treue zu den Ideen des Konzerns" besonderen Wert. So enthlt das "Programm des Hitachi-Konzerns fr die Erziehung der Arbeiter und Angestellten" als die drei wichtigsten Prinzipien Aufrichtigkeit und Wahrheitstreue, unermdliches Vorwrtstreben sowie Ruhe und Frieden. In Wirklichkeit bedeutet das: "Verheimliche der Firma nichts", "Schone dich nicht", "Sei loyal und streike nicht".

"Der Pate" und

"Die ltere Schwester"

In der Gesamtstruktur der ideologischen Einwirkung nimmt die Anpassung des amerikanischen Systems der "Industriebeziehungen" an die japanischen Verhltnisse einen besonderen Platz ein. Die weitestverbreiteten Formen der Herstellung solcher Beziehungen bestehen darin, da der Vorgesetzte den Untergebenen anlschelt und ihm freundschaftlich auf die Schulter klopf, ferner in "offenen Aussprachen" des Unternehmers mit den

Arbeitern direkt in den Betriebshallen.

Ausgiebig angewandt werden Systeme wie das der "Linie und Stab", der "lteren Schwester", des "Paten" und der "Kontrolle ber die gewerkschaftliche Bettigung". Dem ersteren liegt wie im Heer das Prinzip der Unterordnung des einfachen Personals (der Linie) unter die leitende Gliederung (den Stab) zugrunde. In den "Stab" werden nicht nur hchste Manager, sondern auch mittlere und untere Leiter bis zu Meistern und Gruppenfhrern aufgenommen. So wird die Produktion von allen Leitungsebenen aus kontrolliert. Die Systeme der "lteren Schwester" und des "Paten" werden in Betrieben angewandt, in denen grtenteils Frauen beschftigt sind; ebenso in Burobetrieben bei beginnenden Angestellten. Diese Systeme helfen den Managern, ber die aus dem Personal ausgewhlten "Vormnder" die Stimmungen der Belegschaft zu berwachen und es im gewnschten Sinne zu beeinflussen. Die verschiedenen Formen der "Kontrolle ber die gewerkschaftliche Bettigung"



Auf dem Dach des Burohauses einer japanischen Firma beten Angestellte fr das Gedeihen der Firma [Foto links]. Der hartnckige Kampf der Werkträgten fr ihre Rechte zeugt von ihrer Erkenntnis, da das Gerede der Unternehmer von den "gemeinsamen Interessen von Arbeit und Kapital" nur eine raffinierte Ausbeutungsmethode ist. Bild rechts: Kundgebung von Arbeitern fr Lohnforderungen
Fotos aus: "Newsweek" (USA)

sind darauf ausgerichtet, Manahmen der Gewerkschaften, die fr den Unternehmer unvorteilhaft sind, zu verhindern und die Gewerkschaft zu zwingen, mit der Direktion zusammenzuarbeiten.

Das japanische Big Business macht ausgiebig auch von rein japanischen Methoden ideologischer Bearbeitung der Beschftigten — von der "geistigen Selbstperfektionierung" und der

"Selbstkontrolle" — Gebrauch. Der erste liegt die Lehre der buddhistischen Zen-Sekte zugrunde. Sie predigt die "Schdlichkeit bermssiger Wnsche" und die "Freude tgllicher Arbeit" und verlangt, da man sich zur Askese und Arbeitsliebe erzieht. Viele Unternehmen praktizieren bei ihrem Personal ein psychologisches Training in Form des sogenannten Zazen, einer mehrstndigen Meditation, bei der an nichts Irdisches auer der Arbeit gedacht werden darf. Immer mehr Gesellschaften richten in ihren Betrieben sogenannte Zentralen der Selbstkontrolle ein, in denen die Werkträgten einen psychologischen Berater in Anspruch nehmen knnen. Seine Aufgabe ist es nicht so sehr, Stresse aufzuheben wie dem Belegschaftsmitglied zu suggerieren, was fr den Unternehmer von Nutzen ist.

Im Westen lobt man die "harmonischen" Beziehungen, die in Japan zwischen Arbeit und Kapital bestnden, vertuscht dagegen die dortigen sozialen Gegenstze, und durchaus nicht uneigen-

nztig. Durch Hinweis auf Japan will das Grobkapital der USA und Westeuropas seine Arbeiter dahin bringen, mehr zu arbeiten und weniger zu verlangen. Das japanische "Diamantenschleifen", das System ideologischer Bearbeitung der Werkträgten, erscheint den westlichen Managementtheoretikern als wichtige Handhabe zur Unterdrckung des Kampfes der Arbeiterklasse fr ihre Rechte. Diese ideologische Bearbeitung ist aber gar nicht so wirksam, wie mir Prof. Inaba versicherte und wie im Westen behauptet wird. Die japanischen Arbeiter und Gewerkschaften sind fest entschlossen, ihre Rechte zu wahren. Die Kapitalisten brauchen die Popularisierung des "japanischen Wirtschaftsmodells" jedoch als ideologische Daumenschraube fr die Werkträgten, sie brauchen sie fr die Offensive gegen deren soziale und wirtschaftliche Errungenschaften.

Aufschwung der Friedensbewegung in den Ländern Asiens und des Pazifikraums

AUFRUF AUS MANILA

Die zunehmende Hochrüstung, vor allem die nukleare, die der Militär-Industrie-Komplex der USA der Menschheit aufzwingt, droht, die Zivilisation zu vernichten. Diese harte Realität löst die Besorgnis der Menschen in verschiedenen Ländern und Kontinenten aus und veranlaßt sie zu aktivem Handeln.

Es ist bemerkenswert, daß sich nach dem einmaligen Aufschwung der Antinuklearebewegung in Europa und Nordamerika die Bewegung für Frieden und Abrüstung in den Ländern Asiens und des Pazifikraums merklich aktiviert hat. Die Öffentlichkeit dieser Region wird sich immer deutlicher der Tatsache bewußt, daß niemand, in welchen Breiten er auch leben möge, sich in unserem Atomzeitalter im Fall eines Nuklearkonflikts sicher fühlen kann.

Diese Besorgnis war das Leitmotiv der Diskussion, die sich im Dezember in der Hauptstadt der Philippinen, Manila, auf der Internationalen Konferenz für Frieden und Sicherheit in Ostasien und dem Pazifikraum entwickelte. Veranstaltet wurde sie auf Initiative des Rats für Frieden und Solidarität der Philippinen unter Beteiligung des Weltfriedensrats.

Namhafte Vertreter Asiens und des Pazifikraums, eine Delegation des Sowjetischen Friedenskomitees, Gäste aus den USA, Australien, Neuseeland, den Salomonen, Persönlichkeiten verschiedener internationaler demokratischer Organisationen erörterten so aktuelle Fragen wie die nukleare Bedrohung, die sozialökonomischen Aspekte von Frieden und Sicherheit in Ostasien und dem Pazifikraum. Sie hatten einen Meinungsaustausch über die Friedensarbeit in ihren Ländern. Alle Konferenzteilnehmer wandten sich entschieden gegen die militärische Präsenz der USA in der Region, gegen den Ausbau des amerikanischen Stützpunktnetzes und die Ausrüstung der ständig in den Gewässern des Pazifik kreuzenden Kriegsschiffe der USA mit nuklearen Cruise Missiles.

Tiefe Unruhe unter den Friedensfreunden in den Ländern Asiens und des Pazifikraums rufen die auf den Philippinen befindlichen Militärstützpunkte der USA — die Luftwaffenbasis Clark Field und die Marinebasis Subic Bay — hervor. Besorgt ist die Öffentlichkeit auch über die Pläne des Pentagons, im Fernen Osten unter Beteiligung der USA, Japans und Südkoreas einen neuen Militärblock zu schmieden sowie über die beharrlichen Versuche der US-Diplomatie den bereits in Südostasien und im südlichen Pazifik bestehenden politisch-ökonomischen Bündnissen militärischen Charakter zu verleihen, und auch über die Militarisierung Japans, dessen Führer die Rolle des Juniorpartners der USA übernommen haben.

Die Völker Asiens und des Pazifikraums

brauchen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und nationalen Souveränität dringend Entspannung, darunter militärische, und sind an einer politischen Atmosphäre interessiert, die die friedliche Wirtschaftsentwicklung und ihre vorteilhafte Zusammenarbeit begünstigen würde.

Die Delegierten in Manila betonten die Wichtigkeit einer Verstärkung des Friedenskampfes und des Zusammenschlusses der Friedenskräfte. Auf dem Forum wurden die Friedensinitiativen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder eindeutig unterstützt.

Großes Interesse fand der Austausch der von den Friedensbewegungen Australiens, Neuseelands und der Pazifikstaaten gesammelten Erfahrungen. Aufmerksam lauschten die Delegierten dem Vertreter Neuseelands, Ray Stewart, der von der Friedensbewegung in seinem Lande und darüber berichtete, daß die Regierung unter dem Einfluß dieser Bewegung beschloß, das Einlaufen von Schiffen mit Kernwaffen an Bord in neuseeländische Häfen zu untersagen. Der Australier Tom Supple informierte über bedeutende Antikriegsaktionen der australischen Friedensfreunde während der traditionellen Aktionswoche sowie über die in Sydney geplante regionale Konferenz der Friedenskämpfer.

Nach Ansicht der meisten Delegierten könnten praktische Schritte wie die Verpflichtung der Nuklearmächte, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, die Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte in der Region, der Abschluß einer Konvention über Nichtangriff und Nichtanwendung von Gewalt zwischen den Staaten Asiens und des Pazifikraums, die Schaffung von Friedenszonen im Indik und im Pazifik, die Verkündung Südostasiens zu einer Zone des Friedens, der Stabilität, der Freundschaft und Zusammenarbeit, die baldige Einberufung einer Indik-Konferenz der UNO sowie die Verwandlung des südlichen Pazifik in eine kernwaffenfreie Zone, die Spannungen in der Region wesentlich mildern und zur Festigung des Friedens in Asien, im Pazifikraum und in globalem Maßstab beitragen.

Wie der Präsident des Weltfriedensrats Romesh Chandra unterstrich, gibt die Konferenz in Manila der Entwicklung der Friedens- und Antinuklearebewegung in den Ländern Asiens und des Pazifikraums einen neuen Impuls und wird die Mobilisierung der Anstrengungen der Friedensfreunde zum Kampf gegen die Kräfte der Reaktion und des Krieges fördern.

J. KUKUSCHKIN,
korrespondierendes
Mitglied der AdW der UdSSR,
Leiter der sowjetischen Delegation

Man weiß, daß der Buddhismus den Hauptsinn des Seins in der Meditation sieht, in der geistigen Selbstvervollkommnung des Individuums. Die Teilnahme an weltlichen Angelegenheiten, an der gesellschaftspolitischen Tätigkeit war im Laufe von Jahrhunderten fast ein religiöses Tabu. Woraus erklärt sich, daß in der Weltanschauung der Buddhisten merkliche Wandlungen eingetreten sind!

Sie haben recht. Wir Buddhisten haben der Beteiligung an gesellschaftlichen und um so mehr an politischen Angelegenheiten niemals besondere Bedeutung beigemessen. Seit Jahrhunderten konzentriert sich das Hauptaugenmerk der buddhistischen Gläubigen auf die geistige Erfassung der Gebote unseres Lehrers, auf die Vorbereitung zur Wiedergeburt. Doch das Leben selbst hat uns gezwungen, der Wirklichkeit, der Politik ins Auge zu blicken. Genauer gesagt, die Tatsache, daß wir uns bewußt geworden sind, daß der Krieg uns das Recht auf die Ausübung unseres Glaubens nimmt. Um also dieses Recht zu behaupten, um unseren Glauben zu schützen, haben wir uns der Friedensbewegung angeschlossen. Die Formen dieses Kampfes sind unterschiedlich. Ich möchte Sie daran erinnern, daß in den Jahren des von überseeischen Kolonialisten und Aggressoren entfesselten Indochina-Krieges die vietnamesischen, laotischen und kambodschanischen Buddhisten ihre Klöster verlassen und mit der Waffe in der Hand gegen die fremden Eroberer gekämpft haben. Es gab Fälle, da buddhistische Mönche ihren Körper mit Watte umwickelten und sich anzündeten — aus Protest gegen diesen barbarischen Krieg.

Ich habe eine solche Selbstverbrennung in Erinnerung. Ich war gerade in Vietnam, als sich ein südvietnamesischer Buddhist in Saigon den Flammen weihte, aus Protest gegen die Aggression der US-Imperialisten. Doch ich möchte Sie folgendes fragen: Kriege hat es schließlich früher schon in vielen Jahrhunderten gegeben, und zwar unzählige...

Warum, will ich Ihre Frage fortsetzen, erheben die Buddhisten erst im 20. Jahrhundert, genauer in seinen letzten Jahrzehnten, ihre Stimme gegen den Krieg?

"WIR SIND ZUTIEFST AM FRIEDEN INTERESSIERT"

Der Generalsekretär der Buddhistischen Friedenskonferenz Asiens (ABCP), Prof. Chimidyn JUGDER, gab in Ulan-Bator, dem Sitz dieser internationalen Organisation, unserem Sonderberichterstatter Wladimir Godyna ein Interview.



Ja, Sie haben mich richtig verstanden.

Weil die zerstörerischen Folgen all dieser Kriege der Vergangenheit einfach nicht mit dem zu vergleichen sind, was der Menschheit durch einen neuen, einen Nuklearkrieg droht. Wenn diese Katastrophe eintritt, werden alle und alles in Flammen aufgehen. Deshalb sind wir Buddhisten zu der festen Überzeugung gelangt — die nicht nur unserem Glauben und unserer religiösen Ideologie nicht widerspricht, sondern aus ihnen herrührt — daß man nicht länger abseits stehen darf. Gleichgültig zuzusehen oder gar die Augen vor der Brandstifterpolitik des internationalen Imperialismus mit den USA an der Spitze zu verschließen, kommt einem Verbrechen gleich.

In der Satzung der Buddhistischen Friedenskonferenz Asiens steht: die ABCP bekundet den tiefen Wunsch der Anhänger des Lehrers Buddha, den Frieden, die Gerechtigkeit und die menschliche Würde zu gewährleisten. Frieden steht für uns an erster Stelle, weil Frieden — Shanti — ein Bestandteil des Nirwana ist, und Buddha wird nicht umsonst Shanti Raji, also Höchster Frieden genannt.

Unser tiefes Interesse am Frieden wird an den konkreten Zielen erkennbar, die sich die ABCP gestellt hat:

- Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und internationale Reaktion bekämpfen; die nationale Unabhängigkeit als Hauptvoraussetzung für einen dauerhaften Frieden bewahren und verteidigen;

- für die Beseitigung aggressiver militaristischer Bündnisse und Militärstützpunkte in Asien kämpfen sowie auf den Prinzipien des Pancha Shila Frieden und Sicherheit in Asien erzielen;

- für das Verbot aller nuklearen und anderen Massenvernichtungswaffen, für die allgemeine und vollständige Abrüstung kämpfen;

- mit anderen religiösen und weltlichen Organisationen und Solidaritätsbewegungen, die sich analoge Ziele stellen, zusammenarbeiten.

Würden Sie wohl etwas ausführlicher auf diese Seite der Tätigkeit der Buddhistischen Friedenskonferenz Asiens eingehen?

In ihrer Friedensarbeit beschränkt sich die ABCP nicht auf den Kreis der Buddhisten, wir arbeiten ebenfalls mit anderen Organisationen, die für den Frieden eintreten, zusammen. Viele Jahre schon arbeiten wir mit der UNO zusammen, darunter mit ihrem Department für Abrüstungsfragen, mit dem Weltfriedensrat, mit der Organisation für afro-asiatische Völkersolidarität sowie mit der Internationalen Demokratischen Frauenföderation.

Unsere Bemühungen im Friedenskampf vereinen wir mit denen der Anhänger anderer Religionen und ihren Organisationen.

Können Sie einige davon nennen?

Es handelt sich um die Christliche Friedenskonferenz, die Berliner Konferenz der europäischen Katholiken. Wir sind ständige Teilnehmer an solchen internationalen Zusammenkünften wie der Weltkonferenz religiöser Persönlichkeiten für nukleare und allgemeine Abrüstung (Tokio, April 1981), der Weltkonferenz religiöser Persönlichkeiten für die Bewahrung der heiligen Gabe des Lebens vor einer Nuklearkatastrophe (Moskau, Mai 1982). Derartige internationale Begegnungen sind für die Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsprogramms zu dem uns einenden edlen Kampf für den Frieden,

gegen eine Nuklearkatastrophe außerordentlich wichtig.

Welche Rolle spielen die sowjetischen Buddhisten in der Arbeit der ABCP?

Sie ist fast unschätzbar. Denn die Buddhisten der Sowjetunion gehören zu den Mitbegründern der Buddhistischen Friedenskonferenz Asiens. Unter den 15 Nationalkomitees der ABCP in zwölf Ländern der Welt ist das sowjetische eines der aktivsten. In den fast 15 Jahren des Bestehens unserer Organisation — wir werden diesen Tag im Juni 1985 begehen — haben die sowjetischen Buddhisten alle Freuden und Schwierigkeiten vollauf mit uns geteilt. Unser Glaube verpflichtet uns, keine Mühe zu scheuen, daß auf der Welt Ruhe herrscht, und der Beitrag der sowjetischen Buddhisten zum Friedenskampf ist ja jedem gut bekannt.

Die letzte Frage: Was hat das abgelaufene Jahr 1984 den Buddhisten gebracht?

Im vorigen Jahr haben wir in Delhi eine Rundtschkonferenz der ABCP abgehalten, auf der die Teilnahme der Buddhisten an der Friedensbewegung und ihr Beitrag zur Antikriegsbewegung diskutiert wurden.

Die Teilnehmer verabschiedeten die Deklaration von Delhi. Unser geistiges Oberhaupt, der Dalai Lama, hat sich in seiner Enzyklika über den Frieden an jeden Buddhisten gewandt, gemäß seinen religiösen Anschauungen noch aktiver an der Friedensbewegung teilzunehmen, da es heute keine wichtigere Aufgabe gibt, als die heilige Gabe des Lebens zu bewahren.

Und noch etwas muß gesagt werden: Bekanntlich wird am 24. Oktober d. J., zum 40. Jahrestag der UNO-Gründung, 1986 feierlich zum internationalen Jahr des Friedens verkündet werden. Unsere Organisation hat bereits jetzt begonnen, sich aktiv darauf vorzubereiten, und gegenwärtig entwickeln wir ein spezielles Programm zu dem bevorstehenden Jahr des Friedens. Diese Vorbereitung steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit unserer Nationalkomitees und natürlich auch des Sitzes der Buddhistischen Friedenskonferenz Asiens. Wir werden keine Anstrengungen scheuen, damit ewiger Frieden auf Erden herrsche. ■

LÄCHELNDE DEMOKRATIE

Washington hat es nicht nur mit der Stärke, sondern auch mit der Schwäche. Für seine Demokratie nämlich. Dafür wurde sogar extra eine Doktrin erdacht, die "Programm für Demokratie und offene Diplomatie" heißt und deren Aufgabe klipp und klar lautet, der ganzen Welt die US-Demokratie in all ihren Reizen vor Augen zu führen und deutlich zu machen, daß Washington nicht nur bei sich, sondern auch sonst überall nichts zu schade ist, dieser Demokratie Beine zu machen — Verzeihung, sie das Laufen zu lehren.

Der Hang, die Demokratie zu verteidigen und auf die



Beine zu bringen — ja, das war es doch! — ist unbezwingbar. Er erstreckt sich auf alle Gegenden, wo die Monopole Profit und das Pentagon die "Bedrohung der nationalen Sicherheit"

wittern. Am meisten aber will Washington seine kontinentalen Mitbewohner beglücken. Denen liegt diese fabelhafte Demokratie direkt vor der Nase, und sie haben keine Ahnung von ihren Werten. Das Informationsbüro der USA USIA hat sich eine ganze illustrierte Schriftenreihe unter dem Titel "Die Mittelamerikapolitik der USA" einfallen und drucken lassen. Damit nun keiner was Schlechtes dabei denkt, steht auch noch in jeder Broschüre unübersehbar der Satz: "Die Bewahrung der Demokratie gehört zu den wichtigsten Aufgaben der US-Außenpolitik in Mittelamerika und der Karibik." Das klingt so schön demokratisch, diplomatisch und offen. Man hat auch

gleich das richtige Beispiel parat gehabt: Grenada. Denn siehe: Erst als die Grenader in amerikanische Pflege genommen wurden, haben sie "einen Schritt zur wahren Demokratie" getan. Die Demokratie auf der Insel wurde sozusagen mit dem Zauberstab herbeigewinkt, den die Washington-



ner Volksfreunde liebevoll den gro pel nennen.

Enthusiasmier Erfolg der "edlen auf Grenada, will gleich anständig nen. Auf Nikar Aber müssen etwa ragua demokratis melbeine gemacht Auch die Seyche nen da sehr bed "Washington Pos vor lauter Mitlei Inselbewohnern nen ganzen Ar der Schlagzeile "Grenada" abge besorgt doch die gen um die Dem dem kleinen Lan anderen Seite de sind! "Auf de

FÄLSCHUNGEN VOM FLIESSBAND

Es bleibt eine Tatsache: Regierungsämter der USA fabrizieren laufend Falschmeldungen über angebliche Verletzungen im Bereich der Rüstungskontrolle durch die Sowjetunion. Wozu das geschieht, ist klar: um die Pläne Washingtons zur Entwicklung neuer Erstschlagswaffen zu rechtfertigen.

Die CIA tut zur Herstellung dieser Fälschungen das ihre. Dazu gibt es dort eine "Abteilung für sowjetische Probleme", die, wie man hört, 75,7 Mio Dollar jährlich verpulvern kann. Ihr Wirken ist streng geheim, selbst Langley hielt man nicht für den richtigen Platz, sie unterzubringen. Aus Gründen der Geheimhaltung wurde sie an einem anderen Ort eingerichtet.

Mehr als 1200 Mitarbeiter (in der jüngsten Zeit wurde der Personalbestand wesentlich aufgestockt) analysieren in Schichtarbeit das strategische Verteidigungspotential und die Wirtschaftssituation der Sowjetunion. Richtiger gesagt, sie

analysieren weniger als daß sie fälschen. Jahrelang schon beweisen sie den angeblich permanenten Rückstand der USA hinter der UdSSR, mal bei strategischen Bomben, mal bei Mittelstreckenraketen oder bei konventionellen Waffen.

Kürzlich ließ ein solcher "Analytiker", ein Mr. Gray, im US-Magazin "Foreign Policy" wissen, Zweck der Unterstellungen und Fälschungen sei es, die sowjetisch-amerikanischen Verträge über die Rüstungsbegrenzung zu vereiteln und das militärische Gleichgewicht zu stören.

Der Auftraggeber dieser Leute ist bekannt: Der Militär-Industrie-Komplex. Seine Vertreter verlangen vom Kongreß, ausgerüstet mit gefälschten Dokumenten, immer höhere Bewilligungen für das Pentagon. Im Finanzjahr 1970 erhielt es 96 Md. Dollar, im Finanzjahr 1985 293 Md.

V. TSCHERNOW

VERTEUERTE GESUNDHEIT

Frage: Was können Sie zur Kürzung des Programms Medicare (medizinische Hilfe für alte US-Bürger) sagen?

Antwort: Well, das wird andauern.

Da sich bei dem Antwortenden um den US-Präsidenten handelt, geht es um den Kurs des Weißen Hauses auf neue Kürzungen der Sozialprogramme zur Verringerung des Haushaltsdefizits. Pressemeldungen zufolge sollen diese Programme im Finanzjahr 1986 um 42 Md. Dollar beschnitten werden.

Wie steht es nun wirklich um die medizinische Hilfe?

Antwort: Diese Maßnahme richtet

sich nicht gegen d gegen das Behar

Gemeint ist d Ärzte. Schon die jedoch klar: Wen Ärzte weniger M rung erhalten, Kosten he die schon jetzt d das 20fache über

Man kann das V begreifen: Das Kosten der Ge Medicare erfaßter kaner oder auf bauen; die Wohn brauchen, ist leicht zu "berauben". D das Finanzjahr v von 314 Md. Do

DIE AGGRESSION GEHT

Die Führer Israels sagen wie aus einem Munde, sie dächten an nichts anderes als daran, die Truppen möglichst schnell aus dem Libanon abzuziehen. Diese stünden bereit und könnten schon morgen mit dem Abzug beginnen, nur müßte die sogenannte Armee zum Schutz der Südlibanons unter Antoine Lahad die Kontrolle übernehmen. Nur Lahads Truppe nämlich könnte nach Ansicht Israels dort Frieden und Sicherheit

garanti sischen wolle herstell Reserv macht? nur da

unter sich die Seychellen eine Gefahr für die Erdöllieferungen aus dem Persischen Golf in die westlichen Länder dar", bedeutet das Blatt. Das Kind muß geschaukelt — Entschuldigung, gerettet werden. Wieder ganz demokratisch, diplomatisch und offen. Ganz wie Grenada. Paßt nur auf, gleich wird die US-Demokratie auch den Seychellenbewohnern lächeln. Sehen Sie nur: Ein geradezu einnehmendes Lächeln.

V. GUSTSCHIN

Link s: Umschlag des in Havanna edierten Buches "Grenada. Die Welt klagt an". **Rechts:** Schema zur Errichtung der "Demokratie" auf Grenada



KEIN PARDON FÜR STREIKBRECHER

"Grossington, Großbritannien, 4 Uhr morgens. 200 Kraftfahrzeuge, Knüppel, Pferde, Hunde. Ein Polizeilaster fährt in die Menge. Panik. Eine brennende Barrikade. Schreie. In diesem Augenblick jagt ein

Panzerwagen, der so bewacht ist, als säße der Präsident darin, in die auseinander laufende Menge. Wirklich aber sitzen im Innern nur fünf Arbeiter, und zwar jene, die sich in ganz Grossington nicht am Berg-

arbeiterstreik beteiligen. Ihretwegen haben die Polizisten eine ganze Stunde harte Schlachten mit den streikenden Bergleuten ausgefochten." So schildern Augenzeugen den Streik der britischen Bergarbeiter.

Ein für das heutige England typisches Bild. Die Bergleute geben nicht auf. Weder Grausamkeiten noch die Willkür der Polizei, noch Prozesse oder Beschlagnahme von Gewerkschaftsmitteln können den Widerstand der Streikenden brechen.

Das National Coal Board ist beunruhigt und bietet die Schlichtung zu sehr verlockenden Bedingungen an: Umschulung aller, die im Fall der Schließung der Gruben arbeiten wollen, vorfristiger Rentenbezug, Geldausgleich bei Übersiedlung an einen neuen Wohnort.

Der Streik dauert bereits zehn Monate. Die Bergleute haben sich in der britischen Arbeiterbewegung am widerstandsfähigsten gezeigt. Sie dulden und vergeben kein Zurückweichen. Die Bergarbeiterklubs sind bis heute all jenen verschlossen, die während des großen Streiks 1926 zu den Streikbrechern gehörten.

Eine neue Meldung der Londoner "Times" besagt: Die Premierministerin wolle Arthur Scargill, den angesehenen Führer der britischen Bergarbeiter, von der Führung der Bergarbeitergewerkschaft absetzen. Sicher will sie statt seiner einen Streikbrecher finden. Ob das aber gelingt?

J. KNUSEW

Unser Bild: Polizei gegen Bergarbeiter

Foto aus: "Newsweek" (USA)

e Kranken, sondern
lungspersonal.

Gehaltsstopp für
einfache Logik macht
Krankenhäuser und
tel von der Regie-
werden sie einfach
aufschrauben,
e Inflationsrate um
effen.

reißt Haus durchaus
aushaltsdefizit auf
undheit der von
10 Millionen Ameri-
posten derer abzu-
hum oder Beihilfen
er als das Pentagon
nämlich fordert für
85/86 die Summe

G. SIDOROWA

WIE DIE WÖLFE...

Die Gebiete Pakistans, in denen die Stabquartiere der antiafghanischen Konterrevolution und die Lager der Banditen liegen, haben sich seit langem in einen echten Kriegsschauplatz verwandelt. "Mujaheddin" hauen sich mit "Mujaheddin". Ein AFP-Korrespondent in Islamabad resümiert: Im vergangenen Jahr hat sich nicht nur die alte Feindschaft zwischen den Bossen der Konterrevolution verstärkt, sondern es ist eine neue entstanden. Die früher "bewaffnete Neutralität" bewahrten, geben sich heute gegenseitig Genickschüsse. Vor kurzem sprengten die Rivalen im Raum Peschawar einen Bus mit Angehörigen der Gruppierung Gulbuddin Hekmatyar in die Luft. 16 Banditen kamen um, 19 wurden schwer verletzt. Kurz danach explodierte auf dem Bazar in der pakistanischen Ortschaft Teri-Mangal, wo sich die "Mujaheddin" gewöhnlich versammeln, eine starke Bombe.

Zu Schießereien und Explosionen kommt es in Peschawar jedesmal, wenn Vertreter der USA oder ihrer Verbündeten irgendeinem Boss der Konterrevolutionäre einen fetten Scheck überreicht haben. Vor den jüngsten Gewalttaten hatten US-Senatoren unter Sam Nunn und der Vorsitzende des Komitees der Stabschefs der US-Armee, General John Vessey, die "Freiheitskämpfer" besucht und versprochen, daß die Finanzhilfe für die Konterrevolution erhöht wird. In Erwartung der neuen Liebesgaben gehen sich die "Mujaheddin" wieder wie die Wölfe an die Gurgel.

J. KISSELJOW

WEITER

en. Lahad war früher in der libane-Armee Generalmajor. Er schwört, er libanesische Souveränität wieder-

werden dann aber die israelischen en für die Armee unter Lahad mobilge- so will man die israelischen Soldaten in gegen israelische Soldaten austauschen, die angeblich libanesischen Einheiten

angehören sollen. Und diese haben israelische Waffen, ihre Kommandeure sind bei der israelischen Armee ausgebildet worden. Lahad selbst ist nur ein Söldner, der sich bemüht, seine Absicht zu tarnen, die Kontrolle Israels über Südlibanon so oder so aufrechtzuerhalten.

Der Plan, dafür Strohmannen zu benutzen, ist nicht neu. Der frühere Ministerpräsident Israels, Sharett, erzählte, daß der damalige Stabschef Dayan zu Anfang der 50er Jahre auf einer Konferenz in Tel Aviv erklärte, daß man den Libanon "nehmen kann". Man brauche bloß

einen Offizier, sei es auch nur im Rang eines Majors, zu finden, der für Geld eine "Regierung" bilden und mit Tel Aviv ein Bündnis schließen würde. Danach würde die israelische Armee dem Marionettenregime "zu Hilfe eilen" und libanesisches Gebiet bis an den Litani einnehmen.

Dayans Plan ist ausgeführt worden. Lange stand in Südlibanon Major Khaddad in den Diensten Israels. Nach seinem Tode fiel die Wahl Tel Avivs auf Generalmajor Lahad. Nur der Rang hat sich verändert...

M. OSSOKIN

Die Reagan-Administration spielt sich in Nahost als Friedensstifter auf. Wissend, daß ihr das keine Lorbeeren eingetragen, daß sich der Geist von Camp David verflüchtigt hat und daß die "Friedensinitiativen" in Libanon als Drachensaat aufgegangen sind, hat man beschlossen, auf Eisenhowers sogenannten ausgewogenen Kurs zurückzugreifen. Tatsachen deuten jedoch darauf hin, daß man nicht etwa "Friedensstiftung" im Sinn hat, sondern die araberfeindliche Nahostpolitik der USA.

In dem Dokumentarbericht von dem Historiker Dr. sc. phil. Leonid Medwedko nach unlängst zur Veröffentlichung freigegebenen diplomatischen Dokumenten, nach Erinnerungen ausländischer Staatsmänner und Militärs ist klargestellt, welche Rolle die USA bei der Vorbereitung und Ausführung der Dreieraggression von 1956 gegen Ägypten, das damals die erwachte Sphinx genannt wurde, spielten. Die Wühlakte der CIA, einschließlich des Anstiftens von Umstürzen in den arabischen Ländern, das Stimulieren von Aggressionsakten Israels und das Anzetteln von Kleinkriegen gehörten und gehören noch jetzt zu den neokolonialistischen Methoden der Imperialisten. Ein Unterschied zwischen Reagans und Eisenhowers Doktrin ist nur darin zu erblicken, daß Washington jetzt zu einer offenen Konfrontation mit der arabischen Befreiungsbewegung übergegangen ist.

KOMPLOTT GEGEN DIE SPHINX

Leonid MEDWEDKO, Dr. sc. phil., Historiker

Der US-Botschaft in Kairo kam der Militärumschlag vom 23. Juli 1952 wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Trotzdem stellte Botschafter Jefferson Caffery der US-Regierung die Sache so dar, als habe er alles im voraus gewußt. US-Diplomaten strömten nach Kairo. In Washington wurde in Eile ein Sonderausschuß zur Untersuchung der Nahostlage und Festlegung der Politik in diesem Raum unter Kermit Roosevelt gebildet. Kim, wie er bei der CIA kurz genannt wurde, galt als Nahostexperte und Meister im Anstiften von Umstürzen.

Mit dem Finger ins Blaue

Caffery machte sich das Ersuchen der zur Macht gelangten Gruppe "Freier Offiziere", Ägypten Waffen zu verkaufen, zunutze, um die Verhandlungen auf Kims Anraten möglichst in die Länge zu ziehen und herauszubekommen, womit die neuen ägyptischen Führer zu "kaufen" wären. Der stellvertretende Verteidigungsminister William Forster deutete bei Verhandlungen mit Nasser an, daß Ägyptens Ersuchen zu günstigsten Bedingungen erfüllt werden könnte, falls "die Beziehungen zwischen den beiden Ländern tadellos wären". Eine ägyptische Delegation

mit einem Mitglied des Revolutionären Kommandorates wurde nach den USA eingeladen.

Sie wurde vom Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, General Bradley, und vom Leiter des "Programms für militärische Hilfe ans Ausland", General Olmstead, empfangen. Die beiden sprachen nicht so viel über Waffen wie über den "Islampakt" und über Militärstützpunkte. Olmstead zog den Vorhang vor einer großen Nahostkarte beiseite und sagte feierlich:

"Meine Herren, sehen Sie, daß auf dieser Karte am wenigsten Fähnchen stecken, d. h. daß wir dort am wenigsten Stützpunkte haben? Wir müssen mindestens noch ein paar Fähnchen hinzubekommen, sonst entsteht dort ein Vakuum."

Die Delegierten waren schockiert. Sie erkannten, daß dem Pentagon vor allem an möglichst vielen US-Stützpunkten im Nahen Osten gelegen war. Sie blieben ungefähr zwei Monate in den USA und kehrten mit leeren Händen heim.

Im Frühjahr 1953, vier Monate nach Präsident Eisenhowers Amtsantritt, traf der neue Außenminister, John Foster Dulles, in Kairo ein. Sein Besuch bezweckte zweierlei. Erstens sollte er versuchen, den

arabisch-israelischen Konflikt wenn nicht beizulegen, so wenigstens in den Hintergrund zu rücken. Zweitens — und das war die Hauptaufgabe — die Einkreisung der UdSSR mit Militärblöcken und -stützpunkten fortzusetzen. Diesen Aufgaben kam Dulles mit Feuereifer nach, konnte Nasser jedoch nicht überzeugen, daß Ägypten dem geplanten Block unter Ägide des Westens beitreten müsse.

Nachdem Dulles abgereist war, suchten sich die Amerikaner noch energischer an die ägyptische Führung heranzumachen. Mit der Bestechung Nassers war ein CIA-Mann, Miles Copeland, beauftragt, der Verbindung zu einem Mitglied des Bundes "Freier Offiziere", Hassan Touhami, unterhielt. Eines Nachts erschien Copeland mit zwei Koffern voller Geld bei Hassan. Dieser wußte, daß Nasser unbestechlich war, und übergab das Geld lieber dem westlich orientierten General Neguib, der nominell dem Revolutionären Kommandorat vorstand.

Als Nasser davon erfuhr, war er außer sich und verlangte von Neguib sofort eine Erklärung. Dieser rechtfertigte sich damit, daß das ein persönliches Geschenk Eisenhowers aus einem Wohltätigkeitsfonds zur "Bekämpfung des Kommunismus" gewesen sei. Nasser wußte genau, was hinter dieser "Wohltätigkeit" steckte. Die Frage, was mit dem Geld geschehen soll, wurde im Revolutionären Kommandorat aufgeworfen. Die zum Rat gehörenden jungen Offiziere machten verschiedene Vorschläge. Keiner zweifelte daran, daß die CIA dahinter steckte. Erst wollte man das Geld der US-Botschaft zurückgeben.

"Ich finde", sagte Nasser, "wenn die CIA nun einmal so 'wohlwollend' sein will, warum sollten wir das Geld nicht für nützliche Zwecke ausgeben?"

Bald wurde dafür im Zentrum Kairo ein Funkturm mit rotierender Gaststätte und Bar im Oberstock errichtet. Von überall sichtbar, erinnerte der Turm gleichsam an die Dummheit der CIA und symbolisierte die Unbestechlichkeit Nassers. Bei seinem Anblick liebte Nasser zu scherzen:

"Die CIA hat mit dem Finger ins Blaue getroffen." Er wußte nicht, daß dieser Finger schon am Drücker lag. Später gestand Copeland, daß die Amerikaner eine starke Sprengladung unter den Turm gelegt hatten. Während der Dreieraggression gegen Ägypten, als Nasser im Fernsehen sprechen sollte, versuchten CIA-Leute, die Ladung durch Funksignal

von den vor der ägyptischen Küste kreuzenden Schiffen der 6. US-Flotte aus zu sprengen. Die Ladung wurde aber rechtzeitig von der ägyptischen Staatssicherheit unschädlich gemacht, und dieser Versuch der CIA, Nasser ermorden zu lassen, schlug ebenso wie andere fehl.

Konturen des "Dreierbundes"

Als Anfang 1955 der Bagdadpakt zustande kam, wurde Ägypten stärker unter Druck gesetzt, nicht nur politisch — mit Hilfe der Diplomatie der USA und Großbritanniens —, sondern auch militärisch, durch Israel, das immer öfter unverhohlene Aggressionsakte verübte.

Tel Aviv, das zunehmend militärisch und finanziell von staatlichen und privaten Spendern unterstützt wurde, zeigte sich immer kriegerischer. Es übernahm eigenmächtig die faktische Kontrolle über einige entmilitarisierte Zonen in den an Ägypten, Syrien und Jordanien grenzenden Gebieten. Die Gier der Expansionisten nahm zu. Immer öfter hörte man aus Tel Aviv Aufrufe zum Krieg für "ein Großisrael von Meer zu Meer".

Im Februar und August 1955 fielen die israelischen Streitkräfte zweimal im Gaza-Streifen, der unter ägyptischer Kontrolle stand, ein, u. zw. unter dem Vorwand, palästinensische Partisanen zurückschlagen zu müssen. Derartige "begrenzte Operationen" wurden mit der Zeit regelmäßig. Zwischen 1948 und 1956 wurde die Frage des arabisch-israelischen Konflikts mindestens 200mal im UNO-Sicherheitsrat zur Debatte gestellt. In den meisten Fällen verhinderten die imperialistischen Mächte Beschlüsse über einschneidende Maßnahmen. Also mußte sich der Sicherheitsrat damit begnügen, zu konstatieren, daß die legitimen Rechte der palästinensischen Bevölkerung verletzt wurden.

Die ägyptische Führung sah sich genötigt, in erster Linie ihre Armee zu verstärken. Nasser tat es mit aller Entschlossenheit, er kaufte in den sozialistischen Ländern Waffen. Sein Beschluß schlug im Westen wie eine Bombe ein. An und für sich aber kam die Nachricht vom Ankauf sowjetischer Waffen durch Ägypten und davon, daß es seine Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern ausdehne, nicht ganz so unerwartet. Die Diplomaten der USA und Großbritanniens in Kairo hatten früher davon gewußt. US-Botschafter Byroode informierte Washington über das in Vorbereitung befindliche Waffenkaufabkommen schon im Juli 1955. Der ehemalige CIA-Agent William Eveland schreibt in

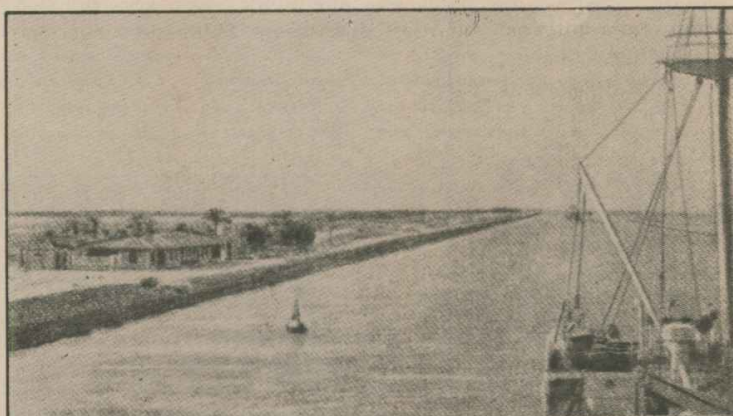
seinen Erinnerungen, gerade dieser Umstand habe damals die Amerikaner genötigt, in mehreren Richtungen zugleich eine fieberhafte Betriebsamkeit zu entwickeln.

Der CIA-Vertreter in Kairo ersuchte die Ägypter dringend, mit dem Abkommen bis zum Eintreffen einer US-Delegation zu warten, die schon nach Ägypten unterwegs war. Der CIA-Vertreter in Damaskus bekam Auftrag zu sondieren, ob die Syrer zum Ankauf amerikanischer Waffen bereit wären, um deren Annäherung an Ägypten und die UdSSR zu vereiteln.

Bis zum letzten Augenblick wollte John Foster Dulles selbst Alarmsignale nicht glauben. Er meinte, Nasser bluffe nur. Als dann aber Nasser einen Tag nach Unterzeichnung des Abkommens über den Ankauf sowjetischer Waffen die Botschafter der USA und Großbritanniens offiziell

anderthalb Stunden warten, bis er von Nasser vorgelassen wurde, und redete ihm dann einige Stunden zu, den Beschluß über den Ankauf sowjetischer Waffen einer Revision zu unterziehen. Er wagte es aber nicht, ihm das Ultimatum einzuhändigen, und reiste unverrichteterdinge ab. Ebenso resultatlos endete danach ein Besuch von US-Senatoren in Kairo.

Damals eben zeichneten sich die Konturen des späteren "Dreierbundes" Großbritannien-Frankreich-Israel ab, der insgeheim von den USA unterstützt wurde. Anfang 1956 tagte in Washington eine Sonderberatung mit Premierminister Eden zur Festlegung einer gemeinsamen britisch-amerikanischen Nahostpolitik. Man gedachte der vergessenen Dreierdeklaration von 1950, in der Großbritannien, Frankreich und die USA die Absicht äußerten, gemeinsam Maßnahmen zur



Der Suezkanal im Jahre 1956

davon in Kenntnis setzte, war Dulles außer sich. Er verfaßte sofort ein Ultimatum an Nasser, er solle das Abkommen annullieren. Andernfalls würden die USA nicht nur die militärische Hilfe einstellen und die diplomatischen Beziehungen abbrechen, sondern Ägypten auch blockieren, damit es von Schiffen mit sowjetischen Waffen nicht angelaufen werden könne. Dulles glaubte, wie Eveland bezeugt, immer noch, er könne auf Nasser drücken. Aber er irrte sich. Als Nasser durch den amerikanischen Sondergesandten Kermit Roosevelt von dem zu erwartenden Ultimatum erfuhr, erinnerte Nasser daran, daß es die USA mit einem unabhängigen Land und stolzen Volk zu tun hätten. Er selbst könne die diplomatischen Beziehungen zu den USA abbrechen. Die Warnung zog.

Der im Auftrag von Dulles eingetroffene Unterstaatssekretär George Allen mußte

"Stabilisierung der Situation" in diesem Raum zu treffen.

Die eingestürzte Pyramide

Nach Abschluß des Abkommens über eine erweiterte Zusammenarbeit mit der UdSSR bekam Nasser einen unumstößlichen Beweis dafür, daß der Westen einen Mann, der mehr mit sich reden ließe, an seine Stelle setzen wollte. Dulles persönlich interessierte sich für die Pläne zur Vorbereitung eines Staatsstreichs in Kairo. Das Vorhandensein solcher Pläne leugnete auch Kermit Roosevelt nicht, der damals Leiter des CIA-Büros für den Nahen und Mittleren Osten wurde. Komplote wurden nicht allein gegen Nasser, sondern auch gegen andere arabische Staatsmänner geschmiedet, die enger mit Ägypten zusammenarbeiteten. Mit der Ausföhrung wurden amerikanische Geheimagenten in Kairo beauftragt. In Washington und Tel Aviv

glaubte man, man müsse nur Nasser loswerden, dann würden alle Nahostprobleme geregelt werden können.

Nasser beantwortete die Wühlakte der CIA mit entschlossenen Maßnahmen gegen die US-Agenten. Auf seine persönliche Weisung hin wurde der Spion Firch, der als angeblicher Diplomat Spionagematerial in der Suezkanalzone zusammenrug, des Landes verwiesen.

Im Kampf mit den Feinden der Revolution erkannte Nasser immer deutlicher, daß die arabische Befreiungsbewegung ein Teil der antiimperialistischen Kampffront ist. Sie stützt sich vor allem auf die Macht der sozialistischen Länder und auf den Beistand der UdSSR als treuen Freund der für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker.

Im Westen war man der Ansicht, daß die neokolonialistische Pyramide im Nahen Osten auf drei Säulen ruhen könne und müsse: auf Militärstützpunkten einschließlich derer am Suezkanal, auf der politischen Struktur des Bagdadpakts und

mit, daß die USA seinem Land eine Anleihe verweigern.

Diese Weigerung, den Dammbau zu subventionieren, war der erste außenpolitische Schritt der USA gegen die Republik unter Präsident Nasser, ein Signal zur offenen Konfrontation des Westens mit Ägypten. Eine Woche später war die Suezkrise reif, und etwas über drei Monate danach begann die bewaffnete Aggression gegen den unabhängigen arabischen Staat.

Die beleidigende Form der Kreditverweigerung wurde von Nasser mit Recht als Herausforderung aufgefaßt.

Der britische Außenminister Selwyn Lloyd, der kurz vorher in Kairo war, sagte in einem Gespräch mit Nasser unversehens, der Suezkanal gehöre zum nahöstlichen Ölkomplex des Westens. Nasser wandte mit Recht ein, dann müßte Ägypten wie die ölgewinnenden Länder ebenfalls mindestens 50 und nicht 6% der Einkünfte aus der Bewirtschaftung des Kanals bekommen, um so mehr, als die Konzession der Suezkanalgesellschaft 1968 abgelaufen war und der Damm bis

tungsvolle Rede schloß er mit den Worten:

"Amerikaner, ihr könnt vor Wut ersticken! Das Jahreseinkommen der Suezkanalgesellschaft beträgt 100 Mio Dollar. Warum sollten wir die nicht selbst bekommen? Wir werden den Hochdamm so bauen, wie wir wollen! Die Suezkanalgesellschaft wird verstaatlicht, und Ägypter werden sie leiten. Ägypten und nicht Ausländer, und das ist Gesetz!"

Mit Washingtons Segen

Anderntags hatte der britische Premierminister Eden ein Ferngespräch mit dem französischen Außenminister Pineau. Beide gelangten zu der Ansicht, daß sofort entschlossene Maßnahmen getroffen werden müßten. Und beide machten aus ihren Absichten kein Hehl, Nasser um jeden Preis einen Denkkzettel zu geben oder —



Juni 1956. Die geplatzte Aggression gibt Anlaß zu den Straßenfeiern in Port Said

auf dem Interesse Ägyptens am Bau des Assuan-Hochdamms.

Washington versuchte, die sowjetisch-ägyptische Zusammenarbeit um jeden Preis zu stören. Es wollte Ägypten mit Krediten für den Dammbau an den Westen binden. Aber auch daraus wurde nichts. Nasser ging auf die knechtenden amerikanischen Kreditbedingungen nicht ein, ja er forderte sogar den Abzug der britischen Truppen aus der Kanalzone, und London mußte parieren.

Am 19. Juli 1956, einige Wochen nach dem Abzug der britischen Truppen aus der Kanalzone, teilte Dulles dem Botschafter Ägyptens in den USA, Ahmed Hussein,

dahin schon hätte gebaut sein müssen. Dulles und Selwyn Lloyd brachten Nasser, ohne es zu ahnen, auf die Idee, wie er auf die Herausforderung des Westens reagieren soll.

Im Juli 1956, genau eine Woche, nachdem die USA die Anleihe für den Dammbau verweigert hatten, sprach Nasser auf einer Kundgebung in Alexandria und gab den Regierungsbeschluß bekannt, die genannte Gesellschaft zu verstaatlichen. Seine historisch bedeu-



Postamtgebäude in Alexandria, zerstört von den Engländern

noch besser — ihn zu stürzen. Das einzige taugliche Mittel dafür könne militärische Gewalt oder zumindest Gewaltandrohung sein. Diese Übereinkunft teilte Eden sofort US-Präsident Eisenhower mit. In seinem Blitztelegramm erbat er sozusagen Washingtons Segen zur Gewaltanwendung. Dieser ließ nicht auf sich warten, mehr noch, Eisenhower schickte sofort Robert Murphy und danach Außenminister Dulles persönlich nach London. Er beauftragte sie, ein gemeinsames Vorgehen des Westens gegen die "Herausforderung Nassers" zu vereinbaren.

Auf der Außenministerkonferenz Großbritanniens, Frankreichs und der USA vom 1. August faßte Dulles die amerikanische Stellungnahme zusammen und bestand auf einer "internationalen Kontrolle" über den Suezkanal, womit er

meinte, daß sie unter Ägide der USA ausgeübt werden soll.

"Die Gewalt muß das letzte Mittel sein", schloß er und präziserte nach einer kurzen Pause, man solle ihn doch recht verstehen: "Die USA halten die Gewalt keineswegs für ausgeschlossen."

Vorläufig beschloß man aber, sich mit wirtschaftlichen Druckmitteln zu begnügen. Großbritannien ließ sogleich 116 Mio ägyptische Pfund in seinen Banken auf Eis legen und verbot Überweisungen von Kapital der Suezkanalgesellschaft auf Konten Ägyptens. Im gleichen Sinne handelte Frankreich.

Nach Großbritannien und Frankreich griffen die USA zu Wirtschaftsaktionen. Sie froren 21 Mio ägyptische Pfund bei US-Banken ein, kürzten die Lieferung einiger Industrieerzeugnisse an Ägypten, versagten die Lieferung von Nahrungsmitteln und sogar von Medikamenten gegen Kinderseuchen. Die Verhandlungen über 25 Mio Dollar "Hilfe" an Ägypten wurden eingestellt. Das alles war gleichbedeutend mit der Erklärung eines Wirtschaftskrieges.

Kurz vor der Dreieraggression gegen Ägypten instruierte Allan Dulles den CIA-Mann Eveland und den US-Botschafter in Damaskus, Moose, die Vorbereitungen eines proamerikanischen Umsturzes in Syrien zu beschleunigen. Mit der Aktivierung der oppositionellen Kräfte in Ägypten wurde der CIA-Vertreter in Kairo beauftragt. Aus diesen Plänen wurde nichts. Die Verschwörungen wurden zum Teil aufgedeckt, zum andern Teil wagten es die Organisatoren nicht, bei dem beispiellosen Aufschwung der anti-imperialistischen Bewegung in der ganzen arabischen Welt loszuschlagen.

Tarnung der Aggression

Zur Tarnung der Kriegsvorbereitungen Großbritanniens, Frankreichs und Israels schlug Dulles Verhandlungen vor. Davon, daß die USA über den geplanten Einfall in Ägypten im Bilde waren, ist ausdrücklich in den etwa 25 Jahre später veröffentlichten Memoiren des ehemaligen britischen Premierministers Harold Wilson die Rede, der über die Geheimnisse der Nahostdiplomatie des Westens gut Bescheid wußte.

Von besonderem Interesse ist Wilsons Eingeständnis, daß Israel schon damals den Anschluß eines Teils von Libanon als Belohnung für die Teilnahme an der Dreieraggression beanspruchte. Ministerpräsident Ben Gurion bestand wenigstens auf einem Teil der Expansionsfor-

derungen Tel Avivs, die auf eine gründliche Ummodelung der Landkarte des Nahen Ostens abzielten. Wie Wilson schreibt, rechneten die Zionistenführer nicht nur auf einen Teil der Sinaihalbinsel, sondern auch auf Südlibanon und auf das westliche Jordanufer. Wer dächte da nicht an die Geschehnisse von Anfang der 80er Jahre, als Israel Südlibanon unter Vorschubleistung der USA besetzte!

Zwar beteiligten sich die USA 1956 nicht direkt an den Kampfhandlungen gegen Ägypten, aber ihre Streitkräfte im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten machten aus ihrer Unterstützung für die Aggressoren kein Hehl. Unter dem Vorwand, "das Leben und die Habe amerikanischer Staatsbürger zu schützen" (diesen Vorwand benutzte Washington später noch zweimal zu bewaffneten Direktinterventionen in Libanon), beteiligten sich die USA an der Kampagne der Kriegsdrohungen. An der ägyptischen Küste kreuzte die im Mittelmeer stationierte 6. US-Flotte auf. In Alexandria landete amerikanische Marineinfanterie. Später versuchte man, diese Landung mit der Absicht zu erklären, einem Einfall Großbritanniens und Frankreichs in Ägypten entgegenzuwirken. In Wirklichkeit unterstützten die USA die Aggressoren, damals noch insgeheim. Dafür beteiligte sich amerikanische Marineinfanterie später in Libanon offen an der gemeinsamen bewaffneten Intervention.

Zu jenem Zeitpunkt konnte sich Washington zu einer direkten Mittäterschaft nicht entschließen. Bürgerliche Historiker erklären diese "Hemmung" gern damit, daß die Präsidentschaftswahlen vor der Tür standen. Jetzt hat der Wahlkampf in den USA der bewaffneten Intervention in Libanon und auf Grenada nicht im Wege gestanden.

Am 6. November 1956 morgens bombardierte die britische Flotte ägyptische Stellungen und nahm dann eine Seelandung vor. Französische Truppen nahmen Port Fuad. Am Abend desselben Tages waren die letzten Widerstandsherde in Port Said ausgeräumt. Die Aggressoren wollten am 7. November El-Kantara, am 8. Ismailia und spätestens am 12. November Suez nehmen. Das alles geschah nicht.

Ägypten war in einer schweren oder sogar kritischen Lage. Es bereitete sich auf einen Partisanenkrieg vor. Die Verschwörung gegen Sphinx endete jedoch für die Interventionen mit einer schweren Niederlage.

Die Stimme Moskaus

Kaum war der Beginn der Landungen bekannt geworden, sandte der Außenminister der UdSSR an den UNO-Sicherheitsrat ein Eitelegramm mit der Forderung, die Kampfhandlungen unverzüglich abzustellen und dafür zu sorgen, daß die in Ägypten eingefallenen Truppen binnen drei Tagen abziehen. Sollte das nicht geschehen, so wurde vorgeschlagen, daß die UNO-Mitgliedstaaten, vor allem die UdSSR und die USA, Ägypten militärische Hilfe leisten sollen. Schon am 5. November 1956 forderte die Sowjetregierung den US-Präsidenten auf, gemeinsam mit Zustimmung der UNO Truppen zur Abstellung der Aggression einzusetzen.

In Washington war man über die sowjetische Initiative betreten. Die USA, die vom Beginn der Suezkrise an den Überfall auf Ägypten gefördert hatten,



Dieses Bild wurde vor einem Jahr gemacht. Amis in Beirut: Wieder zielen die Waffen auf die Araber

Fotos: AP-TASS

waren an einem Abbruch der Aggression völlig uninteressiert.

Die Dinge entwickelten sich ganz und gar nicht so, wie die Interventen und ihre Gesinnungskumpane erwartet hatten. Die Sowjetregierung bekräftigte ihre Schritte im Sicherheitsrat mit Schreiben an die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Israels. Sie warnte darin vor schwersten Folgen einer Fortsetzung der Aggression und ließ wissen, daß die UdSSR zu energischen Maßnahmen für die Wiederherstellung des Friedens im Nahen

Osten bereit sei. Diese Warnungen wirkten ernüchternd.

Von den Regierungschefs Großbritanniens und Frankreichs kamen Antwortschreiben. Sie teilten mit, die Truppen hätten Befehl erhalten, in der Nacht zum 7. November das Feuer einzustellen. Ein gleichlautendes Schreiben sandte der Regierungschef Israels. Die Feuereinstellung konnte aber der Aggression nicht automatisch ein Ende bereiten. Man mußte die Interventen zwingen, ihre Truppen aus den besetzten ägyptischen Gebieten abziehen. In einer TASS-Erklärung vom 11. November 1956 wurde betont, daß das Sowjetvolk, sollten die Aggressoren Ägypten nicht räumen, diesem internationalen Raub nicht tatenlos mit ansehen werde.

Die Niederlage der Sieger

Der tapfere Kampf des ägyptischen Volkes und die entschlossene Haltung der UdSSR vereitelten die Absichten der Interventen und zwangen sie, nicht nur die Kanalzone, sondern auch die ganze Sinaihalbinsel zu räumen. Sie mußten es, ohne politische Bedingungen zu stellen und von Ägypten Gebietszugeständnisse zu verlangen. Wenden wir uns nochmals einer späteren Zeit zu, und denken wir an die knechtenden Bedingungen, auf die nach etwa 25 Jahren Sadat als

Gegenleistung für den Abzug der israelischen Besatzer von der Sinaihalbinsel einging.

Im Dezember 1956 räumten die britischen und französischen Einheiten die Kanalzone. Im Januar 1957 mußten die israelischen Besatzer Sinai und später, im März 1957, den Gaza-Streifen räumen.

Washingtons Einstellung zur Suezkrise hatte bei all ihrer Widersprüchlichkeit imperialistische Ziele. Nachdem die Krise in die Kriegsphase hinübergewachsen war, befleißigte sich die US-Regierung einer heuchlerischen Taktik. Washington tat, als distanzieren es sich von seinen Bündnispartnern, half ihnen in Wirklichkeit aber nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Es genügt, an die Belieferung Großbritanniens und Frankreichs mit Erdöl und an die 500-Mio-Dollar-Anleihe für London zu erinnern.

Nicht von ungefähr warf der US-Abgesandte Robert Murphy später in einer Anwendung von Offenheit Guy Mollet vor, England und Frankreich hätten den Krieg nicht bis zum siegreichen Ende fortgesetzt. Später wurde auch bekannt, daß die CIA im Auftrag von Dulles mehrmals versuchte, Nasser auszuschalten, zu welchem Zweck drei Mördergruppen nach Ägypten geschickt wurden.

Der israelische Aufklärungsdienst Mossad, der seine Tätigkeit genau mit der CIA koordiniert, plante ebenfalls einen Mord an Nasser. In Ägypten wußte man, daß Israel vor Ende Oktober 1956 in Ägypten

einfallen wollte. Der Oberbefehlshaber der ägyptischen Streitkräfte, Amer, fühlte sich merkwürdigerweise nicht bemüht, Nasser davon zu unterrichten.

In Washington wußte man natürlich von diesen Plänen, sogar lange, bevor der Suezkanal verstaatlicht wurde. Schon im Oktober 1955 befahl Ben Gurion, als er von dem Abkommen Nassers über Waffenankäufe erfuhr, Generalstabschef Dayan, wie dieser in seinen Erinnerungen bezeugt, einen "Kriegsplan" aufzustellen. Ben Gurion präzisierte, was er damit meinte:

"Das ägyptische Regime muß vor Eintreffen der russischen Waffen gestürzt werden."

Im Dezember 1955 war alles zu einer Aggression bereit. Man wollte nur noch auf einen Vorwand warten. Aber darum ging es eigentlich nicht. Israel wartete auf neue Waffen aus dem Westen, vor allem auf Flugzeuge aus Frankreich. Das alles war, wie der ägyptische Publizist Khamrush schreibt, im voraus mit Eisenhower und Dulles abgesprochen.

Kurz nach der Dreieraggression konnte sich Nasser von der Unaufrichtigkeit der Nahostpolitik Washingtons überzeugen. Dieses half Tel Aviv, den Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten in die Länge zu ziehen — genau wie jetzt in Libanon. Gleichzeitig hielten die USA den Augenblick für gekommen, den Platz der alten Kolonialmächte zu besetzen. Im Januar 1957 forderten 70 Mitglieder des US-Kongresses eine "Internationalisierung" des Teils von Ägypten, der an Israel grenzt; ferner, daß Ägypten das Recht auf Verwaltung des Suezkanals abgesprochen werden soll.

Dank dem politischen Beistand der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder sowie mehrerer nichtpaktgebundener Staaten Afrikas und Asiens konnte Kairo seinen Standpunkt behaupten. Die Suezkrise endete mit einem politischen Debakel der Aggressoren.

Nichts hinzugelernt

In Washington und London wollte man sich damit aber nicht abfinden. Es vergingen kaum zwei Jahre nach der Dreieraggression, da versuchten die USA, selbst an die Spitze einer neuen gemeinschaftlichen Intervention zu treten. Im Juli 1958 landeten amerikanische und britische Truppen in Libanon und in Jordanien. Nachdem man in diesen arabischen Ländern "Ordnung geschafft" hätte, wollte man nach Syrien und dem Irak vorstoßen.

Der frühere CIA-Beamte Eveland schreibt in seinen Erinnerungen, daß ihm

BIOGRAPHISCHES



MINISTERPRÄSIDENT DER REPUBLIK MALTA CARMELO MIFSUD BONNICI

gungen konnte Auf Vorschlag Dominick z. B. 1969 der gewerkschaftsfeindliche Gesetzesentwurf, der für Streikende Gefängnisstrafe vorsah, nicht durchgesetzt werden. Ab 1972 Rechtsberater der größten maltesischen Gewerkschaftsvereinigung, des Allgemeinen Arbeiterbundes. 1980 als stellvertretender Vorsitzender von Malτας Labour Party bestätigt. Bis 1983 als Parteifunktionär, Rechtsanwalt und Dozent an der Universität tätig.

Geb. 1933 in Cospicua (Malta). Jurist, namhafter Experte der Republik für Arbeits- und Finanzrecht. C. Mifsud Bonnici nahm mehrere Jahre aktiv an der Gewerkschaftsbewegung teil. Dank seinen Anstren-

Anfang 1958 ein streng geheimes Schriftstück des Nationalen Sicherheitsrates gezeigt wurde. Man sagte ihm, es sei eine Art Beilage zu der offiziell publik gemachten "Eisenhower-Doktrin". Darin war präzisiert, daß die US-Streitkräfte nicht nur bei einem "Einfall der Russen", sondern auch bei einer "indirekten kommunistischen Bedrohung" unmittelbar eingreifen dürften. Eveland als Sondervertreter der CIA in Nahost wurde es zur Aufgabe gemacht, in Libanon einen Machtantritt der Linken zu verhindern. Da man meinte, daß es nicht gelungen sei, dort die "kommunistische Bedrohung" auszumerzen, wurde die CIA beauftragt, die Landungsoperation der US-Marineinfanterie in Libanon abzusichern.

In seinem Urteil über die Rolle der CIA und des Pentagon beim Anfachen von Bränden im Nahen Osten charakterisierte Eveland ihr Vorgehen als eine "Folge verhängnisvoller Fehler". Aus Fehlern lernt man gewöhnlich. Deshalb glaubte Eveland, die Intervention von 1958 werde, wie er in seinem Buch "Stränge aus Sand" schrieb, die letzte amerikanische Aktion dieser Art im Nahen Osten sein. Er hatte unrecht.

Washington sagte nicht nur ja und amen zu Tel Avivs neuen Aggressionen gegen die Araber. Etwa 25 Jahre später ergriffen die USA selbst die Initiative zur Aggression gegen den Libanon unter Teilnahme israelischer Truppen, amerikanischer Marineinfanterie und "multinationaler Kräfte" der NATO. Dieses Mal agierte Washington nicht mehr hinter den Kulissen, sondern an der Rampe der neuen Dreieraggression.

Der Teufelskreis hat sich geschlossen. Von Israel und den USA in die Luft gesprengt, hat sich das libanesische Paradies in eine Hölle verwandelt, und der dem Nahen Osten aufgezwungene sogenannte Frieden ist noch immer von Kriegen zerfleischt. Die Ursachen sind die Versuche Washingtons und Tel Avivs, das Rad der Geschichte zurück zu drehen. Die Geschichte läßt sich aber nicht ändern. Arabische Völker haben nicht mehr ihre uralten Lande. Sollen sie sie wiederbekommen, so muß man das Recht aller Nahoststaaten, auch des künftigen arabischen Staates Palästina, auf einen unabhängigen und souveränen Bestand garantieren. Und um zu erreichen, daß dem Staat Israel seine Eroberungsgelüste und den USA ihre Hegemonieansprüche vergehen, müssen die arabischen Völker ihre Reihen schließen.

LEBEN IN SUWOROWO

Andrej KRUSCHINSKI

Das Dorf Suworowo, etwa 30 km von Warna entfernt, fällt auf den ersten Blick nicht weiter auf: Ringsherum die typisch bulgarische gebirgige Landschaft, sorgfältig bearbeitete Felder, im Dorf vom Wein umrankte solide Häuser mit Ziegeldach.

Und doch ist das Dorf nicht ganz gewöhnlich. Immer wieder fand es sich an den Kreuzwegen der bulgarischen Geschichte. Auch heute haben seine Bewohner Grund, stolz zu sein, denn der Agrar-Industrie-Komplex (AIK) mit der Zentrale in Suworowo gehört zu den besten im Lande.

Enzyklopädie der Kriegskunst

Es gibt in Bulgarien wohl wenig Dörfer, die ihr eigenes Museum haben. Suworowo hat gleich zwei. Die Ausstellungsstücke des historischen Museums vermitteln eine Vorstellung von Kozludza (wie das Dorf früher hieß) aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Viele Chronisten und Reisende erwähnten es in ihren Notizen, Tagebüchern und Aufzeichnungen. Übrigens hielt sich in Kozludza im Februar 1713 König Karl XII. von Schweden auf, als er nach der Zerschlagung seiner Truppen bei Poltawa 1709 auf der Flucht war. Aber Suworowos Geschichte kündigt auch von wichtigeren Ereignissen. Hier wurde der russische Endsieg über die Türkei unter Dach und Fach gebracht. Letzten Endes ermöglichte er die nationale Befreiung des bulgarischen Volkes.

Auf einer Wiese in der Nähe des Dorfes ragt ein Monument aus Granit auf. Die Inschrift lautet: "Hier schlugen die russischen Truppen unter General Alexander Suworow am 9. Juni 1774 eine 40 000 Mann starke türkische Armee aufs Haupt."

Im Museum sah ich die Schemata und Dokumente jener erstaunlichen Schlacht. Sie begann um die Mittagszeit 10–15 Werst von Kozludza entfernt und endete um 8 Uhr abends mit der Einnahme des Dorfes.

Das zweite Suworowo-Museum ist in einem kleinen Haus untergebracht, in dem

sich zwischen dem 11. und dem 16. September 1944 der Marschall der Sowjetunion Fjodor Tolbuchin aufhielt: Er befehligte die Truppen der 3. Ukrainischen Front, die Bulgarien von den Faschisten befreiten. Das ganze Arbeitszimmer dieses talentierten Feldherrn — Tisch, Sessel, Schrank, Feldbett — ist sorgfältig rekonstruiert worden. Ein Foto an der Wand zeigt Marschall Tolbuchin im Kreml, wo Michail Kalinin ihm den Suworow-Orden überreicht. In diesem Zimmer erreichte Tolbuchin die Nachricht, daß er zum Marschall ernannt worden war.

Die Befreiung des Landes von der deutschen Okkupation war ein Wendepunkt in der Geschichte der Bulgaren, Auftakt zum Aufbau der neuen Gesellschaft. Im Dezember 1948 verkündete Georgi Dimitroff auf dem V. Parteitag der Bulgarischen KP das Programm der schrittweisen Kollektivierung der Landwirtschaft. Aber schon im Dezember 1946 hatten 46 Armbauern des Dorfes Suworowo eine Genossenschaft gegründet und nach dem russischen Pflanzenzüchter Iwan Mitschurin benannt. Heute kann man nur noch mit Mühe glauben, daß ihre ganze Habe damals 22 Leiterwagen, 20 Pflüge, 12 Eggen, 2 Drillmaschinen, 28 Pferde, 22 Rinder und 109 ha Boden ausmachte.

Die Bewohner von Suworowo schlossen die Kollektivierung zwei Jahre früher ab als im Landesdurchschnitt. Zu Beginn der 60er Jahre war die Mitschurin-Genossenschaft schon ein Großbetrieb. Später entstand auf ihrer Grundlage ein Agrar-Industrie-Komplex. Wie das in Bulgarien üblich ist, fallen seine Grenzen mit dem Territorium der Gemeinden (9 Dörfer, etwas über 9000 Bewohner) zusammen. Der AIK Suworowo hat 13 000 ha Nutzfläche, 2000 Rinder, 10 000 Schafe. Die Jahresproduktion beläuft sich auf 20 Mio Lewa. Das Leitungssystem ist beinahe das gleiche wie das in den früheren Genossenschaften, nur daß die Mitglieder durch eine Delegiertenversammlung ersetzt worden

ist, weil der AIK immerhin 1800 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die Delegierten wählen den Verwaltungsrat und den Vorsitzenden.

Der AIK in Suworowo ist nicht für Rekorde berühmt. Hier gibt es keine Weizenenerträge von 100 dt wie in den Dörfern Djankowo und Senowo bei Razgrad, keine Maiserträge von 200 dt wie in Trystenik bei Plewen. Hier bekam man auch nicht 8 t Milch von jeder Kuh wie in den Farmen von Losniza.

Aber der AIK Suworowo zeichnet sich durch stabile jährliche Durchschnittskennziffern aus, deshalb gehöre er zu den besten, sagte man mir im Bezirkskomitee Warna der BKP.

Die Bewohner von Suworowo führen ihre Erfolge zu einem großen Teil auf die fortschrittliche Arbeitsorganisation und auf Maßnahmen, die in Bulgarien heute insgesamt der neue Wirtschaftsmechanismus heißen.

Summanden des Lohns

Die Gründung von Agrar-Industrie-Komplexen, dieser "Supergenossenschaften" mit 10 000--20 000 ha Ackerfläche, spielte eine wichtige Rolle bei der Festigung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft. Aber so große Betriebe waren nicht im alten Trott zu bewirtschaften, konnten auch nicht negative Erscheinungen wie die Gleichmacherei vertragen. Der neue Wirtschaftsmechanismus will die Lohnhöhe von Umfang und Menge des Endprodukts abhängig machen. In der bulgarischen Landwirtschaft wirkt er seit 1979.

Die wichtigste Produktionseinheit eines AIK ist die Brigade. Gemäß der neuen Struktur ist der Brigadier unmittelbar dem AIK-Vorsitzenden unterstellt. Die früheren Zwischenglieder der Verwaltung werden also ausgeklammert. Der AIK versorgt die Brigaden mit Agrartechnik, Düngemitteln und Saatgut. Die Brigaden ihrerseits sind verpflichtet, den mit der AIK-Leitung vereinbarten Jahresproduktionsplan für landwirtschaftliche Erzeugnisse strikt zu erfüllen.

Die neuen Wirtschaftsmethoden erwiesen sich als sehr effektiv. In den ersten drei Jahren des laufenden Planjahres (1981--1985), von denen eines ungünstig war, betrug der Zuwachs der jährlichen Durchschnittsproduktion bei Weizen im Lande 23%, bei Mais 12%, bei Sonnenblumen 20%, bei Äpfeln 30%, bei Wein 11%, bei Milch 15% und bei Fleisch 12%. Die Selbstkosten der Erzeugnisse haben sich verringert.

Wie wirkt sich diese Umstrukturierung auf den AIK Suworowo aus, wo man 7 große Spezialbrigaden bildete? Eine für den Anbau von Gemüse und Dauerkulturen, drei für Futterbeschaffung und Viehwirtschaft (die Farmen haben eigene Futterfelder) und noch drei für Getreideanbau. Für den Anfang wurde eine Art Musterbrigade unter Iwan Krystew geschaffen.

Iwan Tersijew, 1. Sekretär des Gemeindegemeinschafts der BKP, erzählte: "Als wir unsere Musterbrigade formierten, wählten wir die Leute besonders sorgfältig aus, um die eigentliche Idee nicht in Mißkredit zu bringen. Besonderen Wert legten wir auf

gute Mechanisatoren."

Die materielle Vergütung steht im direkten Verhältnis dazu, mit welchen Kennziffern die Brigade die Saison abschließt. Wenn sie den Plan erfüllt hat, hängt der Lohnfonds der Brigade nicht von den Arbeitsergebnissen der anderen Brigaden und des ganzen AIK ab.

Folgende interessante Neuheit: Für jede Nutzpflanze, die die Brigade anbaut, erhält sie eine Art Scheckbuch. Darin stehen die Limite für den Verbrauch von Saatgut, Dünger, Benzin usw. Es ist Sache des Brigadiers, was er aus den Lagerräumen des AIK holt, wann er das tut und in welchen Mengen. Aber jedesmal stellt er dabei einen Scheck aus und weiß genau, worüber er verfügt. Sowohl übermäßiger Verbrauch als auch Einsparung wirken sich auf die Löhne aus. Die Grundvoraussetzung bleibt, daß die geplanten Hektarerträge erreicht werden.

Die Eigenverantwortung der Brigade äußert sich vor allem darin, daß sich der AIK oder die übergeordneten Organe niemals einmischen, wenn es z. B. darum geht, was die Brigade Krystew säen, welche Sorten sie dabei verwenden und wann sie mit der Aussaat beginnen soll.

Angeichts des neuen Wirtschaftsmechanismus sind der AIK-Vorsitzende und der Brigadier am häufigsten Partner, die dasselbe Ziel haben.

Der AIK-Vorsitzende Dimitr Todorow sagt: "Um hohe Einkünfte, d. h. die einzige Quelle der Löhne, zu erwirtschaften, sorgen wir vor allem für das Endresultat, dafür, mehr Produkte und von möglichst hoher Qualität herzustellen."

NZ-FOTODOKUMENTATION



Ein Mensch ist ohne Arbeit. Nicht, weil er seinen Pflichten nicht nachkam, nicht aus Dummheit oder Faulheit, sondern einfach aus dem Grund, daß das System des Privatunternehmertums keine Vollbeschäftigung garantieren kann. Andererseits ist es äußerst daran interessiert, ein Reserveheer von Arbeitskräften als Druckmittel auf die Beschäftigten zu schaffen. Doch die Menschen erheben sich gegen die Allmacht des Kapitals. Hervorstechender Beweis dafür sind die heldenhaften 10monatigen Auseinandersetzungen der britischen Bergleute mit ihrer Regierung. Daher rührt die Gefahr, die das Arbeitslosenheer für die Herrschenden in sich birgt. Dann wird soziale Demagogie eingesetzt. Eine Vorstellung davon geben die Äußerungen Margaret Thatchers, die die Wochenschrift der Labour Party "Tribune" veröffentlichte.

Ich glaube, es ist schrecklich, wenn ein Mensch, der arbeiten will, keine Stelle findet. Sie büßen ihre Selbstachtung, die Achtung ihrer Familienangehörigen ein, wenn Sie nicht irgendwie in der Lage sind, den Lebensunterhalt für sich selbst und für sie zu verdienen.

Ich wünschte sehr, daß die Zahl der Arbeitslosen niemals zweieinhalb Millionen erreicht, doch es wird keine Veränderungen in unserer Wirtschaftspolitik geben, da sie absolut richtig ist.

Es besteht reale Hoffnung, daß die Situation in einem Jahr sehr viel günstiger aussieht.

Die Arbeitslosigkeit ist eines der größten ungelösten Geheimnisse unserer Zeit.

Der Kleine wird mit seinem arbeitslosen Vater noch lange an dieser Säule stehen können. Sie haben keine Eile.

Früher wurde z. B. nicht nur die zu produzierende Milchmenge, sondern auch die dazu nötige Anzahl der Kühe reglementiert. Jetzt werden die Kennziffern für 8 Erzeugnisgruppen festgesetzt (im AIK Suworowo sind das: Weizen, Soja, Bohnen, Sonnenblumen, Zuckerrüben, Milch, Fleisch, Eier) festgesetzt. Sonst hat der AIK freie Hand, wenn es darum geht, was, wo und wieviel ausgesät werden soll, wie er seine Nutzflächen einteilt. Somit verknüpft sich das Planprinzip auf eine fruchtbare Weise mit der Initiative der Belegschaft.

Die Umstrukturierung bewirkte Veränderungen nicht nur in den Löhnen, sondern auch in diversen Fonds: für die Erweiterung der Produktion und technische Vervollkommen, für soziale Fürsorge und Kulturzwecke. Die akkumulierten Einnahmen ermöglichten den Kauf neuer, hochleistungsfähiger Maschinen, den Bau einer Schule und eines Kindergartens sowie verbilligtes Mittagessen für diejenigen, die auf dem Feld arbeiten. Aus den eigenen Fonds bezahlt der AIK die qualifizierte medizinische Betreuung der Bevölkerung.

"Wie Sie sehen", sagt Todorow, "denken wir nicht nur an die Produktion, sondern auch an die Menschen. Ohne diese Beachtung der sozialen Bedürfnisse wären viele jetzt in andere Wirtschaften abgewandert — oder zum Chemiekombinat 'Dewnja'. Ist ja nur 15 km von Suworowo entfernt, die Löhne sind dort nicht schlecht, man kann auch mit einer Wohnung rechnen."

Nicht vergessen wird in Suworowo auch eine Reserve wie der Bauernhof, die individuelle Wirtschaft des Bauern. Der AIK versorgt solche Flächen in individueller Nutzung mit Zuchtvieh, Elitesaatgut und Getreide und kauft den Bauern Agrarerzeugnisse ab.

"Ohne Erzeugnisse der Nebengewirtschaften wären wir nicht imstande, den Staatsplan in bezug auf mehrere Kennziffern zu erfüllen", erläutert Todorow: "Von individuellen Wirtschaften erhält unsere Gemeinde 250 t Fleisch, 450 t Milch, 520 t Obst und Gemüse und über eine Million Eier."

Abschließend weist Todorow darauf hin, daß der Wirtschaftsmechanismus ja relativ neu und es deshalb verfrüht ist, über seine Wirksamkeit zu urteilen. Und doch kann man schon heute sagen: Er stimuliert die Arbeit und die schöpferische Aktivität und trägt dazu bei, daß sich die Bauern in Bulgarien als unumschränkte Herren der Produktion fühlen.

Sofia

Über künstliche Sonne, kosmische Telefone und einen kosmischen Schafhirten

GABEN DES KOSMOS

Wladimir GUBAREW

Es mag wie Phantasie klingen: "Über manchen Städten wird eine künstliche Sonne schweben", sagt Leonid Kisim. "Sie wird unsere Städte nachts beleuchten, und wir werden weder Straßenleuchten noch neue Kraftwerke brauchen, und niemand wird sich mehr über einen Stromausfall zu beklagen haben."

"Wenn es aber nachts taghell sein wird, werden doch viele nicht einschlafen können", wandte ich ein.

"Wir werden uns daran gewöhnen. Viele Neuerungen von Wissenschaft und Technik scheinen anfangs unpraktikabel zu sein, wir gewöhnen uns aber bald so sehr an sie, daß wir uns unser Leben gar nicht mehr ohne sie vorstellen können."

Unsere Asse befanden sich schon über 3 Monate im Weltraum. Nach einem Ausstieg in den Kosmos von Leonid Kisim und Wladimir Solowjow sprach ich von der Flugleitzentrale aus mit der Besatzung natürlich über das gerade ausgeführte Experiment: Die Kosmonauten hatten zusätzliche Solarzellenausleger an die "Salut 7" montiert, und sofort floß dem Orbitalkomplex zusätzliche Elektrizität zu.

Das war nur eins der vielen hundert Experimente der 237tägigen Weltraumexpedition. Aber die Arbeit der sowjetischen Kosmonauten außerhalb der Station gestattet es, mit größerer Bestimmtheit von einer jetzt entstehenden Richtung der Kosmonautik zu sprechen: Energieerzeugung im Kosmos. Jetzt ist ihre Übertragung zur Erde an der Reihe.

Die sogenannte Energiekrise ist nicht immer gleich akut. Manchmal ist sie in aller Munde, zu anderen Zeiten wird das Wort Krise nicht mehr gebraucht. Doch der Energiemangel macht sich ständig fühlbar, und nicht nur in Regionen ohne Erdöl, Kohle und große Ströme, sondern auf der ganzen Erde.

Die Prognosen der Wissenschaftler sind unerquicklich: Das Energiedefizit wird zunehmen, es mit Ressourcen der Erde einschließlich der neuesten — der Atomenergie — zu decken, wird nicht möglich sein. Nach Ansicht von Experten gibt es nur eine Methode: die Akkumulation von Sonnenenergie, von der es ja

Unmengen gibt. Berechnungen besagen, daß schon eine relativ kleine Lichtquelle, ein Reflektor im Orbit, nachts eine ganze Stadt mit Licht versorgen kann. Also werden bald rings um die Erde kosmische Leuchten auftauchen, wie sie Leonid Kisim in dem Rundfunkgespräch erwähnt hat. Die Montage von Sonnenbatterien durch ihn und Solowjow sieht er als Beginn eines energiewirtschaftlichen Großbaus im Kosmos an.

Bestimmt hatte der Kosmonaut recht, als er sagte:

Alles Große beginnt mit Kleinem

Die von den Kosmonauten auf langen Expeditionen gesammelten Montageerfahrungen zeugen davon, daß eine Epoche "kosmischen Großbaus" anbricht. Die Projekte für allerlei Labors, Kapseln und "technische Produktionsanlagen" sehen eine ausgiebige Benutzung der Schwerelosigkeit, des Hochvakuums und der Sonnenenergie zur Herstellung von Stoffen vor, die auf der Erde schwer oder gar nicht erzeugt werden können. Die prophetischen Worte Konstantin Ziolkowskis von der "Unmenge der Macht", die der Kosmos der Menschheit beschermen werde, fangen an, in Erfüllung zu gehen.

"Ist es nicht zu früh, mit dem Mond auf du und du zu sein?" — "Sicher wäre es besser, ein paar tausend Kühlschränke zu bauen, als noch einen Sputnik zu starten." — "Ist die Neugierde der Wissenschaftler auf den Kosmos nicht ein bißchen kostspielig?" Solche und ähnliche Zweifel wurden vor einem Vierteljahrhundert in der Weltpresse laut, als der Durchbruch in den Kosmos begann. Damals waren die Möglichkeiten der Raumfahrt schwer bestimmbar. Aber schon die ersten Versuche, sie für die Erde nutzbar zu machen, zeigten, daß der neue Bereich der Wissenschaft unerschöpfliche Ressourcen erschließt.

Menschen haben gelernt, außerhalb der Erde zu arbeiten, und jeder

Flug brachte greifbaren, wenn auch vielleicht auch nicht sehr wesentlichen, einige Jahre später jedoch ganz konkreten Nutzen.

Ich erinnere mich an das erste Telefongespräch über einen Molnija-Sputnik. Ich war verblüfft darüber, daß mein Gesprächspartner so gut zu hören war, als säße er im Nebenzimmer. Es war der ständige Berichterstatter der "Komsomolskaja prawda" für die Primorje-Region. Das liegt 20 Jahre zurück, und wir wundern uns heute weder über das kosmische Fernsehen noch über die Verbindungssatelliten oder über die vom Orbit eingehenden Wetterkarten. Mehr noch, die Volkswirtschaft unseres Landes ist ohne "kosmische Komponenten" nicht mehr vorstellbar. Versuche einer beispielsweise, den wirtschaftlichen Nutzen der Einführung eines globalen Fernseh- und Fernmeldesystems zu errechnen. Ohne Sputniks könnten die Bewohner des hohen Nordens die Programme des Moskauer Fernsehens wahrscheinlich erst im 21. Jahrhundert sehen, denn man müßte durch unser riesiges Land Richtfunkstrecken schaffen, deren Bau Unsummen kosten würde.

Die ersten Fragen der Pessimisten hat die Kosmonautik also gleich beantwortet. Aber je weiter sie sich entwickelt, desto akuter wird das Problem der Nutzung des Weltraums für die Erdenbewohner.

Schon haben viele Fluggäste ihre Rettung Erdsatelliten zu verdanken. Die Havarienfunkboje strahlt SOS in den Kosmos aus, und schon nach wenigen Minuten ist bekannt, wo sich das von einer Katastrophe bedrohte Flugzeug befindet.

Ohne die Navigationssatelliten ist die Seeschifffahrt heutzutage schwer vorstellbar. Dabei ist die Ortung äußerst genau, und das garantiert selbst unter ungünstigsten Verhältnissen Sicherheit. Die Effektivität solcher Satelliten zeigte sich z. B. bei der Fahrt des Atomeisbrechers "Sibir" auf dem Nördlichen Eismeer, als Sputniks nicht nur die Route abstecken halfen und über die Eisverhältnisse auf dem Kurs informierten, sondern auch für Annehmlichkeiten an Bord sorgten, nämlich für ständige Telefonverbindung mit einem beliebigen Ort unseres Landes. Der Atomeisbrecher empfing auch die Programme des Moskauer Fernsehens.

In Bälde soll das kosmische Fernmeldesystem nicht nur global benutzt werden — es ist sogar davon die Rede, die Telefonkabelverbindungen ganz zu beseitigen. Schon

jetzt kann man im Orbit eine hochleistungsfähige "Fernsprechzentrale" einrichten. Jeder wird ein Empfangs- und Sendegerät, nicht größer als ein Buch, besitzen. Man wird den Sputnik anwählen, er wird die Verbindung im Handumdrehen herstellen, und falls die gewünschte Nummer besetzt ist, schiebt der Speicher das Gespräch auf und verständigt den Anrufenden, sobald die Nummer frei ist. Über den Kosmos werden gleichzeitig 2,5 Millionen sprechen können. Das ist ganz real. An solchen Systemen wird bereits gearbeitet, und sie werden schon in den nächsten Jahren funktionieren, genau wie jetzt Wetterwarten, Navigations-, Fernseh- und viele andere Systeme für verschiedene Wirtschaftszweige und für jeden von uns.

Wie vom Orbit aus Schafe gehütet wurden

Begegnungen mit dem Kosmos auf der Erde sind oft sehr überraschend. Der Vorsitzende einer Kolchose im Pamir erzählte, daß Kosmonauten die Schafe weiden helfen. Vor Jahren war Georgi Gretschko dort und unterhielt sich mit dem Vorsitzenden. Dieser beklagte sich, die Viehweiden seien sehr schwer übersehbar. Man wisse nicht immer genau, wo das Gras hoch genug steht, deshalb könne man die Schafe nicht auf kürzestem Weg dorthin treiben. Gretschko versprach, sobald er im Kosmos sei, zu helfen versuchen. Wie staunte der Kolchosvorsitzende, als er aus der Flugleitzentrale angerufen wurde und man ihm einen Funkspruch von Gretschko durchgab, der gerade an Bord der "Salut 6" arbeitete. Er beschrieb ausführlich den Zustand der Viehweiden, und Fachleute stellten danach die Route für die Schafherden zusammen. Wenn man Gretschko jetzt fragt, was er denn im Kosmos getan habe, antwortet er immer: "Ich habe Schafe gehütet und meine Arbeit dann Alexander Iwantschenkow übergeben. Und wissen Sie, wir haben es recht gut geschafft."

Darüber kann man lächeln, aber viele Raumfahrtexperten, auch unser Kosmonaut und Wissenschaftler Alexei Jelissejew, sind der Meinung, daß die Benutzung landwirtschaftlicher Sputniks in den nächsten Jahren schon sehr effektiv sein wird. Durch Beobachtung der Saaten, des Weidelandes und der rationalen Nutzung des urbanen Bodens werden die Sputniks den Landwirten helfen, mit größerem Nutzeffekt zu wirtschaften.

Die Erforschung von Naturschätzen aus dem Kosmos ist ein

"Wirtschaftsprogramm" der Raumfahrt. Beobachtungen der Kosmonauten und spezialisierte Erdsatelliten werden helfen, Bodenschätze zu finden und sie rationeller zu nutzen. So macht sich jetzt keine einzige geologische Expedition zu Schürfungen auf, ehe sie das Gebiet "vom Kosmos aus" betrachtet hat: Ihr stehen Unmengen von Aufnahmen zur Verfügung, die von ferneren und näheren Umlaufbahnen aus gemacht worden sind.

Unlängst ist eine fundamentale Forschungsarbeit, ein "Atlas der Schnee- und Eisressourcen der Welt", angefertigt worden. Über 8 Jahre lang haben Hunderte Geographen und Gletscherforscher an diesem einmaligen Werk gearbeitet, nach dem man genau feststellen kann, wieviel Süßwasser es auf der Erde gibt. Der Atlas wird gebraucht, damit das so knappe Süßwasser rationell verwendet wird. Bei allen Expeditionen zum Orbitalkomplex "Salut"—"Sojus" bekamen die Besatzungen Auftrag, die Gletscher zu beobachten. Folglich haben auch sie zum Entstehen des Atlas beigetragen.

Der Mensch betreibt im Kosmos sogenannte Suchforschungen. Er bestimmt, was untersucht werden muß, testet verschiedene Apparate, schleift Forschungsmethoden ab, und danach beginnt die "alltägliche" Arbeit. Sie wird von Spezialsputniks geleistet. In Bälde kommen kosmische "Betriebshallen", namentlich für die Herstellung von Heilmitteln, hinzu.

Auf ihrem Rekordflug führten Kimsim, Solowjow und Atkow Hunderte von Experimenten und Forschungen aus. Die Auswertung wird einige Jahre dauern. Über die Ergebnisse des medizinischen Programms kann man aber schon jetzt sprechen. Erstmals hat ein Arzt, Oleg Atkow, an einem so langen Flug teilgenommen, deshalb konnten nicht nur mehrere recht ungewöhnliche Experimente angestellt, sondern auch gleich auf die Praxis angewandt werden.

Neues in der Medizin

Während dieses Fluges kam Prof. Dr. Jewgeni Tschasow regelmäßig in die Flugleitzentrale. Er sagte:

"Bei uns Wissenschaftlern ändert sich die Vorstellung von den Forschungsmöglichkeiten außerhalb der Erde. Die Besatzung hat eine Reihe von Forschungen angestellt, die die Möglichkeit geben, Prozesse schon auf dem Niveau der Zelle

anders zu betrachten. Nehmen wir z. B. den Kalziumstoffwechsel. Es gibt Präparate, die seiner Veränderung vorbeugen können. Sie werden auf langen Raumflügen eingenommen, wenn der Kalziumstoffwechsel im Organismus des Kosmonauten gestört wird. Dieselben Präparate verschreiben wir neuerdings auch zu Vorbeugungs- und Be-

Erde befördern. Und noch eine Besonderheit. Der Apparatesatz in der 'Salut 7' ermöglicht eine sorgfältige Untersuchung des Herz- und Gefäßsystems. Mit dem Echokar-

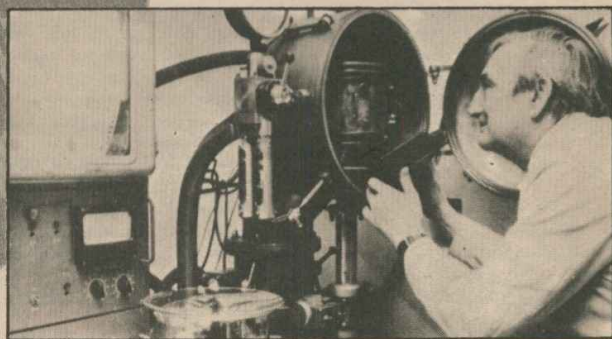
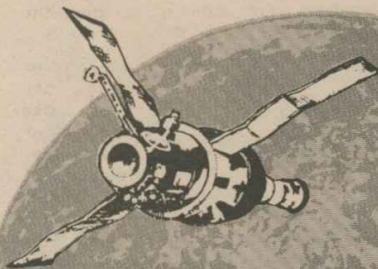
gerufen, die den Medizinern auch auf der Erde bei Reihenuntersuchungen helfen werden.

Die Benutzung von Informationen aus dem Kosmos bringt merklichen wirtschaftlichen Nutzen. Bei der Herstellung topographischer Karten macht er z. B. jährlich an die 30 Mio Rubel aus. Nur dank den besseren Witterungsvoraussagen der Sputniks sparen wir 500—700 Mio und bei Öl- und Gasschürfungen über 100 Mio Rubel im Jahr ein. Wie Wirtschaftsexperten errechnet haben, werden wir in den nächsten Jahren von jedem für die Feststellung von Naturschätzen vom Kosmos aus verausgabten Rubel einen Gewinn von 15—17 Rubel haben.

Bei einem Rundfunkgespräch mit Kosmonauten fragte ich:

"Ist es nicht schwer, so lange zu fliegen? Sie sind ja schon einige Monate fern von der Erde."

"Leicht ist es nicht", antwortete Kisim. "Das Bewußtsein aber, daß die Menschen unsere Arbeit brauchen



handlungszwecken in unseren Kliniken. Der Heilkunst bieten sich also neue Aussichten."

"Auf dem Flug hat Swetlana Sawizkaja das Experiment 'Taurien' vorgenommen."

"Und hat neue Heilpräparate erhalten!" wirft Prof. Tschasow ein. "Sie werden bereits verwendet, sagen wir, bei der Herstellung von Grippe-serum und in der Viehzucht. Ich zweifle nicht daran, daß medizinische Präparate in der Schwerelosigkeit hergestellt werden müssen, um so mehr, als man auf der Erde keine derart reinen Präparate erzielen kann. Also muß man sie in Weltraumstationen herstellen und zur

Bild oben: Eine Station des "Orbita"-Systems im Norden der UdSSR; die Rentierzüchter sehen schon seit Jahren Programme des Moskauer Fernsehens. **Links:** Ein portables Spektrometer, das im Raumforschungsinstitut für Naturschätze der Aserbaidshianischen SSR entwickelt worden ist. **Rechts:** In einem Labor des Physikalischen Instituts der Akademie der Wissenschaften der CSSR; tschechoslowakische Wissenschaftler beteiligen sich rege am Interkosmosprogramm.

Fotos: TASS—CTK

diographen und anderen Geräten kann man umfangreiche Untersuchungen vornehmen. So ein kompakter und zuverlässiger Apparatesatz ist eigens für den Kosmos entwickelt worden, und er hat sich dort bewährt. Deshalb haben wir schon ambulante kardiologische Zentralen ins Leben

und daß Tausende Experten und Wissenschaftler hinter jedem Experiment stehen, hilft uns, mit beliebigen Schwierigkeiten fertig zu werden. Das Wichtigste, ich möchte sagen, jedem Kosmonauten Heilige, ist die restlose Erfüllung des Flugprogramms."

"Von hier, aus dem Kosmos, sieht man gut, wie klein unser Planet ist", fiel Wladimir Solowjow ein. "Wir umfliegen ihn in anderthalb Stunden. Gewollt oder ungewollt denkt man, daß dieses Körnchen Leben im Weltall, unsere Erde, behütet und bewahrt werden muß, in erster Linie vor einem Kernwaffenkrieg, der alles Leben vernichten würde. Wir arbeiten für die Zukunft der Menschheit, für den Frieden auf Erden, und deshalb überwinden wir alle Schwierigkeiten. So war es beim Start Juri Gagarins, und so ist es auch heute."

Nuklearkatastrophe auf Signal aus dem Weißen Haus

FILME OHNE HAPPY-END

Die diesjährige Herbstspielzeit leiteten die TV-Gesellschaften mit einer Sturzflut von Krimi- und Horrorfilmen ein. Über die Bildschirme spaziert ein Wahnsinniger und sprengt ungestraft Wolkenkratzer in die Luft. Sex-appealige Detektive machen Verbrecher dingfest. "Komplizen", "Sie schrieb Mord", "Ein Stadtzertrümmerer" — die Titel sagen genug!

Auch in dem Streifen "Eine Minute vor der Nuklearkatastrophe", der von der HBO erstaufgeführt wurde, sterben Menschen. Er vergißt sich aber nicht gleich wieder wie die mit Gewaltszenen gespickten Filmserien, in denen der "Sieger" von Anfang an bekannt ist und die unweigerlich ein Happy-End haben.

Unter der Schuldenlast zusammenbrechend, erklären sich einige Länder Lateinamerikas bankrott. Das Währungs- und Finanzsystem der westlichen Welt stürzt wie ein Kartenhaus zusammen. US-Banken schließen. Die Kettenreaktion greift auf den Nahen Osten über. "Die Ölinteressen der USA in Gefahr!" Auf den Alarmsignal landen US-Truppen in der Region, und gleich darauf nehmen Schiffe der USA mit dem Flugzeugträger "Nimitz" an der Spitze Kurs auf die ferne Küste. Sie haben Kernwaffen an Bord, und der Befehlshaber des Marineverbandes hat Blankovollmacht zu ihrem Einsatz. Auf dem Bildschirm wölben sich riesige Nuklearpilze.

Soweit die Fabel. Die Hersteller des Films haben eine Schilderungsform gefunden, die den Zuschauer in atemloser Spannung hält. Das Ganze ist wie die Reportage des ausgedachten TV-Senders CVN gestaltet. Die Handlung wird von dessen Ansager Don Tobin kommentiert, der die Senderräume während der Krise keinen Augenblick verläßt. Authentisch wird die Handlung durch eingebaute Aussprüche der bekannten US-Politiker Paul Warnke, Eugene McCarthy u. a.

Vor allem aber fesselt den Zuschauer das Anklagen fast jeder Szene an wahre Geschehnisse. Es ist so unverkennbar, daß man an die einleitenden Worte der Filmhersteller, daß das ein Spielfilm sei, kaum glauben möchte. Die außenpolitischen Doktrinen Washingtons sind plastisch und überzeugend umrissen. Die Sicherung der "Lebensinteressen" der

USA weit weg von Washington hat sich ja nicht das Fernsehen ausgedacht, und das US-Schlachtschiff "New Jersey" hat ja vor einem Jahr wirklich das Feuer auf den Libanon eröffnet, und kurz danach schickte sich ein Flugzeugträger, die "John Kennedy", mit Kampfflugzeugen an Bord in Begleitung eines Flottenverbandes an, Häfen Nikaraguas zu blockieren.

220mal griffen die USA zwischen 1945 und 1980 zur Gewalt oder Gewaltandrohung gegen souveräne Staaten. Mit jedem Jahr werden solche Schritte für unseren Planeten gefährlicher. Konteradmiral i. R. Gene LaRocque, der früher ein Schiff des Typs "Nimitz" befehligte und jetzt die Zentrale für Verteidigungsinformation leitet, spricht vom Bildschirm zu seinen Landsleuten und sagt, in unserem Jahrhundert werde jeder Krieg gegen die UdSSR ein Nuklearkrieg sein. Deshalb eben stellt der Ansager, Don Tobin, bei jedem Schritt der US-Regierung zur Eskalation des Konflikts hartnäckig die Frage, ob die Russen dieses Vorgehen nicht für eine bloße Provokation halten

und sich in den Konflikt hineinziehen lassen werden.

Die Kamera greift aus der Menge vor dem Weißen Haus einen älteren Mann heraus, der gegen den Kreuzzug nach Übersee protestiert. "Genug! Ich habe schon einen Sohn im Libanon verloren!" ruft er. Das unerbittliche Objektiv hält fest, wie Demonstranten auseinandergeknüpelt werden und wie ihnen Ordnungshüter Verletzungen beibringen. Da drängt sich einem der Gedanke an solches Vorgehen gegen Amerikaner auf, die dagegen auftraten, daß auf dem Stützpunkt in Syracuse mit Cruise Missiles bestückte B-52-Bomber stationiert werden, oder an das Schicksal der Friedenskämpfer, die versuchten, dem "Todeszug" mit Kernsprengköpfen den Weg zu versperren.

Und nun der Kulminationspunkt der Filmserie: Die Sowjets erkennen, daß die Geschehnisse höchst gefährlich sind, sie versuchen, die Spannung zu mildern, und teilen Washington die Absicht mit, sich zu einigen, ehe es zu spät ist. Der US-Präsident ist in Kenntnis gesetzt. Die USA reagieren nicht. Die Kriegsschiffe mit Kernwaffen segeln weiter. Um die Katastrophe zu verhüten, läßt der Sicherheitsberater des Präsidenten die Nachricht von Moskaus Angebot durchsickern, da das Gerücht aber auf andere Weise nicht nachgeprüft werden kann, bringt das Fernsehen die Nachricht.

Leider wurden die sowjetischen Vorschläge zur Gewährleistung einer internationalen Entspannung und zur Bannung der Nuklearkriegsgefahr bis vor kurzem nicht nur im Fernsehen von der Hand gewiesen, und Washington "übersah"

SCHOSTAKOWITSCH AN DER RUHR

Der Rhein. Von Heine in seiner berühmten "Lorelei" besungen, ist er zu unserer Zeit von Guillaume Apollinaire in einer Ode und in Dmitri Schostakowitschs 14. Sinfonie auf ihre Weise besungen worden.

Dort, am Rhein, liegt auch das Ruhrgebiet, ein Gebiet der Arbeiter, das meine Generation mit Streiks der Bergarbeiter und ihrem Kampf gegen die Nazis in Zusammenhang bringt.

Duisburgs OB Josef Krings, Lehrer von Beruf, und sein Assistent in kulturellen Angelegenheiten, der Schriftsteller und tüchtige Organisator Konrad Schilling, waren mehrmals in der UdSSR und kennen unsere Literatur und Kunst gut. Auf ihre Initiative wurde nach vor drei Jahren in Duisburg abgehaltenen Musikfestspielen zu Ehren des genialen ungarischen

Musikers Bela Bartok beschlossen, daß die nächste derartige Veranstaltung Dmitri Schostakowitsch-Festspiele sein sollen. Sie wurden zwei Jahre lang mit größter Sorgfalt vorbereitet.

In das Programm, das gemeinsam mit dem Kulturministerium und dem Komponistenverband der UdSSR für ein halbes Jahr — die laufende Konzertsaison — aufgestellt wurde, sind fast alle Werke Schostakowitschs aufgenommen worden. Es sind 118. Die Interpreten werden sowjetische Orchester und Quartette, eine Ballettruppe des Bolschoi sowie führende Dirigenten und Solisten sein.

Die ersten Konzerte haben schon stattgefunden. Eine Verdiente Musikerschaft der RSFSR, das Orchester der Leningrader Philharmonie, hat die 5., 7. und 15. Sinfonie sowie die Festouvertüre

So sieht die Nukleartragödie in dem Film "Am Tag danach" aus, dem ersten im US-Fernsehen gezeigten Film darüber, was für Folgen die Nuklearkatastrophe für eine amerikanische Stadt haben würde



hartnäckig die Initiativen der UdSSR und setzte die Eskalation des Wettrüstens fort.

Das Countdown der Tage und dann auch der Sekunden bis zum Weltkonflikt ist zu Ende. Das Flugzeug mit der Befehlsstelle des US-Präsidenten, das den Codenamen "Spiegel" trägt, steigt auf, und beim ohrenbetäubenden Heulen der Sirenen breitet sich die Wolke einer Nuklearexplosion über den Bildschirm aus.

In einem anderen Streifen, "Das Testament", werden die tragischen Folgen der Nuklearkatastrophe gezeigt. Die Filmkritiker finden diesen Streifen weniger wirkungsvoll als den international bekanntgewordenen "Am Tag danach". Auch dynamisch bleibt er hinter der "Eine Minute vor der Nuklearkatastrophe" zurück. Nach allgemeiner Ansicht aber ist auch dieser Streifen sehenswert. Warum? Schon allein darum, weil anschaulich gezeigt wird, was die Kalkulationen der Zivilverteidigung für jede amerikanische Familie bedeuten. Sie sagt für den Fall eines Nuklearkrieges optimistisch voraus, daß "nur" 45 Millionen Amerikaner "verdampfen", unter den Ruinen begraben, tödliche Brandwunden, Verletzungen oder Strahlungsdosen bekommen werden; daß "nur" 30 Millionen andere



verurteilt sein werden, allmählich an Strahlenkrankheit zu sterben; daß "nur" einige Millionen Überlebende der Explosion an Krebs sterben werden.

Die Tatsache, daß diese Erstaufführungen kurz vor oder nach den Präsidentschaftswahlen stattgefunden haben, ist zwar zufällig, aber bezeichnend. Die Regierung arbeitet gerade am Plan für die Außen- und Militärpolitik der kommenden vier Jahre. Mit den Filmen ist sie nochmals daran erinnert worden, daß die Wähler für eine verantwortungsbewußte Einstellung zu den Abrüstungsproblemen gestimmt haben. Jeder dieser Filme widerlegt auf seine Weise den ganz neuen Ausspruch Verteidigungsminister Weinbergers, man solle US-Truppen mit "klarer Siegesabsicht" hinschicken, wohin man wolle.

Es kann in einem Nuklearkonflikt kein

Happy-End, keinen Sieg und auch keine Sieger geben. Der Ausweg muß am Verhandlungstisch, er darf nicht in den Raketenstartschächten gesucht werden. Beide Filmserien legen diesen Gedanken nahe. Besonders aktuell wirken sie jetzt, wo die UdSSR die USA wieder zum Dialog aufgefordert hat.

Über seine Eindrücke schreibt der Filmkritiker Kenneth Turan: "Jedenfalls ist es besser, zu sehen, wovor die Augen zurückscheuen, als zu durchleben, was man nicht überleben kann. Je mehr Amerikaner über die Zukunft, die uns erwarten kann, nachdenken, desto mehr Chancen hat die Erde, so zu bleiben, wie wir sie heute kennen."

A. ARCHIPOW
Eigenbericht

New York

türe zu Gehör gebracht. Die Sängerin Irina Bogatschowa trug einen Liederzyklus vor. Sie bescherte Duisburg die ausländische Erstaufführung von Romanen Schostakowitschs nach Versen Lermontows. Die Pianistin Tatjana Nikolajewa spielte sämtliche Präludien und Fugen und gab dazu in deutscher Sprache eigene Erläuterungen. Gespielt wurde ferner eine Schostakowitsch gewidmete Geigensonate des Bremer Komponisten Alexander Meyer. Ende Oktober begannen meine Kolloquien und Vorträge über Schostakowitsch, und ich will hoffen, daß sie allen, die die Werke des großen sowjetischen Komponisten studieren, geholfen haben, sich zu orientieren. In einer dreistündigen Pressekonferenz wurden Fragen nicht allein über Schostakowitsch, sondern auch über die Musik anderer sowjetischer Komponisten beantwortet.

Für die sowjetische Musik herrscht regstes Interesse. Schostakowitschs Werk "NEUE ZEIT" 3.85

ke, die Humanismus und Frieden besingen, nehmen die Zuhörer gefangen. Die Rheinländer sind sehr musikalisch, sie bereiten sowjetischen Musikern stets einen begeisterten Empfang. Die Konzerte sind immer ausverkauft. Duisburg ist mit Bildnissen Schostakowitschs und stimmungsvollen Plakaten geschmückt. Jede Festspielveranstaltung wird von der Presse Nordrhein-Westfalens ausführlich besprochen. Die Festspiele erfassen Köln, Bochum, Essen, Düsseldorf, Mülheim, Solingen, Wuppertal und Gelsenkirchen. Wie zur Antwort auf die Darbietungen der sowjetischen Musiker haben in Moskau, Leningrad und Vilnius erfolgreiche Gastspiele des Duisburger Sinfonieorchesters unter der Stabführung von Foster stattgefunden.

Die Ergebnisse des Zusammenwirkens waren ein Ansporn. Schon jetzt laufen in Duisburg Vorbereitungen zu Prokofjew-Festspielen an, die zur 100. Wiederkehr

des Geburtstags dieses Komponisten stattfinden werden.

Wie mir in Hamburg Herr Jürgen Köchel, Leiter des Sikorski-Verlags, der Werke sowjetischer Komponisten herausgibt, gesagt hat, blicken die Hamburger nicht ohne Neid nach Duisburg hinüber und tragen sich ebenfalls mit Festspielplänen, für die sowjetische Komponisten und Interpreten gewonnen werden sollen. Die Hafenstadt Hamburg ist ja eine Partnerstadt Leningrads.

Die Musik Schostakowitschs, des Schöpfers der antifaschistischen 7. und 8. Sinfonie, war immer nicht nur ein Kunstwerk, sondern auch eine engagierte Stellungnahme. Auch jetzt eint sie am Rhein Menschen und manifestiert, daß die friedliche Zusammenarbeit dort möglich ist, wo man sie will und anstrebt.

Dr. Sofia CHENTOWA
Musikhistorikerin

Duisburg--Leningrad

Sie schreiben, das Weftrüsten führe zu einer starken Erhöhung der Staatsschulden der kapitalistischen Länder. Aber die sozialistischen Länder, darunter die Sowjetunion, haben schließlich auch Staatsschulden. Sind sie bei Ihnen etwa nicht mit Militärausgaben verbunden und bringen diese für die sozialistischen Länder nicht ebensolche Schwierigkeiten mit sich wie für die kapitalistischen?

Howard BECKER
Chicago, USA



Es diskutiert

Dr. oec.

Nikolai

WOŁOSCHKIN

Nach Ihrer Frage zu urteilen, Mr. Becker, vertreten Sie die Ansicht, daß die Staatsschulden im Kapitalismus und im Sozialismus gleichzusetzen sind. Das aber ist falsch.

Ich will vorwegnehmen, daß wir nur das Problem der Inlandsschulden behandeln. Sie stellen bekanntlich die Summe der Schulden des Staates bei der Bevölkerung durch Kreditoperationen dar, die von den einen oder anderen Organisationen des Landes getätigt werden. Um das Gespräch gegenständlicher zu machen, möchte ich zunächst den Hauptpunkt formulieren: Die Inlandsschulden der sozialistischen Staaten unterscheiden sich grundsätzlich von den der kapitalistischen Staaten. Und zwar ihrem Inhalt, ihrer Größenordnung und ihrem Einfluß auf die Wirtschaft nach.

Zunächst zu den Zwecken, deretwegen die Staaten zur Heranziehung von Mitteln der Bürger und Betriebe greifen. In den sozialistischen Ländern, wo alles den Interessen des Menschen, der Befriedigung seiner materiellen und geistigen Ansprüche unterworfen ist, werden die Staatsschulden so oder so zur Hebung des materiellen Wohlstands der Bevölkerung und zur Perfektionierung der gesellschaftlichen Produktion genutzt. Der Staat kontrolliert streng, daß die bei der Bevölkerung aufgenommenen Mittel in den Bau von Wirtschaftsobjekten und die Stärkung der sozialistischen Wirtschaft fließen.

Die Situation in den kapitalistischen Ländern ist grundsätzlich anders. Obwohl die vom bürgerlichen Staat aufgebracht

Mittel anscheinend ebenfalls der Umsetzung wichtiger Regierungsprogramme dienen. Fragt sich nur, welcher? Unter den gegenwärtigen Bedingungen bilden, wie Sie wissen, die Militärausgaben die wichtigsten Etatposten der imperialistischen Mächte. Daß die Staatsschulden in Ihrem Land, Mr. Becker, aufs engste mit den Ausgaben für den Krieg verbunden sind, wird durch vieles bewiesen. Nehmen Sie z. B. die Wachstumsdynamik der Militärausgaben und der Staatsschulden der USA. In den 50er Jahren, als die Ausgaben des Pentagon sich auf 40–50 Md. Dollar beliefen, überstiegen die Staatsschulden nicht die für einen so großen Staat im Grunde akzeptable Summe von 300 Md. In den 60er Jahren näherten sie sich 400 Md., nicht zuletzt deshalb, weil die Militärausgaben auf 70–80 Md. Dollar angestiegen waren. Für das Finanzjahr 1985 erhielt das Pentagon knapp 300 Md., fast 30% des gesamten Haushalts. Das zu einer Zeit, da in der UdSSR die Verteidigungsbewilligungen aus dem Haushalt in den 80er Jahren bei 5% liegen. Die US-Administration brauchte die Militärausgaben nur auf diesen quantitativ und qualitativ neuen Stand zu heben, als auch die Staatsschulden kletterten, und zwar in die Billionen! Dieser Zusammenhang kann kein Zufall sein. Wunder, insbesondere in der Wirtschaft, gibt es auf dieser Welt nicht, Mr. Becker. Selbst ein so reiches Land wie die USA ist nicht in der Lage, astronomische Summen für die Hochrüstung auszugeben, ohne seinen Bürgern rücksichtslos in die Taschen zu greifen. Es ist die Hochrüstung, die in den USA zum Ziel der Geldaufnahme und zur Ursache des unmäßigen Anstiegs der Staatsschulden wird. In der UdSSR ist das, wie bereits verdeutlicht, anders.

Wesentlich unterscheiden sich auch die Größenordnungen der Staatsschulden in der UdSSR und den USA.

Hauptformen der Staatsschulden in der UdSSR sind staatliche Anleihen in Form von Obligationen und Geldeinlagen der Bevölkerung in den Sparkassen. Die Summe der staatlichen Anleihen, die bei

der Bevölkerung unseres Landes realisiert wird, liegt bei 600 Mio. Rubel pro Jahr, was nur 0,2% der gesamten Haushaltseinnahmen ausmacht. Die Höhe der Spareinlagen verdeutlicht folgende Ziffer: Anfang 1984 betrug ihre Gesamtsumme 186,8 Md. Rubel. Ich möchte jedoch daran erinnern, daß sich diese Summe in mehreren Jahrzehnten infolge des Bevölkerungszuwachses aber auch durch den wachsenden Wohlstand ergab. Hinzuzufügen ist, daß die Summe der Anleihen stabil ist, die Einlagen der Bevölkerung jedoch um etwa 10 Md. Rubel pro Jahr steigen.

Was die Staatsschulden der USA betrifft, so sind sie im galoppierenden Wachstum begriffen. Von 544,1 Md. Dollar 1975 stiegen sie auf 1824 Md. 1984 und werden, nach Expertenschätzungen, im Finanzjahr 1985/86 2047 Md. erreichen. Also innerhalb von 10 Jahren knapp das 4fache! Betrachtet man die neuen Militärprogramme der Reagan-Administration, wird auch diese Superwachstumsrate nicht lange der Rekord bleiben.

Zum Einfluß der Staatsschulden auf die Wirtschaft unseres Landes will ich kurz sagen, daß weder die Höhe der bestehenden Staatsschulden noch deren erwähntes Wachstumstempo eine Gefahr für die sozialistische Planwirtschaft bedeuten. Der Nutzen dieses Systems der Inlandsschulden ist für den Staat wie die Bevölkerung offensichtlich. Ebenso offensichtlich wie die Aussichtslosigkeit der kapitalistischen Praxis, die Probleme durch die unausgesetzte Erhöhung der Staatsschulden zu lösen.

Wenn die Staatsschulden der USA gestern eine Billion Dollar ausmachten, heute auf 2 gestiegen sind und morgen 3 bis 4 übersteigen, dann entsteht doch die Frage, Mr. Becker, wann und wie endet das? Ich wage keine konkrete Antwort auf diese Frage. Wenn ein einzelner Unternehmer oder eine einzelne Bank ihre Finanzprobleme auf diese Weise lösen würden, wäre der Ausgang in beiden Fällen der Bankrott. Für den Staat ist die Situation natürlich etwas anders. Doch ein Happy-End ist ebenfalls ausgeschlossen. Und hier habe ich nun eine Frage an Sie, Mr. Becker: Könnte es nicht geschehen, daß Ihr Staat eines schönen Tages beschließt, sich der Schuldverpflichtungen gegenüber seinen Kreditgebern, also seinen Bürgern, zu entledigen? Natürlich bedeutete eine solche Schuldabschreibung den Bankrott für Millionen Bürger der USA. Damit aber berühren wir wohl schon ein anderes Problem...

REDE FIDEL CASTROS AUF DEM VI. KONGRESS DES BUNDES DER OBERSCHÜLER (FEEM)

Havanna, 8. Dezember 1984

Genossen Gäste!

Liebe Genossen von der FEEM und von der bekannten und angesehenen Salvador-Allende-Schule!

Wir konnten zwar nicht allen Sitzungen des FEEM-Kongresses beiwohnen, erhielten aber alle Unterlagen: den Rechenschaftsbericht, die tägliche Information über die Diskussionen zu verschiedenen Themen, die Ansprache des Bildungsministers, Genossen Jose Ramon Fernandez.

Der Elan der Kongreßteilnehmer ist für alle offensichtlich, wird jedoch viel besser empfunden, wenn man herkommt und den patriotischen, revolutionären Kampfgeist unserer Lernenden unmittelbar erlebt. Das wundert uns nicht, aber ich muß es offen sagen: Wie hoch die Meinung unserer Partei und unseres kommunistischen Jugendverbands von den Lernenden und den FEEM-Mitgliedern auch sein mag, Sie übertreffen stets unser Vertrauen in Ihre Kräfte und unsere Erwartungen.

Darin zeigt sich vor allem Ihr leidenschaftlicher Wunsch, die Bereitschaft zur Verteidigung von Revolution und Heimatland zu demonstrieren. Ich weiß, auf dem Kongreß wurde alles, was mit der Vorbereitung zur Verteidigung der Heimat und zum Eintritt in die Territorialen Milizen zusammenhängt, ernst erörtert. Ich hörte mir Ihre Aufrufe sehr aufmerksam an und dachte dabei: Wir haben 400 000 Oberschüler, und so gesinnt, bilden sie eine enorme Kraft, die der Feind, wenn er nicht von allen guten Geistern verlassen ist, in Betracht ziehen muß. Es geht um den Ausdruck der revolutionären Gesinnung unserer Jugend, die sich die Traditionen unseres Volkes, den Geist der Arbeiter, Bauern, Frauen, unseres ganzen Volkes zu eigen gemacht hat.

Selbstverständlich wollen wir es nicht auf eine Kraftprobe ankommen lassen, um zu beweisen, daß der Feind doch von allen guten Geistern verlassen ist. Die Politik der Revolution wird nicht verantwortungslos sein, das war sie nie. Sie wird nicht abenteuerlich sein, wir sind keine Kriegstreiber, und alles, was in unseren Kräften, in den Kräften unseres Staates und unserer Partei steht, wird getan werden, nur damit die Jugend ihr Blut nicht vergießen muß. Anders gesagt, wir werden alles uns Mögliche tun, um die internationalen Spannungen zu mildern und ein friedliches Klima herbeizuführen, alles tun, um die Spannungen in unserer Region, auf Kuba, in Mittelamerika zu mildern, alles, um zur Entspannung auch in anderen Regionen beizutragen. Das gehört zu unserer prinzipiellen Politik, zu unserer Erkenntnis, daß für den Frieden gekämpft werden muß. Wir hoffen, daß wir dadurch die besten Bestrebungen der Menschheit und unseres Volkes zum Ausdruck bringen.

Doch bewahrt man den Frieden nicht durch Schwäche, sondern durch die Festigkeit, den Mut und die Entschlossenheit der Völker. Ich glaube, gerade das charakterisierte unsere Revolution in diesen 25 Jahren. Ohne diesen festen Kurs, ohne die Entschlossenheit, zu kämpfen, Widerstand zu leisten und jeden Preis für unsere Revolution und Unabhängigkeit zu zahlen, hätte sich unsere Revolution meines Erachtens unter

den komplizierten Bedingungen ihrer Entstehung und Entwicklung — nur einige Meilen vom stärksten imperialistischen Land entfernt — nicht durchsetzen können. Ich glaube, daß dieser Geist unseres Volkes zuerst bei der Aufrechterhaltung und dann auch bei der Fortführung und Entwicklung der Revolution entscheidend war.

Einmal werden unsere Gegner doch verstehen müssen: Wir sind nicht daran interessiert, daß in einem imperialistischen Abenteuer das Blut des amerikanischen und des kubanischen Volkes in unserer Heimat fließt. Deshalb verfolgen wir aufmerksam alle Signale, auch alle Schritte der US-Führung, um zu wissen, wozu sie neigen: zur Achtung unseres Landes oder zu einer Aggression gegen unser Land. In den letzten Monaten gab es gewisse Kontakte zu einer Frage, die man als Normalisierung der Bewegungsfreiheit zwischen unseren beiden Ländern bezeichnet. Erörtert wird nur diese beide Seiten interessierende Frage. Sie haben bestimmte Interessen, und auch wir haben unsere Interessen. Damit Resultate zustande kommen, müssen wir ihnen und müssen sie uns in einigen Dingen Konzessionen machen. Wenn also diese Kontakte irgendwelche Resultate zeitigen, wird das zweifelsfrei die reale Tatsache beweisen, daß sich Probleme durch einen Dialog lösen lassen. Mit Gewalt ist uns nicht beizukommen.

Mir scheint, daß viele Völker und Staatsmänner abwarten, nach welcher Seite die Politik der USA unter der jetzigen Administration in deren zweiter Amtszeit tendieren wird. Überall auf der Erde, auf allen Kontinenten erhebt sich diese Frage, wird hin und her gerätselt. Wir glauben nicht, daß das Volk der USA einen Krieg will, für alle ist klar, daß die überwältigende Mehrheit dieses Volkes die Idee eines Krieges, jedes Krieges, vor allem aber eines Weltkrieges, ablehnt.

Heute ist schon bekannt, was geschehen würde, falls ein Nuklearkrieg ausbräche. Das haben Wissenschaftler, Tausende Wissenschaftler verschiedener Fächer analysiert, mit Hilfe von EDV-Anlagen und mathematischen Modellen ermittelt, um letztlich zu dem einmütigen Schluß zu kommen: Es steht fest, daß ein Nuklearkrieg das menschliche Leben und vielleicht das Leben schlechthin auslöschen wird; freilich behaupten einige, die Schaben würden auch einen Nuklearkrieg überleben. Alle Folgen sind genau bekannt, mathematisch errechnet: nicht nur radioaktive Verseuchung, sondern auch Umweltveränderungen, Staubwolken in der Atmosphäre, Verminderung der Sonnenstrahlung, unglaublicher Temperaturabfall, ganz zu schweigen von der Verseuchung von Erde und Wasser. All das würde ein Überleben praktisch unmöglich machen. Die Menschen, die die Möglichkeit haben, einen solchen Krieg zu entfesseln oder zu verhüten, tragen eine kolossale Verantwortung.

Wir wissen, daß der Sozialismus keinen Krieg will. Er ist nicht daran interessiert. Er bereichert sich nicht an Krieg und Rüstungen. Kriege und das Wetrüsten waren stets eine Sache

der Kapitalisten, ein Geschäft des Imperialismus, nicht des Sozialismus, der ja keine wirtschaftlichen Gründe hat, enorme Mittel in Vernichtungswaffen zu investieren, geht es ihm doch darum, so viele Bedürfnisse zu befriedigen und so viele Hoffnungen auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zum Wohl des Menschen wahrzumachen. Ferner sind Kriege, Wetrüsten und Waffenhandel ein unabdingbarer Wesenszug der kapitalistischen Gesellschaft, sie sind mit der Natur und den Konzeptionen, mit der Philosophie und den Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft absolut unvereinbar. Die Ausrüstung ist für die sozialistischen Länder eine bittere, eine kostspielige Notwendigkeit, der sie sich ohne alle Schwankungen beugen, weil sie keine Alternative haben. Deswegen kommen wir zu dem Schluß, daß die größte Gefahr der Entfesselung eines Krieges in der Welt, eines Nuklearkrieges, hauptsächlich von den USA ausgeht. Dort träumen gewisse Leute sogar von der Herrschaft im militärischen Bereich, von Weltraumwaffen, die angeblich einen undurchdringlichen Schild darstellen können. All das sind Phantastereien, die nur zur weiteren Hochrüstung und zur Erhöhung der Kriegsgefahr führen können.

Aber wie wir wissen, will das Volk der USA keinen Krieg. Es kann in einigen Fragen betrogen, ihm können durch geschickten Einsatz von Massenmedien bestimmte Vorurteile, falsche Ideen und verkehrte Vorstellungen suggeriert werden; in der Tat wurde manchmal ein großer Teil der Öffentlichkeit so weit manipuliert, daß er durch und durch verbrecherische, gesetzwidrige und durch nichts zu rechtfertigende Übelnaten unterstützte, wie das z. B. bei der Invasion auf Grenada vor etwas mehr als einem Jahr der Fall war.

Die Studenten, denen angeblich die Gefahr drohte, zu Geiseln gemacht zu werden, küßten den Boden, als sie nach der Invasion auf Grenada wieder in den USA waren. All das wurde im Fernsehen gezeigt und war eine melodramatische, konstruierte Show, jedoch gut genug durchdacht, um den Eindruck zu schinden, dank der Invasion wären diese Studenten dem Los der Angestellten der US-Botschaft in Iran, die monatelang Geiseln waren, entgangen. In den Köpfen vieler Amerikaner assoziieren sich diese verschiedenen Dinge, sie glaubten auch wirklich an eine Operation zur Rettung der Studenten. In Wahrheit waren sie überhaupt nicht bedroht — wer wüßte das besser als wir? Niemand auf Grenada, nicht einmal jene Extremistengruppe, die durch ihre Grausamkeiten die Aggression bis zu einem gewissen Grade herausforderte, dachte auch nur im entferntesten daran, den US-Studenten irgendwelchen Schaden zuzufügen, vielmehr wurden ihnen allerlei Garantien gegeben.

Die Zusammenarbeit Kubas mit Grenada wurde mit unheilvollen Plänen einer Wühlätigkeit auf dem Kontinent in Zusammenhang gebracht. Der für Touristen gedachte Flughafen, der mit Hilfe verschiedener Länder, darunter Großbritannien, anderer westeuropäischer Länder und Kanadas, gebaut wurde, war mit einemmal ein äußerst gefährlicher Militärlugplatz; der Flughafen war beinahe schon fertiggestellt, und es gab dort keinen einzigen Ziegelstein, der für militärische Zwecke bestimmt worden wäre. Das war die zweite große Lüge.

Jetzt ist der Bau des Flughafens beendet worden, und die Anhänger Bishops, jene, die Bishop und seinen Ideen treu bleiben, haben vor kurzem ein Telegramm nach Kuba mit der Mitteilung über den Abschluß des Flughafenbaus geschickt und ihren Wunsch ausgesprochen, daß er nach Maurice Bishop benannt wird; zugleich dankten sie dem Volk Kubas für diesen Flughafen. Ich glaube, daß er in der Tat nach Maurice Bishop benannt werden wird und daß unser Volk ihn stets unter diesem Namen kennen wird, daß die Revolutionäre von Grenada ihn ebenso nach Maurice Bishop nennen werden wie alle Revolutionäre, alle Fortschrittlichen und Aufrechten, selbst wenn der Flughafen einen anderen Namen bekommt. Dann wird er zwei Namen tragen: den amtlichen und den ihm vom Volk zuerkannten.

Die Ereignisse auf Grenada standen auch mit anderen, früheren im Zusammenhang: mit dem Vietnamkrieg, mit der Demütigung der USA in diesem Krieg, usw. Den Überfall auf eines der kleinsten Länder der Welt, mit einer Fläche von 400 Quadratkilometern und mit nur 120 000 Einwohnern, stellten sie als eine Großtat, einen bedeutenden Sieg, eine wuchtige Demonstration von Macht, Größe und Ruhm der USA hin. All das war manipuliert, alle Massenmedien wurden eingesetzt, um die Öffentlichkeit der USA zu beeinflussen, und zum Teil erreichten sie dieses Ziel, betrogen und verwirrten sie viele Menschen. Das ist eine Tatsache. Es gibt Geschehnisse, und nur Zeit und Geschichte geben die Möglichkeit, sich objektiv darüber klarzuwerden.

Trotz solcher Manipulationen konnten im Volk der USA keine kriegerischen Stimmungen geweckt werden, und auch das ist Tatsache. Das amerikanische Volk will keinen Krieg, selbst jene Dutzende Millionen nicht, die bei den jüngsten Wahlen für den heutigen Präsidenten stimmten — vielleicht unter dem Einfluß der Wirtschaftskonjunktur, eines bestimmten wirtschaftlichen Aufschwungs nach einer tiefen Krise, an der nicht so sehr die vorige Regierung wie vielmehr das gesamte System schuld ist. Die Krise entstand vor vielen Jahren als Folge der enormen Ausgaben für den Vietnamkrieg, die eine Geldemission nach sich zogen, und als Folge von Widersprüchen und Problemen, die dem System selbst eigen sind. Hinzu kamen eine merkliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit und eine schnell wachsende Inflation. All das beeinflusste die Öffentlichkeit stark, in den letzten zwei Jahren aber kam es kraft konjunkturbedingter Umstände zu einem Wirtschaftswachstum und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Wir sprechen von "konjunkturbedingten Umständen", da eine neue Krise nach Ansicht vieler Experten möglich ist, und dies verhältnismäßig bald, falls die überhöhten Zinsen, ein Budgetdefizit von etwa 200 Md. Dollar und ein Handelsbilanzdefizit von 100 Md. Dollar erhalten bleiben. Eine neue Krise in der US-Wirtschaft kann noch tiefer werden als die vorherige.

In Cienfuegos konnte ich in meiner Ansprache vom 26. Juli erläutern, wie durch das Wirtschaftswachstum in den USA in den beiden letzten Jahren auch die Wirtschaft der übrigen kapitalistischen Länder, vor allem in der dritten Welt, wuchs. Dieses konjunkturbedingte Wachstum erfolgte dank Mechanismen, die es den USA ermöglichten, über das Geld anderer, in ihrem wirtschaftlichen Bannkreis stehender Länder zu verfügen; sie pumpten es aus Europa und aus Japan heraus, von überall, in erster Linie aus den Ländern der dritten Welt, und zwar mittels hoher Zinssätze, wodurch sie die eigenen Probleme zum Teil lösen, aber kein festes Fundament für die Zukunft legen konnten. Ein Großteil dieser Ressourcen wurde in die Rüstungsproduktion gesteckt, und mittlerweile beträgt der Militäretat der USA über 300 Md. Dollar.

Die Rüstungsausgaben fördern die wirtschaftliche Entwicklung nicht. Zum Beispiel bestand einer der Vorzüge der japanischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg gerade darin, daß Japan gemäß Nachkriegsverträgen nicht in der Rüstungsproduktion investieren durfte; so wurden fast alle Mittel der Industrie, der neuen Technologie, neuen, weit produktiveren Zweigen zugeführt, während die US-Industrie in vielen Zweigen zurückblieb, so in der Stahlindustrie, deren Erzeugnisse es mit denen Japans und selbst der europäischen Länder nicht aufnehmen können. Deshalb führen die USA restriktive Maßnahmen und Quoten ein, all das im Rahmen ihres Systems des freien Unternehmertums und des Freihandels, damit die USA-Stahlgießereien bestehen können. Die gewaltigen Investitionen in die Rüstungsindustrie schaffen keine feste Wirtschaftsbasis, im Gegenteil, sie sind eine Art Immobilienverpfändung.

Tatsache ist, daß in den USA in den letzten Jahren unter der heutigen Administration ein Wirtschaftswachstum zustande kam, während sich die Inflation und die Arbeitslosigkeit verminderten; unseres Erachtens sind das sehr bemerkenswerte, entscheidende, relevante Fakten. Da wir uns das Verhalten der US-Wähler vorstellen, hatten wir nicht die geringsten

Zweifel an den Wahlergebnissen; alles war sonnenklar. Doch bestehe ich darauf, daß das Volk der USA keinen Krieg will. Es kann sich gewissermaßen geschmeichelt fühlen, wenn man ihm wiederholt, sein Land sei stark, bleibe nach wie vor eine Großmacht und werde von Tag zu Tag machtvoller; nationalistische Saiten können zum Klingen gebracht, gewisse chauvinistische Stimmungen geschürt werden. Das Volk der USA kennt seit 120 Jahren keinen Krieg auf seinem Territorium, es erlebte Mitte des vorigen Jahrhunderts den kostspieligen und blutigen Bürgerkrieg, kannte jedoch die Zerstörungen weder des ersten noch des zweiten Weltkrieges. Dagegen mußte das Sowjetvolk sie in vollem Umfang erleben, und dieses Volk weiß, was Krieg ist, weil es ihn 1914–1917 kennenlernen mußte, dann und besonders nach der Revolution, zur Zeit der ausländischen Intervention, als ein großer Teil des Landes okkupiert und vieles zerstört war. Nach Jahren erlebte das Sowjetvolk den Überfall der Faschisten, der es 20 Millionen Menschenleben und Tausende zerstörte Städte kostete. Das Sowjetvolk weiß, was das ist, es stellt sich viel besser vor, was Krieg ist. Und doch will das amerikanische Volk ebenfalls keinen Krieg, hat es doch Verstand, Lebenskenntnis und Wissen genug, um sich darüber im klaren zu sein, was Krieg bedeutet. Das amerikanische Volk will keinen Weltkrieg — niemand will ihn —, es will auch keine lokalen Kriege. Wir können sagen, daß das Volk der USA keine Intervention in Nikaragua will, und das findet seinen Niederschlag im Kongreß und in dessen Weigerung, den Söldnerbanden Geld zur Verfügung zu stellen. Die US-Öffentlichkeit ist gegen das Kriegsabenteuer in Mittelamerika, und keine Anstrengungen der Administration haben sie im Grunde umstimmen können.

Die US-Öffentlichkeit will keinen Krieg auf Kuba, sie konnte nicht von der Zweckmäßigkeit einer Aggression gegen Kuba überzeugt werden. Drüben kann es wie überall Extremistengruppen und Reaktionäre, wahre Kraftprotze geben, aber der größere Teil der US-Öffentlichkeit, der versteht, daß ein lokaler Krieg weniger gefährlich ist als ein nuklearer Weltkrieg, will dennoch auch keine lokalen Kriege, er konnte nicht von deren Zweckmäßigkeit überzeugt werden, er versteht, daß das Mittelamerika-Abenteuer der "Lustfahrt nach Grenada" nicht ähnlich wäre. Viele kluge Menschen wissen, daß ein solches Abenteuer die Amerikaner viele Menschenleben kosten würde, ganz zu schweigen vom Prestigeschwund, der ihrem Land bei einem derart unvermeidbaren Schritt drohen würde, und von der Verantwortung für eine offenkundige Völkermordpolitik, die die Weltöffentlichkeit nicht akzeptieren würde. Sie verstehen, daß ein solches Vorgehen dem Land enormen politischen Schaden zufügen und viele Menschenleben kosten würde. Und natürlich wissen sie, daß bei einer Aggression gegen unser Land das Ganze noch viel schlechter ausgehen und unvorhersehbare Folgen haben würde.

Es ist sehr wichtig, was das Volk der USA denkt. Hin und wieder kann die Führung des Landes vergessen, wie die übrige Welt ihr Vorgehen beurteilt, aber sich nicht über die Meinung des eigenen Volkes hinwegsetzen.

Beim Beginn der Intervention in Vietnam und auch im Laufe dieses opferreichen Krieges beschäftigte sich die Weltöffentlichkeit zuerst wenig damit. Aber mit den Jahren bewegte der Krieg sie immer mehr, wurde von ihr immer schärfer verurteilt. Je größer die Verluste wurden und je mehr die Massenmedien über diesen barbarischen Krieg berichteten (in den USA meinen einige, schuld an der Niederlage in Vietnam sei das Fernsehen, weil das Volk nicht die Wahrheit erfahren dürfe), desto entschlossener bezog die US-Öffentlichkeit — als Ausdruck für die Ansichten der Mehrheit — eine feste Antikriegsposition und entwickelte sich zu einem entscheidenden Faktor der Beendigung des Krieges.

Wir müssen über diese Faktoren nachdenken. Meiner Meinung nach muß das auch die US-Führung tun. Die Staatsmänner dieses Landes wissen, daß ein Haushaltsdefizit von 200 Md. Dollar unvermeidbar ist und daß sie gezwungen

sein werden, entweder die Steuern zu erhöhen, was eine unpopuläre und wenig gerechtfertigte Maßnahme wäre, oder den immensen Militärausgaben eine Grenze zu ziehen. Dort spricht man bereits von der Notwendigkeit, Maßnahmen zum Abbau dieses Defizits zu treffen, aber gemeint sind vor allem solche, die den Abbau der Sozialausgaben anvisieren. Auch solche Maßnahmen werden unpopulär sein. Für die Wirtschaft der USA selbst ist die Zuspitzung der internationalen Spannungen unvorteilhaft; sie könnte eine Entspannung ganz gut vertragen.

Die heutige Entwicklung bietet keine Lösung für diese Probleme, und die Welt ist besorgt. Die Menschen fragen sich: Hat vielleicht die Stunde der Apokalypse geschlagen? Ist die gegenwärtige US-Administration vielleicht von dem fatalistischen Gedanken beherrscht, das Ende der Welt sei gekommen? Oder ist es nun für sie an der Zeit, ernsthaft über die Realitäten der Welt von heute nachzudenken? Nach Meinung einiger geht es der US-Administration womöglich darum, wie sie in die Geschichte eingehen wird: als eine Regierung, die für den Frieden gekämpft, oder aber als eine, die die Welt zum Krieg geführt hat?

Selbstverständlich sind diese Alternativen nicht eindeutig. Wird der Weg des Friedens gewählt, so wird die Geschichte das in ihre Annalen aufnehmen; wird dagegen der Weg des Krieges gewählt, so wird es wahrscheinlich keine Geschichte mehr geben, sie wird abbrechen.

Deshalb verfolgt die Weltöffentlichkeit aufmerksam das Geschehen, die Anzeichen der weiteren Entwicklung. Einige davon sind positiv. Wir könnten z. B. auf das Interesse der US-Administration verweisen, nach den Wahlen in den USA die Verhandlungen über Probleme der Bewegungsfreiheit fortzuführen. Zwar sind sie strikt auf diese Probleme beschränkt, aber das ist unseres Erachtens doch ein positives Zeichen. Das Treffen des US-Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko im Januar ist ein unbedingt positives Anzeichen.

Doch dürfen wir uns keine Illusionen hingeben. Es gilt, zu beobachten und zu analysieren.

Meiner Meinung nach versteht unser Land heute die Weltpolitik so gut wie noch nie. Ich weiß noch, wie vor einigen Jahren, als die internationalen Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA über die Rüstungskontrolle usw. erzielt wurden und die Entspannung einleiteten, unsere Partei eine Reihe von redaktionellen Artikeln in der "Granma" vorbereitete, um dem Volk klarzumachen, was Entspannung war, denn es ist natürlich, daß unser revolutionäres Volk, Gegenstand von Ausfällen und Feindseligkeiten des Imperialismus und empört über all das, sich keineswegs die besten psychologischen Voraussetzungen mitbrachte, das Wesen der Entspannung zu verstehen. Mehrere Jahre sind vergangen, und heute geben das Bildungsniveau, vor allem die konkreten Kenntnisse über die internationalen ökonomischen und politischen Probleme, das viel höhere und klarere Bewußtsein ihm die Möglichkeit, diese Probleme besser zu verstehen sowie aufmerksam zu verfolgen, was geschieht bzw. was geschehen kann.

Die nächsten Monate werden entscheidend, das Jahr 1985 wird sehr wichtig sein. Man muß beobachten, wie all die genannten Faktoren im Wechselspiel miteinander stehen und zu welchen Ergebnissen sie führen werden, und wenn die Welt die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft bekommt, wird das sehr bedeutsam sein. Wenn unsere Region die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft erhält, ist das sehr wichtig. Man muß beobachten, wie sich die Weltlage in den nächsten Jahren entwickelt. Die Völker, die wegen ihrer schwachen Entwicklung und der Hungersnot — Sie haben vom schrecklichen Hunger in Afrika sicherlich gehört — verzweifelt sind und sich Umweltproblemen gegenübersehen, die zu den Problemen der Unterentwicklung und technischen Rückständigkeit hinzukommen und die ganze Welt erschüttern, wissen: Upter den Verhältnissen der internationalen Spannungen und des

Wettrüstens gibt es keine Chance, Lateinamerika die Zahlung seiner 350 Md. Dollar Schulden zu ermöglichen, auch nicht die Zahlung noch höherer Schulden, die sich auch auf andere Entwicklungsländer verteilen und sich auf insgesamt 800 Md. Dollar belaufen. Bisher nahmen diese Schulden und die Rüstungsausgaben parallel zu, heute sind die Rüstungsausgaben schon höher als die Schulden und erreichen nach den jüngsten Angaben eine Billion Dollar. Diese Länder befinden sich in einer verzweifelten Lage, und dies unabhängig von ihrer Ideologie, wie die Bewegung der Nichtpaktgebundenen vor Augen führt: Ob links, zentristisch oder rechtsorientiert, haben die Regierungen viele gemeinsame Probleme, die alle gleich bewegen: Wir meinen z. B. den ungleichwertigen Warenaustausch, die Schulden, die Unterentwicklung. Diese Regierungen wissen, daß ohne Entspannung, ohne Einstellung des Wettrüstens auch nicht die geringste Hoffnung auf die Anlegung von Fonds für die Lösung ihrer Probleme besteht — falls solche Fonds überhaupt angelegt werden.

Es gibt außerordentlich schwierige Situationen für ganze Kontinente, z. B. für Afrika, wo die Wüste aus dem Norden in den Süden vorstößt, während die Bevölkerung überall, auch in den Wüsten, zunimmt. Es bedurfte einer Tragödie, damit die Weltöffentlichkeit auf dieses Problem endlich aufmerksam wurde. Aber wie viele Mittel sind nötig, um der Wüste Einhalt zu gebieten, sie zum Rückzug zu zwingen, ganz zu schweigen von der Entwicklung der Landwirtschaft und von Maßnahmen zur Wassererhaltung: kurz, für all das, was der afrikanische Kontinent zur Lösung seiner Ernährungsprobleme benötigt. Deshalb gilt überall auf der Erde die angespannteste Aufmerksamkeit dem, was sich in den nächsten Monaten zuträgt. Auch für uns ist das wichtig, sogar sehr wichtig, weil wir zu allem bereit sind: sowohl zum Krieg als auch zum Frieden.

Ich glaube, die Bemühungen unseres Landes, seine Festigkeit, Ruhe, Tapferkeit, seine Organisationsfähigkeiten, sein revolutionärer und patriotischer Enthusiasmus mehr den Chancen einer friedlichen Zukunft für uns, welchen Kurs die USA auch nehmen mögen. Denn jeder Tag, jede Woche, jeder Monat der letzten vier Jahre stärkten uns; die gegen unser Land ausgestoßenen Drohungen machten uns noch stärker, potenzierten unsere Stärke: Es wuchs nicht nur die Zahl organisierter, bewaffneter, ausgebildeter Männer und Frauen, sondern es kamen auch neue Ideen auf, die geltenden Konzeptionen wurden vertieft, progressive Kriterien für die Landesverteidigung erarbeitet, Kriterien, die die besten weltweiten Erfahrungen der letzten Jahrzehnte auswerten und uns im Grunde die Verstärkung unseres Verteidigungspotentials ermöglicht haben. Hierbei stützten wir uns auf die Teilnahme des ganzen Volkes, was uns viel stärker, noch viel unbesiegbarer als je gemacht hat. Aber wir dürfen uns nicht damit begnügen.

Es ist verständlich, daß wir nicht den Krieg, sondern den Frieden vorziehen. Das ist elementare Pflicht jedes Revolutionärs, jedes Marxisten-Leninisten und vor allem jeder Regierungspartei, jeder verantwortungsbewußten Regierung. Es ist sehr wichtig, daß jeder Bürger — jede Mutter, jeder Vater, Bruder und Sohn —, daß alle die betreffende Position der Revolutionären Regierung kennen, die es sich nicht erlaubt, sich von Emotionen oder Hochmut leiten zu lassen, sondern Besonnenheit, Gelassenheit und Ausdauer an den Tag legt, und sie muß es tun, denn unsere Partei, unsere Regierung tragen die Verantwortung für das Leben und Schicksal der ganzen Nation. Das erlegt uns die Pflicht auf, umsichtig zu sein, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, stark zu sein und zugleich Ruhe zu wahren.

Selbst wenn die Entspannung kommt — was wir vom ganzen Herzen wünschen —, können die Fragen der Verteidigung der Heimat nicht in den Hintergrund geschoben werden, denn hier ist jede Fahrlässigkeit unduldbar. Das ist sehr wichtig, und was wir erreicht haben, dürfen wir nicht in den Hintergrund rücken. Es handelt sich um eine Realität, die sich aus unserer geographischen Lage ergibt. Der Unterschied in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen, der zwischen uns und unserem mächtigen Nachbarn besteht, läßt uns den Verteidi-

gungsfragen stets die höchste Aufmerksamkeit widmen. Selbst wenn in den USA einmal ein sozialistisches System triumphierte, könnten wir die Verteidigung auch dann nicht vergessen — letzten Endes hat Vietnam eine mit China gemeinsame Grenze, und beide Länder sind sozialistisch, doch darf Vietnam die Verteidigung seines Landes nicht vergessen.

Schweden ist ein neutrales Land, gehört zu keinem Militärblock, liegt im Norden Europas; trotzdem vergißt es, obwohl es am ersten und am zweiten Weltkrieg nicht teilnahm (was zu seiner sozialökonomischen Entwicklung beigetragen hat), weder die Verteidigung noch die Rüstung, noch die militärische Ausbildung der Bevölkerung, noch die Verteidigungsanlagen.

Deshalb müssen wir die Bedeutung der bisher unternommenen Anstrengungen zu messen verstehen und die Notwendigkeit einsehen, stets auf der Hut, stets stark zu sein, selbst wenn sich die Lage im Weltmaßstab oder in einer Region entspannt. Es kann also sein, daß die internationale Entspannung zustande kommt, während regional noch Spannungen bestehen (es gibt auch solche Varianten), obwohl die internationale Entspannung in dem einen oder anderen Maß zweifellos für alle günstig ist, denn sie bewirkt eine Aktionslogik, die der aggressiven, militanten Politik entgegentritt.

Ich glaubte, all das hier wieder erläutern zu müssen, vor allem im Hinblick auf den revolutionären Enthusiasmus der Lernenden und Studierenden in Fragen der Verteidigung unseres Landes. Und ich habe die Gelegenheit ergriffen, um diese Ideen, die mir sehr wichtig erscheinen, für unser ganzes Land, für das ganze Volk darzulegen.

Ich wollte hier keine lange Rede halten, und zusammen mit den Genossen haben wir vereinbart, diese Versammlung zu einem festen Zeitpunkt zu beginnen, da ihr, soviel ich weiß, ein interessantes Baseballspiel folgen soll. Ich mag es offen gesagt nicht, den Menschen mit ihren Interessen dazwischenzufahren: Wenn schon Baseball, dann Baseball, wenn schon Boxen, dann Boxen, wenn schon "La Esclava", dann "La Esclava". ("Die Sklavin" ist ein mehrteiliger brasilianischer Fernsehfilm, der Ende 1984 auf Kuba ausgestrahlt wurde. — Die Red.)

Deshalb will ich mich möglichst kurz fassen, um den Fans nicht viel zuviel Zeit zu nehmen. Die Fans wenigstens sollen versichert sein, daß ich mich kurz fassen werde.

Im Rechenschaftsbericht auf Ihrem Kongreß wurden sehr wichtige Fragen behandelt. Es ist gut, daß Sie alle Probleme angeschnitten haben, von den wichtigsten bis zu weniger wichtigen, denn sie alle sind von Bedeutung: Sport, Kultur, die Tätigkeit der Brigaden des Unterrichts in der Produktion, die Organisation des Prozesses "Unterricht und Arbeit" sowie Probleme, die sich noch ergeben können, einschließlich kleiner konkreter Fragen. Die Rede war hier auch davon, daß noch nicht alles glatt läuft, daß zwar der Anteil von Studenten und Lernenden, die an den Feldarbeiten teilnehmen, sehr hoch ist, daß aber sich einzelne junge Leute fiktive medizinische Atteste und sonstige Bescheinigungen beschaffen, um diesen Einsätzen zu entgehen.

Nehmen wir z. B. diese eine Teilfrage, dieses eine Beispiel, bei dem es sich um einen Aufruf an unsere Ärzte handelt (übrigens genießen sie eine gewaltige Autorität in unserer Bevölkerung, haben sich um unser Land und um andere Länder verdient gemacht, unsere Medizin auf eine beispiellose Höhe gehoben; unsere Ärzte sind eine große Kraft, und ihre Zahl wird immer größer, da zu ihnen neue begabte, in der Medizin aufgehende Vertreter unserer Jugend, Mitglieder der Carlos-Finlay-Abteilung, stoßen). Wir müssen die Ärzte also aufrufen, uns in dieser Sache zu helfen, den Parteiorganisationen zu helfen, damit alle Ärzte in dieser Frage strenger, konsequenter und unbeugsamer sind. Ich bin überzeugt, daß alle hier erwähnten Verstöße für die gewaltige Mehrheit unserer Ärzte nicht typisch sind. Ich bin überzeugt, wir können in dieser Frage mit unseren Ärzten rechnen, denn jedem Menschen, jedem Jungen oder Mädchen wird großer Schaden zugefügt, wenn sie so eine Bescheinigung aus Freundschaft, Kulanz oder einfach aus Mitleid bekommen. Das gewöhnt den jungen

Menschen an Betrug und Lüge, einen jungen Menschen, der sich darauf vorbereiten muß, ein guter Fachmann, ein Meister seines Faches, ein engagierter Bürger seines Landes zu sein, auf diese Weise aber an Fälschungen, Betrug und "Umgehungsmanöver" gewöhnt wird, was sein Bewußtsein deformiert. Niemand von den Schulkindern wird ja gewaltsam dazu angehalten, bei den Feldarbeiten mit anzupacken. Das ist eine moralische Verpflichtung. Wozu also die Betrügereien?

Es ist schon besorgniserregend, wenn sich unter 100 Schulkindern auch nur 5 finden, die diesen Weg gehen, oder auch nur 2; selbst wenn nur einer von 100 Schulkindern diesen Weg einschlägt, muß uns das stutzig machen.

Ich habe jetzt eine der zahlreichen Fragen gestreift, die Sie hier diskutiert haben. Es gibt auch andere Themen, so das Problem der Lehrbücher, der Mangel an Lehrmitteln, Verstöße gegen die Disziplin und andere Fragen, die, sagen wir, die Studierenden der medizinischen Fachschulen bewegen. Weitere Fragen betreffen die Arbeit in unseren Krankenhäusern, z. B. den sich überschneidenden Dienst oder die Ernennung eines Studierenden zum Nachtdienst als Arzt — ich spreche absichtlich von all diesen auf den ersten Blick kleinen Dingen. Oder nehmen wir die Frage der Notwendigkeit, das Personal für die medizinischen Einrichtungen sorgfältig auszuwählen, was auch unser Anliegen ist. Als wir vor kurzem all diese Probleme analysierten, bemerkten wir, daß sehr junge Menschen, die nur 9 Klassen beendet haben, etwa 15 Jahre alt und bisweilen noch jünger sind, in solche medizinischen Fachschulen kommen, und es schien uns, daß das verfrüht ist. Deshalb gingen wir daran, Oberschulabgänger für die medizinischen Fachschulen anzuwerben, und künftig planen wir, nur solche Absolventen dort aufzunehmen.

Wenn wir aber von Anfang an diese Bedingung gestellt hätten, wäre die Zahl der Neuaufnahmen an medizinischen Fachschulen viel geringer gewesen. Das Problem ist allmählich zu lösen, erst seit einem bestimmten Zeitpunkt kann man die Absolventen der 10. Klasse und sogar Menschen mit höherer Bildung aufnehmen, um in der Zukunft einen engeren Kontakt zur Hochschule herzustellen. Auf jeden Fall ist es ein wirkliches Problem, das zu lösen und auf jeden Fall zu beachten ist.

Sie haben hier Probleme gestellt, denen sich die Studierenden der Kunstschulen gegenübersehen, von Schwierigkeiten mit dem Instrumentarium und Materialien für den Unterricht, von den Alltagsorgen der Studierenden gesprochen. Sehen Sie, gegenwärtig sind wir außerstande, Ihnen all das im vollen Umfang zur Verfügung zu stellen, wie gern wir das auch täten. Denn sonst würden wir in Gegensatz zu jenen großen Anstrengungen geraten, die jetzt im Lichte dessen unternommen werden, was am Dienstag auf dem Nationalen Energieforum gesagt wurde: zu jenen Anstrengungen, die wir jetzt in erster Linie zur Entwicklung der Wirtschaft unternehmen müssen. In absehbarer Zukunft könnten wir die Frage der materiellen Basis der Kunstschulen — ihrer Entwicklung messen wir große Bedeutung bei — wiederaufnehmen. In der Tat richten wir unser Hauptaugenmerk auf die Versorgung der Mittel- und Oberschulen, der Fach- und Betriebsschulen. Die Zahl der Kunstschulen ist zwar nicht groß, aber sie erfordern große Aufwendungen, und sie bleiben bisher ein wenig im Schatten. Sobald das Land über die nötigen Mittel verfügen wird, sobald es gelingt, alle zweifellos erstrangigen Bedürfnisse zu befriedigen, werden wir soweit sein, uns auch mit den Kunstschulen zu beschäftigen und uns auch um diesen Bildungszeit zu kümmern.

In vielen Provinzen wurden Sportschulen geschaffen. Sie sind besser als die Kunstschulen eingerichtet, obwohl es auf der Hand liegt, daß ihre Anlagen nicht gerade zum Besten genutzt und nicht so sorgfältig, wie es wünschenswert wäre, gepflegt werden. Das ist auch wahr.

Vor kurzem erteilten wir einigen Genossen den Auftrag, alle 53 Kunstschulen unseres Landes aufzusuchen, die mit ihrer Tätigkeit verbundenen diversen Probleme zu analysieren und darüber nachzudenken, was für diese Schulen getan werden

kann. Die Arbeit begann vor 3 Monaten, alle Schulen wurden untersucht, es liegt ein Bericht über die Lage in jeder der Schulen und über deren Schwierigkeiten vor. Diese Frage verlieren wir nicht aus den Augen, und obwohl wir ihnen nicht schon heute alle nötigen Einrichtungen zur Verfügung stellen können, müssen wir wissen, was ihre Arbeit auf der heutigen Basis verbessern könnte.

Ein anderer Genosse hat den Auftrag, alle bzw. so gut wie alle Sportschulen zu besuchen. Es ist Genosse Juanflorencio, der nicht nur ein hervorragender Sportler war, sondern auch ein wahrer Revolutionär und ein echtes Vorbild für junge Menschen war und bleibt; er hat Willen, Disziplin und Talent, außer allem anderen absolviert er die Wirtschaftsfakultät der Universität. Wir glauben, daß er ausgezeichnete Arbeit leisten wird und vieles im Bereich des Sports gemäß den Bestrebungen der Sportschüler tun kann. Er muß alle Sportschulen aufsuchen, vielleicht war er schon in jeder, denn uns sind alle Einzelheiten wichtig. Es geht uns nicht nur darum, wie die Sache im allgemeinen aussieht, wie die Sportanlagen gepflegt und benutzt werden, wie die Lehrpläne sind und wie die Kinder den Sport mit dem allgemeinbildenden Unterricht verbinden. Wir müssen auch die Zahl der Vertreter verschiedener Sportdisziplinen in jeder Schule kennen. Offen gesagt, wir sammeln Informationen darüber, in wie vielen Sportarten Kinder in jeder Sportschule ausgebildet werden. Wir gehen davon aus, daß unsere Sportlerfolge zwar groß sind, daß wir aber in Zukunft weit mehr erreichen können, da wir heute über Möglichkeiten verfügen, von denen wir zu Beginn der Revolution nicht einmal träumen konnten.

Das Land hat 11 Sportschulen mit 13 000 Schülern. Ich glaube, wir haben 140 vorbereitende Sportschulen mit 22 000 Schülern, wenn ich mich nicht irre, habe ich gerade diese Angaben gesehen. Das Land hat Provinz-Sportzentren und eine Sporthochschule, "Cerro Pelado". Alles in allem haben wir große Möglichkeiten. Bis heute haben 17 900 Sportlehrer ihre Ausbildung absolviert. 17 900 — und wie viele gab es zu Beginn der Revolution? Etwa 2390 oder so.

Gegenwärtig prüfen wir, wo all diese Lehrer beschäftigt sind und was sie tun. Das Bildungsministerium teilt mit: Während früher 114 000 Schulkinder beim Sportunterricht mitmachten, sind es heute über 1,5 Millionen. Daran hätten wir vor 20 Jahren nicht einmal im Traum denken können. Man muß wissen, wie unsere Sportlehrer und Trainer arbeiten, was für Methodiken sie haben, wie dieses Fach in den Schulen aller Stufen unterrichtet wird, man muß ein wissenschaftliches Programm für die Entwicklung des Sports ausarbeiten. Unter Vermittlung des Nationalen Sportinstituts tragen wir bei der Inspektion jeder Sportschule alle diese Angaben zusammen und sind darauf bedacht, eine proportionelle Entwicklung aller Sportdisziplinen zu erreichen, damit der Sport wirklich die ihm in unserer Gesellschaft zustehende Rolle und unser Land im Weltsport eine immer größere Rolle spielt, sowohl in unserer Hemisphäre als auch international. Wir müssen voranschreiten, wir dürfen nicht stehenbleiben.

Gewiß, ich weiß, nach der Revolution haben wir bei den Panamerikanischen Spielen 622 Medaillen, darunter 242 Gold- und zahlreiche Silbermedaillen, erobert; ich weiß auch, daß wir bei den Mittelamerikanischen Spielen, wie ich glaube, 955 Medaillen erhalten haben. Müssen wir nun ein Rad schlagen und uns mit diesen Medaillen brüsten? Nein. Diese Erfolge unserer Sportler sind um so bedeutsamer, als wir damals noch nicht die hier erwähnten 17 900 Lehrer, keine Trainer mit spezieller Hochschulbildung, nicht die heutigen Sportanlagen hatten. Gegenwärtig können wir noch höhere Ergebnisse erzielen, wenn wir die vorhandenen Möglichkeiten vernünftig nutzen. Man muß sich fragen, in welchen Sportdisziplinen wir zurückbleiben: Warum haben wir z. B. keine Leichtathleten hoher Leistungsklasse im 3000- und 10 000-m-Lauf, warum finden wir unter unseren Jugendlichen keine 10 000-m-Läufer?

Gewisse Sportarten sind populärer als die anderen, doch dürfen wir nicht nur die populären entwickeln.

Wir wollen feststellen, wie viele Personen in jeder Provinz und in jeder Sportschule Baseball, Basketball, Volleyball und

Fußball spielen, wie viele Leichtathleten wir haben. Wir brauchen diese Angaben, um alle Sportarten proportional zu entwickeln, damit nicht in einer Provinz nur eine bestimmte Sportdisziplin popularisiert wird und Schulen sich auf Sportarten spezialisieren, die dort gefallen, andere Disziplinen dagegen mißachten.

Meines Erachtens können wir angesichts der Möglichkeiten, die wir im Sport haben, mehr erreichen und viel mehr tun.

Alljährlich werden bei uns Olympiaden der Schulkinder durchgeführt. Hier können wir nicht versprechen, die materielle Basis zu verbessern, weil wir nicht imstande sind, sofort, noch heute neue Sportschulen zu bauen. Wir wissen, daß es mit den Schwimmbecken schlecht steht, daß ihre Zahl nicht ausreicht, während die Entwicklung des Schwimmsports doch den Bau neuer Schwimmbecken erfordert. Wir müssen zusehen, wie wir die vorhandenen besser nutzen. In dieser Hinsicht haben wir einen Plan über die Nutzung der im Lenin-Park eröffneten Schwimmbecken und wollen feststellen, wie viele Schulkinder wir regelmäßig im Schwimmen unterrichten können. Wenn wir ihnen nicht die Fertigkeiten im Schwimmen beibringen und diesen Sport nicht entwickeln, bleiben wir im Sportschwimmen für immer auf dem Niveau der Katzen und werden — ohne große Anstrengungen — nichts erreichen. Selbst ohne neue Schwimmbecken, nur mit den vorhandenen, gilt es, vorwärtszuschreiten und außerdem zu prüfen, wie wir sie benutzen. In einer der Schwimmschulen wird sogar das Wasser erwärmt, obwohl wir ein tropisches Land sind. Da die Sportler täglich viele Stunden trainieren müssen, sinkt die Wassertemperatur in dieser Zeit auf 24 Grad, und sie können nicht weiter trainieren. Wenn ich das Europäern erzähle, wundern sie sich, weil bei ihnen die Wassertemperatur im Sommer manchmal nicht über 18 Grad steigt. Ich will damit sagen, daß wir bei der Entwicklung des Sports und der anderen Tätigkeiten davon ausgehen, was wir haben, und es optimal auswerten müssen.

All diese Probleme — Sport, medizinische Schulen, Kultur — wurden von uns hier angesprochen. Das bringt uns große Genugtuung, denn wir wissen, wie unterschiedlich die materielle Basis in verschiedenen Schulen ist. In den Oberklassen z. B. sind diese Bedingungen im allgemeinen ausgezeichnet. Auf jeden Fall kostete uns das viel Geld, und nun geht es darum, die Schulen im guten Zustand zu erhalten. In allen Provinzen wurden Spezialschulen bester Qualität gebaut. Geplant waren sie noch bei der früheren verwaltungstechnischen Gliederung des Landes, deshalb bilden jetzt bis zu drei neuentstandene Provinzen das Einzugsgebiet einiger davon. Aber schon werden Vorschläge über die Eröffnung solcher Schulen in Cienfuegos und Ciego de Avila erörtert, also in den neuen Provinzen, wo es früher keine Spezialschulen gab.

Wir sind zu einem sehr wichtigen Schluß gelangt: Unser Entwicklungsstand erlaubt es uns, all diese Spezialschulen zu 11-Klassen-Schulen umzugestalten, um die Zahl der Absolventen für die Hochschulen zu verdoppeln, wobei wir uns die Bedeutung einer gründlichen Vorbereitung vergegenwärtigen müssen.

Diese Frage wurde von uns und auch im Bildungsministerium geprüft, als wir darüber nachdachten, was zu tun ist, um die Qualität des Unterrichts auf dieser Stufe zu verbessern.

Auf einer Beratung der Dozenten der medizinischen Hochschulen im Kongreßpalast wurden die Ursachen jener Schwierigkeiten analysiert, die die Studenten nach ihrer Immatrikulation haben. Es wurde darauf verwiesen, daß die Spanne zwischen dem Unterricht in der Schule und dem an der Hochschule sehr groß ist; Probleme der Oberklassen wurden untersucht, jene Probleme, die Sie hier erörtert haben: Die Fächer werden bisweilen nicht nach Lehrbüchern unterrichtet, bei den Prüfungen nicht immer genügend hohe Forderungen gestellt. Man muß den Oberklassen mehr Beachtung schenken. Es ist ein nationales Seminar der Schuldirektoren einberufen worden, all diese Probleme wurden untersucht, geplant sind Maßnahmen, die um jeden Preis zu verwirklichen sind, wenn wir die Qualität des Unterrichts verbessern wollen. Es wurde der Beschluß über die Spezialschulen gefaßt, dank ihnen werden wir über 24 000 Oberschüler auf einem hohen Niveau

vorbereiten, und da solche Schulen auch in anderen Provinzen eröffnet werden sollen, kann diese Ziffer 26 000 erreichen. Den Spezialschulen muß man besonders große Beachtung schenken, dort die Lehrmittel konzentrieren. Bei der Aufnahme sind natürlich die Zeugnisse aus der Oberschule und die Ergebnisse der Aufnahmeprüfungen entscheidend. Etwas abgeändert werden die Regeln der Aufnahme in die Spezialschulen: In Betracht gezogen werden nicht nur die Reifezeugnisse, sondern auch die Ergebnisse des Wettbewerbs. Wie Genosse Fernandez Ihnen sagte, wurde ein Beschluß gefaßt, die Schule für Physik und Mathematik, die sehr gute Erfahrungen gesammelt hat, zu erweitern; vorgeschlagen wird, ähnliche Schulen im Zentrum und im Osten des Landes zu gründen und ihre Zahl also auf drei zu bringen. Außerdem sollen alle Spezialschulen nach dem Muster der Schule für Physik und Mathematik umgestaltet werden. All das wird, glaube ich, die Möglichkeit geben, den Unterricht in den Oberklassen merklich zu verbessern, damit ihre Schüler später die für das Land so wichtigen Berufe meistern können.

Wir wissen, daß für die Oberklassen der Oberschulen weit mehr Geld bereitgestellt wird als für die Kunstschulen oder medizinische Schulen, obwohl auch für diese nicht wenig getan wurde, oder schließlich für die Sportschulen. Die Oberklassen der Schulen wie auch die Oberschulen als ganzes sind gut eingerichtet; das trifft auch für die Fachschulen zu. Wir haben zahlreiche Fachschulen, man hat viel geleistet, um auch die notwendigen Werkstätten einzurichten, einige Fachschulen haben sogar ihre eigenen Produktionswerkstätten. Der Fortschritt ist offensichtlich.

Nichtsdestoweniger kommt es vor, daß die Oberklassen der Oberschulen und die Fachschulen infolge ihrer Bedeutung unsere ganze Aufmerksamkeit wie auch die der FEEM beanspruchen. Nicht alle Fachschulen sind ja dem Ministerium für Bildungswesen unterstellt, z. B. einige Kunstschulen, obwohl ein Teil davon zu diesem Ministerium gehört. Deshalb verlieren wir manchmal den Überblick über einige Fachschulen, z. B. die medizinischen, die Kunst- und die Sportschulen. Daß man dabei die pädagogischen Schulen übersieht, kommt nicht in Frage, weil Genosse Fernandez seine Lehrer tapfer verteidigt und nicht duldet, daß sie vergessen werden, wenn auch die Rede hier davon war, die Leistungen der Teilnehmer der Manuel-Ascunce-Formation zu heben. Darüber wurde gesprochen, das ist sehr wichtig.

Es gibt Berufe, die miteinander konkurrieren können, so die Medizin und die Pädagogik, aber meiner Meinung nach müssen wir uns um die Entwicklung des Unterrichts in jedem dieser Fächer bemühen. Was die Pädagogik angeht, so sind die Ausbildung der Lehrer und ihre Auswahl von sehr großer Bedeutung. Wie der Genosse Minister hier sagte, ist eine neue Idee aufgetaucht — Ideen sind, wenn richtig, Goldes wert —, nämlich: die Grundschullehrer aufzufordern, nach entsprechender Ausbildung Physik, Chemie und Mathematik zu unterrichten. An den entsprechenden Kursen nehmen schon 2400 Personen teil. Wir können es uns leisten, weil wir genügend Grundschullehrer, sogar schon eine Reserve an solchen Kadern haben. Deshalb können wir bestimmte Lehrergruppen, wie in diesem Fall, zur Weiterbildung delegieren. Wenn wir nicht 2400 Lehrer hätten, um die heutigen Kursteilnehmer zu ersetzen, hätten wir das nicht tun können. Genauso verbessert sich die Ausbildung von Oberschullehrern, die keine Diplome haben. Nach entsprechender Qualifizierung erhalten sie das Diplom. Ähnlich werden jene Grundschullehrer weiterqualifiziert, die später ihr Hochschuldiplom erhalten sollen. Nach diesem Programm bilden sich 21 000 Lehrer weiter. All das sind unsere großen Errungenschaften.

In Ihren Ansprachen auf diesem Kongreß betonten Sie sehr wichtige Fragen. Wir haben bereits von der Verteidigung der Heimat gesprochen, ich begann meine Ansprache mit diesem Punkt. Aber was Sie von den Prüfungen, von regelmäßiger Beurteilung der Kenntnisse, der Nutzung von Lehrbüchern, von hohen Anforderungen, der Strenge, Disziplin und der Qualität des Unterrichts gesagt haben, ist wirklich bemerkenswert.

Unser Volk kann stolz auf Sie sein, denn die ganze Welt sieht, wie tief und ernst unsere Oberschüler auf ihrem Kongreß diese Fragen erörtern. Das ist der beste Beweis, den eine sozialistische Revolution vorlegen kann. Nur bei einer so tiefgehenden und gerechten Revolution wie der unseren ist es möglich, daß sich alle Lernenden mit ihrem Land, mit den Interessen ihres Volkes identifizieren und darin Ausdruck ihrer eigenen Interessen sehen, daß sie sich so verhalten wie Sie auf diesem Kongreß. Ich glaube, eine solche Haltung unserer Lernenden ist eine politische Lehre für alle. In erster Linie war die Rede hier von Problemen der Verbesserung des Unterrichts, der Beurteilung der Kenntnisse, von den Prüfungen, den höheren Anforderungen, der Notwendigkeit, mehr zu leisten. Es ist natürlich, das von bewußten Menschen, von Revolutionären zu hören in einer Gesellschaft wie der unseren, in der die Lernenden und Studierenden wissen: Sie lernen und studieren nicht dazu, transnationale Konzerne oder die Bourgeoisie, oder die Oligarchie, oder die Ausbeuter jeder Art zu bereichern; sie lernen nicht in einer Ausbeutergesellschaft, sondern in der Gesellschaft der Werktätigen, die ausnahmslos allen die Möglichkeit zu lernen bietet. Von den Bemühungen der Revolution um die Bildung zeugt schon allein die Tatsache, daß alle, die im vorigen Jahr die Grundschule beendet haben, weiterlernen konnten. Mehr noch, die 170 000, die die Mittelschule beendet haben (die Zahl der Grundschulabgänger war, glaube ich, 231 000, sie ist etwas zurückgegangen, weil die Zeit der Bevölkerungsexplosion vorbei ist und heute in der Grundschule etwas weniger Kinder lernen als früher, heute beendeten nicht 240 000 Schüler die Grundschule im Jahr, sondern ca. 231 000), haben die Möglichkeit, weiterzulernen. Welch eine Genugtuung für unser Volk! Für alle Bürger, für alle Kinder, die ganze Jugend bedeutet das die Möglichkeit zu studieren, und für alle Familien unseres Landes bedeutet das die Möglichkeit, ihren Kindern Bildung zu geben.

Unsere jungen Leute verstehen das, sie wissen, daß unsere Gesellschaft ihre Gesellschaft, daß unser Volk ihr Volk ist, daß bei uns alle die gleichen Möglichkeiten haben, daß unsere Wirtschaft ihre Wirtschaft ist und hier der Schlüssel zu ihrer Zukunft liegt, um die sie ringen müssen. Deshalb wollen sie gut ausgebildete Fachkräfte sein und verlangen den Unterricht auf dem gebührenden Niveau und wirklich strenge Prüfungen. Wenn auf diesem Kongreß nur das allein gesagt worden wäre, auch dann könnten wir behaupten: Er ist wichtig, historisch.

Ich glaube, daß die Materialien dieses Kongresses unbedingt zu verbreiten sind. Ich habe ja bei weitem nicht alle Themen genannt, die Sie hier behandelten. Sie sprachen vom Wettbewerb und von vielen anderen Dingen. Einige davon haben sehr wichtige, wesentliche Bedeutung, und wie mir scheint, müssen sie unter allen Lernenden und Studierenden propagiert werden. Es wäre gut, wenn sich auch die Familien der Lernenden mit diesen Fragen bekannt machen, wozu die wichtigsten hier gestellten Probleme in unserer Presse — in der "Juventud Rebelde", der "Granma" und anderen Presseorganen — zusammenzufassen sind. Man muß erreichen, daß alle Lernenden unseres Landes, nicht nur jene, die auf diesem Kongreß waren, alle, einschließlich der Grund- und Mittelschüler, wie auch ihre Familienangehörigen in diese Dokumente Einblick nehmen, denn für den Sieg in dieser Schlacht brauchen wir die Hilfe des Elternhauses, die Hilfe aller Werktätigen, aller Massenorganisationen. Es wäre gut, wenn alle erführen, in welcher Richtung da gekämpft wird.

Sicherlich wird es noch mehr Kongresse geben, und sie werden, davon bin ich überzeugt, noch höhere Verpflichtungen übernehmen. Wenn wir bei der Bekämpfung des Sitzbleibens eine Vergrößerung der Zahl der versetzten Schulkinder erreicht haben (von 96% im Jahre 1983 auf 97% im Jahre 1984), so werden wir in Zukunft vielleicht 97,5% oder 98% erreichen und diesen Kampf weiterführen. So und nicht anders wird es sein. Und wiederum wird sich das Gespräch darauf konzentrieren, was bei der Organisation der Brigaden des Unterrichts in der Produktion erreicht worden ist, auf Probleme, die noch nicht gelöst sind, auf die Einsätze bei den

Feldarbeiten, usw. usf. Wir wollen uns keinen Illusionen hingeben, so ist nun einmal das Leben, es hat stets ein Quentchen Unrast in sich. Erfolg, Fortschritt, Voranschreiten waren immer eine Folge der ewigen Unrast des Menschen. Auf jedem Kongreß müssen wir sagen: Das und das sind unsere Ziele; wir müssen sie zeigen, unser ganzes Land zum Kampf dafür aufrufen und danach streben, daß alle "Faktoren", um mit Fernandez zu sprechen, der in seiner Ansprache sagte, an diesem Kampf seien alle "Faktoren" beteiligt, und die Zahl solcher "Faktoren", d.h. verschiedener Ämter und Organisationen, beträgt etwa 20 — man muß also erreichen, daß sie uns in unserem Kampf helfen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, was gelöst werden kann und was nicht. Auf einem nächsten Kongreß werden wir sagen müssen: Da, dort und dort haben wir uns große Mühe gegeben und das und das erreicht. Es ist klar, daß wir neue Probleme anschneiden und neue Aufgaben formulieren müssen, solange wir nicht die Vollkommenheit erreichen — wenn sie sich überhaupt je erreichen läßt —, und wenn wir die Vollkommenheit erreicht haben, denn einmal werden wir soweit sein, werden wir eben neue Aufgaben stellen müssen.

Wir müssen wahrscheinlich ein Programm für die Entwicklung des Bildungswesens bis zum Jahr 2000 ausarbeiten, darin formulieren, was wir zu tun gedenken, und die Aufgaben unserer Organisationen — des Kommunistischen Jugendverbands, der FEEM und der anderen — bestimmen. Wie wir im Zusammenhang mit den Entwicklungsfragen der Energiewirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft schon sagten, müssen wir uns auch in diesem Bereich klare Ziele setzen und den Kampf gegen alle Schwierigkeiten aufnehmen. Denn heute gilt es, im Bildungswesen vor allem für die Qualität zu kämpfen (da die Quantität heute nicht mehr so erforderlich ist). Dazu benötigt man ja nicht einmal Devisen! Dazu benötigt man keine großen Ausgaben. Gewiß, es kann vorkommen, daß uns plötzlich ein Reagenzstoff fehlt und daß wir Geld für den Kauf der nötigen Rohstoffe ausgeben müssen, um diesen Stoff selbst herzustellen; genauso kann es vorkommen, daß uns bestimmte Ausrüstungen oder Werkstoffe für ihre Herstellung fehlen. Schon heute produzieren unsere Fachschulen bestimmte Ausrüstungen, ebenso wie es auch das Bildungsministerium tut. Es werden 23 Mio Lehrbücher herausgegeben. Wir müssen, wie das schon gesagt wurde, mit dem Vorhandenen auskommen. Es kann sein, daß uns etwas fehlt, aber was wir haben, müssen wir sparen, pflegen und das Beste aus dem Vorhandenen herausholen. Wir müssen die Lehrbücher optimal nutzen, denn eine Vergrößerung der Auflagen würde ihren Import bedeuten. Das ist keine Kleinigkeit, vernünftiger und sparsamer wäre es, den Bücherbestand zu erhalten. Man muß Ordnung schaffen in der Frage der Lehrbücher für medizinische Schwestern, denn das Problem der Lehrbücher für die Ärzte ist schon gelöst. Man muß sehen, was das für Lehrbücher sind und wie sie verbessert werden können. Wir müssen bei unserem Kampf davon ausgehen, was uns verfügbar ist. In Zukunft werden wir mehr Arbeitskräfte reserven haben, denn von Jahr zu Jahr bilden wir mehr Lehrer mit akademischen Graden bzw. mit Hochschulbildung aus. Wir werden eine Reserve an Fachkräften schaffen, was uns die Delegation anderer Lehrer zur Weiterbildung ermöglichen wird.

Wir haben schon 258 000 Lehrer und Dozenten, einen je 12 Lernende bzw. Studierende, deren Gesamtzahl 3,1 Millionen beträgt. Das sind Menschen verschiedenen Alters, an verschiedenen Lehrinrichtungen. Die Zahl ist einfach unglaublich! In Zukunft werden wir noch mehr Lehrer haben. Wenn wir eine gute Arbeit im Kommunistischen Jugendverband, in den Gewerkschaften, Parteiorganisationen, im Bildungsministerium und in den örtlichen Machtorganen leisten, werden wir noch besser ausgebildete Lehrkräfte und Dozenten haben. Wohl gemerkt hängen unsere künftigen großen Erfolge nicht mehr vom Umfang, sondern von der Qualität unserer Arbeit ab. Darauf sind die Bemühungen auf allen Stufen des Bildungssystems zu konzentrieren: in der Grund-, der Mittel- und der Oberschule, im Fachschulsystem, und zwar an den von mir hier erwähnten Richtungen, darunter

in den medizinischen, den Kunst- und den Sportschulen. Bis zum Jahr 2000 können wir unser heutiges Niveau weit zurücklassen. Dazu muß man aber den Hauptweg einschlagen, d. h. die Qualität verbessern und die subjektiven Faktoren nutzen, auf die wir durch unsere Arbeit großen Einfluß nehmen können.

Das ganze Bildungssystem muß qualitativ besser sein. Es gilt, ein langfristiges Programm auszuarbeiten, wie das z. B. im Bereich der Medizin getan wurde: Bekannt ist schon die Zahl der Ärzte, die wir haben werden, wir wissen, wo sie ihre Tätigkeit aufnehmen und an welchen Abschnitten die einzelnen Spezialisten eingesetzt sein werden. Schon liegen Entwicklungsprogramme vor, das ist die Hauptsache. Die Arbeit soll mit einer klaren 15-Jahre-Perspektive vor sich gehen.

Dasselbe ist in der Wissenschaft zu tun; es steht fest, wie wichtig das ist. Hier sitzt der Präsident der Akademie der Wissenschaften. Er ist nicht der Chef aller wissenschaftlichen Einrichtungen, übt aber die methodologische Leitung ihrer Tätigkeit aus und steht einigen unmittelbar vor.

Wir haben Angaben, daß in der Wissenschaft bereits 12 000 diplomierte Fachkräfte tätig sind. Insgesamt sind im wissenschaftlichen Bereich ca. 35 000 Personen tätig, und das sichert uns eine gute Stelle in der Welt. Wenn man z. B. die Angaben über die Anzahl der wissenschaftlich tätigen Personen mit Hochschulbildung auf je 100 000 Einwohner in verschiedenen Ländern vergleicht, ergibt sich für Lateinamerika folgendes Bild: 31 Personen in Argentinien, 21 in Brasilien, 15 in Mexiko, aber 65 auf Kuba.

Die sehr wichtigen Entwicklungspläne aller unserer wissenschaftlichen Einrichtungen sind zu präzisieren. Man muß aus den Anstrengungen von Tausenden Mitarbeitern verschiedener Ebenen und aus ihren Möglichkeiten das Beste herausheben. Zu einem günstigen Zeitpunkt und bei einer der Wissenschaft gewidmeten Veranstaltung werden wir wohl ausführlicher auf ihre Entwicklungsprobleme eingehen, heute aber möchte ich zumindest die Wichtigkeit dieser Aufgaben hervorheben.

Mit unseren Reserven können wir viel bei der Lösung der sozialen Probleme erreichen. Stellen Sie sich z. B. unsere Erfolge im Gesundheitsschutz schon in 15 Jahren vor! Die Kindersterblichkeit wird in diesem Jahr vielleicht auf 15 je 1000 Neugeborene zurückgehen; ich weiß nicht, was die hier anwesenden Vertreter des Ministeriums für Gesundheitswesen sagen werden, vielleicht wird sie noch niedriger sein.

Wir arbeiten Programme aus, die mit der Behandlung der angeborenen Kardiopathie zusammenhängen. Es handelt sich um eine Herzkrankheit bei Kindern, die laut internationalen Statistiken ca. 1% der Neugeborenen befällt. Wir betrachten die Probleme der Betreuung solcher Kinder, studieren die dazu notwendigen Methoden, bestimmen, welches System und welche Therapien dabei angewandt werden sollen. Allein schon die erfolgreiche Erfüllung dieses Programms — in dieser Richtung wird schon gearbeitet, wenn auch die Arbeit eine bestimmte Zeit erfordert — kann die Mortalität um 3 Punkte senken. Außerdem werden alle Familien ernsthafte Garantien erhalten. Das Auftreten dieser Erkrankung ist nämlich sehr schwer vorauszusagen. Ungefähr bei 50% der Fälle der angeborenen Kardiopathie verläuft die Krankheit kritisch. Ohne eine Intensivbehandlung sterben 80–90% der kranken Kinder im ersten Lebensjahr. Eine solche Behandlung kann aber nur in sehr spezialisierten medizinischen Zentren mit Spezialisten für Kinderherzchirurgie durchgeführt werden. Dort behandelt man erfolgreich selbst Kinder, die sonst schon im ersten Lebensjahr gestorben wären. Kinder, bei denen die Krankheit nicht das kritische Stadium erreicht hat, sind dem Risiko ausgesetzt, ohne die nötige medizinische Hilfe sehr früh zu sterben. Die Umsetzung dieses schon eingeleiteten Programms — denn schon wird das Personal ausgebildet, werden Ausrüstungen erworben — kann meines Erachtens zu einem Rückgang der Kindersterblichkeit — nur so über den Daumen gepeilt — um 3 Punkte bei den heutigen 15 Todesfällen auf je 1000 Neugeborene führen.

Und welche Kennziffern können wir am Ende der nächsten 15 Jahre in Bildung, Gesundheitsschutz, Sport, Kultur, Wissenschaft und vielen anderen, hier nicht erwähnten Bereichen erreichen! Ich betone das, weil die maximalen Anstrengungen in den nächsten Jahren der wirtschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage der bestehenden materiellen Basis gelten müssen.

Ich will wiederholen, was ich vor einigen Tagen sagte: Wir haben im sozialen Bereich Erfolge erzielt und Möglichkeiten geschaffen, die es uns erlauben, bedeutend voranzukommen, wenn wir die Investitionen auf die Entwicklung der Wirtschaft konzentrieren.

In den Mitteilungen über Ihren Kongreß las ich, daß Sie die Thesen und Schlüsse aus meiner Ansprache im Karl-Marx-Theater auf dem Nationalen Energieforum vom 4. Dezember studieren wollen. Das freut mich, und ich möchte Ihnen als Lernenden der Mittel- und Fachschulen sowie jenen, die die Mittelschule bald beenden und in die Oberschule übergehen werden, sagen, daß Sie nur 15–17 Jahre alt, einige sogar noch jünger sind. Dabei fordern Sie das Recht, den Territorialen Milizen beizutreten. Bevor ich hergekommen bin, las ich eine Information des Genossen Raul Castro, worin die Rede davon ist, was getan wird, damit Schüler von über 15 Jahren und selbst jüngere in diese Trupps aufgenommen werden können.

Was den Tag der Studentenverteidigung betrifft, so schlugen die Genossen aus dem Ministerium für die Revolutionären Streitkräfte angesichts der Tatsache, daß für alle Truppen der Territorialen Milizen bereits ein Nationaler Verteidigungstag besteht, vor, auch die lernenden Teilnehmer der Milizen sollen ihre entsprechenden Veranstaltungen an diesem Tag durchführen.

Ich sagte, daß einige von Ihnen 15 und andere vielleicht sogar erst 14 sind. Bis zum Jahr 2000 sind gerade 15 Jahre geblieben, das ist gar nicht viel. Möglicherweise ist das etwas zu viel für einige von uns, die wir im Präsidium sind, aber nicht für Sie. Wer heute 15 Jahre alt ist, wird im Jahre 2000 erst 30, wer heute 18 ist, wird dann 33 sein. Gerade Sie, Hunderttausende junge Menschen, die heute in den Ober- und Mittelschulen lernen, insgesamt über 1,5 Millionen, und mit den heutigen Schülern der 1., 2. und 3. Klassen sind es über 2 Millionen —, gerade Sie werden um diese Zeit Arbeiter und Techniker sein, eine Hochschule absolviert haben oder dicht daran sein, Sie werden jene Fachkräfte sein, die die Hauptproduktivkraft des Landes darstellen. Ich will nicht sagen, daß Sie in 15 oder 17 Jahren, im Jahre 2000, das Land regieren werden, denn wir haben viele junge Leiter, und sie beabsichtigen keinen Rücktritt. Ich weiß nicht, wie alt die hier anwesenden Leiter des Kommunistischen Jugendverbandes sind. Wie alt? (Zwischenruf aus dem Präsidium: 33.) Nein, ich meine, wie alt Sie in 15 Jahren sind. Gut, wenn Sie jetzt 33 sind, plus 15 macht 48: Sie werden dann etwa 48–50 Jahre alt sein. Die hier anwesenden FEEM-Leiter werden ungefähr so alt sein wie Sie jetzt. Die leitenden Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbandes sowie viele junge Parteifunktionäre werden bestrebt sein, alles zu tun, um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung zu haben.

Eine große Verantwortung wird auf Ihnen lasten. Das Jahr 2000 ist eher Ihre als unsere Zeit. Die Zukunft liegt in Ihren Händen!

Alles, wovon wir vor wenigen Tagen sprachen, wird eher auf Ihren Schultern lasten als auf der heutigen Generation. Sie müssen die Bannerträger dieser Ideen sein, überzeugte Bannerträger, und mit der gleichen Entschlossenheit, mit der Sie das Banner des Schutzes der Heimat halten, müssen Sie das Banner der Wirtschaftspolitik tragen: der Energiepolitik und jener gesamten Wirtschaftsstrategie, von der auf dem Forum vom 4. Dezember die Rede war.

Es ist notwendig, an die Zukunft zu denken, das im sozialen Bereich Erreichte zu verankern und eine sachkundige, fundierte Wirtschaftsstrategie auszuarbeiten, dank der wir unseren Fortschritt festigen und weit größere Möglichkeiten für die Zukunft erhalten werden und die uns jene Zukunft ge-

währleisten wird, die Ihnen gehört. Das trifft für alles zu, was mit der Entwicklung von Energiewirtschaft, Produktion und auch mit den Beziehungen zur sozialistischen Staatengemeinschaft verbunden ist, die erfolgreich voranschreitet, was unsere ideologischen Gegner auch sagen mögen. Heute sind im imperialistischen Lager bestimmte Illusionen aufgekommen, der Sozialismus gehe seinem Verfall entgegen. Aber sie kennen die potentiellen Möglichkeiten der sozialistischen Länder und besonders der UdSSR, die wahrlich unerschöpflich sind, einfach nicht. Es unterliegt auch nicht dem geringsten Zweifel, daß die sozialistischen Länder festen Schrittes und krisenfrei voranschreiten werden, daß die Zukunft restlos dem Sozialismus gehört.

Die kapitalistische Gesellschaft entwickelt heute ihre Wirtschaft und erlebt morgen eine Rezession. Dort weiß man, was 1984 geschieht, weiß aber nicht, was 1985 und 1986 geschehen wird. Wir dagegen können anhand der Erfassung unserer Reserven, anhand unserer Wirtschaftspläne und des erreichten Produktionsstands voraussagen, was im Jahre 2000 geschehen wird, wir wissen, was wir in Bildung, Gesundheitsschutz, auf allen Gebieten haben werden. Wir können kühn in die Zukunft blicken. Sie können die Zukunft nicht sehen, denn sie sind kurzsichtig. Der Kapitalismus hat keine Weitsicht, er laboriert an einer ganzen Reihe unlösbarer Probleme, die diesem System eigen sind. Was kann aber erst die dritte Welt von der Zukunft erwarten, wie ihr entgegenblicken, wenn sie überhaupt geblendet, in den Abgrund der Unterentwicklung hinabgestoßen wurde, wenn sie auch heute ausgebeutet und geplündert wird? Und da heißt es noch, der Ausweg sei die kapitalistische Entwicklung, seien die transnationalen Monopole. Diese haben einzelne Länder unterwandert, in Billiglohnländern investiert und heimsen Riesenprofite von der billigen Produktion ein. In den USA oder in Europa sind die Löhne recht hoch, und die Monopole erhalten dort nur ein Zehntel der Profite, die sie in den Entwicklungsländern erzielen. Kein Wunder also, daß sie in diese Länder vorstoßen.

Jemand sagte vor kurzem, die transnationalen Monopole seien wie ein Huhn, das goldene Eier legt. Wo sie wirken, bleibe angeblich Gold und Silber. In Wirklichkeit verlegen sie in diese Länder nicht selten Betriebe, die die Umwelt verschmutzen, zahlen die niedrigsten Löhne und beuten die Werktätigen aus, wobei sie den Arbeitskräfteüberschuß, die Arbeitslosigkeit, den niedrigen Lebensstandard ausnutzen. Manchmal kommt es sogar soweit wie vor kurzem in Indien. Aus den Zeitungen wissen Sie von der Tragödie, die in einem Betrieb einer transnationalen US-Firma geschah. Das war in einer indischen Stadt, einem Bezirk mit 200 000 Einwohnern, in dem Behälter mit einem tödlichen Giftstoff untergebracht waren. Dort kam es zu einer Katastrophe, die leicht voraussehen war. 2000 Personen — Männer, Frauen, Kinder, alte Leute — sind schon umgekommen, 50 000 weitere leiden an den Vergiftungsfolgen.

Niemand kann die Nachwirkungen der Vergiftung jener voraussagen, die am Leben geblieben sind. Das Gas wirkt auf die Lungen. All das ist ein Ergebnis der Verantwortungslosigkeit der Leute, die bereit waren, ein tödlich gefährliches Produkt in einer überfüllten Stadt zu lagern und zu verarbeiten. Diese Panne schlug wie eine Atombombe ein, und das war das Werk einer Filiale einer transnationalen Gesellschaft.

In den USA, wo dieses Giftgas in besiedelten Gebieten selbstverständlich nicht gelagert wird, traf man sofort Sicherheitsmaßnahmen; das tat man auch in Brasilien, sobald die Nachricht eintraf. Ich glaube, es handelte sich um ein Schiff mit 13 t von jenem Giftgas an Bord, das in Indien explodierte. Das Anlaufen der brasilianischen Häfen wurde dem Schiff untersagt. In Indien investierte die transnationale Gesellschaft das Kapital und hinterließ eine Art Atombombe. Wer kommt in solchen Fällen um? Die Kinder und die Frauen der Arbeiter. Aber was kümmert das die Monopolherren?

Und bei all dem sagen die Kapitalisten den Entwicklungsländern: Die Lösung eurer Probleme sind die transnationalen Konzerne!

Nein, die Lösung der Wirtschaftsprobleme der Menschheit ist der Sozialismus. Es liegt mir fern zu behaupten, der Sozialismus sei etwas absolut Vollkommenes. Wir sind uns über die Mängel und Schwierigkeiten, die es im Sozialismus vorläufig gibt, klar und kämpfen für ihre Beseitigung. Der Sozialismus aber wird nicht durch blinde egoistische Gesetze reguliert. Gerade den Menschen obliegt es, ihre Ziele und Bemühungen zu organisieren, zu planen und zu durchdenken. Wir können unsere Irrtümer, subjektive Störfaktoren, das Unvermögen einzelner Menschen, effektiv zu arbeiten, nicht dem Sozialismus in die Schuhe schieben. Wir sehen, wie viel unsere Funktionäre dazugelernt haben, sehen die gesammelten kollektiven Erfahrungen, die neuen wachsenden Möglichkeiten. Doch wissen wir auch, wie viel auf uns noch zukommt. Darin ist nichts Schlechtes. Im Gegenteil, es wäre schlecht, wenn wir uns nicht über unsere Mängel, über die Mängel unseres Sozialismus im klaren wären. Aber die Möglichkeiten, die der Sozialismus bietet, sind grenzenlos, unerschöpflich. Der Kapitalismus dagegen hat keine historischen Perspektiven mehr, und das trifft für die Länder der dritten Welt ebenso wie für die kapitalistischen Industrieländer zu. Täglich können Sie in den Zeitungen lesen und direkt spüren, wie beunruhigt man dort über das Anwachsen der Arbeitslosigkeit ist. Aber ich habe schon darüber gesprochen, daß die Arbeitslosigkeit in den USA etwas zurückgegangen ist, und die Ursachen dieser Erscheinung erklärt.

Vor zwei Tagen hieß es im Leitartikel der "Washington Post", der die Verschuldung der lateinamerikanischen Länder zum Vorwurf hatte: Die Situation, in der sich Lateinamerika sieht, und seine Probleme müßten den USA als Lehre dienen, weil sie gegenwärtig der größte Schuldner in der Welt seien. Das stimmt, denn die USA scharren das Geld von überallher zusammen, schulden aber allen etwas, da sehr viele Länder wegen der hohen Bankzinsen drüben investieren. Wir erwähnten hier das Handelsdefizit der USA von 100 Md. und das Budgetdefizit von 200 Md. Dollar. In dem Artikel der "Washington Post" hieß es: Ebenso wie die lateinamerikanischen Länder vor 3 Jahren, leben die USA wirtschaftlich über ihre Verhältnisse, und ebenso wenig wie Lateinamerika werden sie von Auslandskrediten ewig leben können. Nun, das ist ungefähr dasselbe, was auch wir ständig sagen: Die USA haben ernsthafte Wirtschaftsprobleme, und man muß verfolgen, welche Schritte sie tun, was sie zur Beseitigung von Rezession und Krise, zur Einrenkung ihrer Angelegenheiten unternehmen werden. Denn heute macht sich die Tendenz bemerkbar — ich würde sagen, eine weltweite Tendenz, die kraft verschiedener Gründe und Faktoren in vielen Ländern zutage tritt — unabhängig von den eigenen Produktionskapazitäten und über den realen Entwicklungsstand der eigenen Wirtschaft hinaus zu leben. Wir müssen das um jeden Preis vermeiden.

Es ist verständlich, daß ein Entwicklungsland Reserven, sehr hohe Investitionen braucht. Das ganze Energieprogramm, von dem wir vor wenigen Tagen sprachen, erfordert kolossale Investitionen, und wir müssen den Bau von Kernkraftwerken, Nickelfabriken fortführen, Überlandleitungen, darunter solche von 500 kV, legen, die Hüttenindustrie und den Maschinenbau weiterentwickeln. Wir müssen auf vielen Gebieten viel investieren! Zum Glück stehen uns Kredite der sozialistischen Länder zur Verfügung!

Als die UdSSR mit der Industrialisierung begann, hatte sie keine Auslandskredite und konnte bei der Anlegung von Ressourcen für ihre Entwicklung nur mit den Kräften des eigenen Volkes rechnen, das damals hungrig war und nichts anziehen hatte. Aber selbst als das Land zu wenig Nahrungsmittel hatte, exportierte die UdSSR Getreide, um gewisse Ausrüstungen kaufen zu können und die eigene Industrie anzukurbeln. Wir haben einen bedeutsamen Vorzug, eine

umfangreiche äußere Hilfe. Jetzt müssen wir lernen, sie richtig zu verwenden, nicht dem Verbrauch, sondern der Wirtschaftsentwicklung zuzuführen, denn wenn wir diese Kredite für den Verbrauch bestimmen, wird das unsere Probleme nicht lösen. Wenn aber das Land Kredite für die Wirtschaftsentwicklung benutzt, trägt das zur Lösung der Probleme bei, denn wenn wir die betreffenden Mittel in den Produktionskapazitäten anlegen, vermehren wir unsere Reserven. Dagegen gewinnen wir nichts, wenn wir sie in der Konsumtion verbrauchen.

Deshalb möchte ich noch einmal sagen, daß die Strategie der Zukunft darin liegt, in der weltweiten Situation von Chaos und Problemen eine feste Wirtschaft zu schaffen. Das muß unser Weg sein, das ist viel wichtiger, als etwa 10 m Textilien mehr zu erhalten.

Hier auf Ihrem Kongreß haben Sie sehr gut davon gesprochen, Sie haben auch kritische Bemerkungen über einige Jungen und Mädchen gemacht, die ihre Kleidung viel zu stark beschäftigt und die zu viel an belanglose Äußerlichkeiten denken. An ihre Adresse haben Sie Kritik ausgesprochen, und das ist richtig.

Wir leben in diesem Land und können uns nicht über unsere Geschichte hinwegsetzen: Kolonie 400 Jahre lang, eine auf der Landwirtschaft fußende Wirtschaft, Neokolonie der Yankees fast 60 Jahre lang; erst dann erkämpften wir die Freiheit und Unabhängigkeit und schlugen unseren Entwicklungsweg ein. Wir können es uns nicht leisten, bunten Träumen nachzuhängen oder uns von der Mentalität der Verbrauchergesellschaft anstecken zu lassen. Die Jugend hat sich zu sagen: Wir müssen alles Notwendige haben — die notwendige Nahrung, Kleidung, die notwendigen Bücher und Lehrmittel —, um heranzuwachsen, uns körperlich und geistig gesund zu entwickeln und uns vor allem auf die Zukunft vorzubereiten. Das ist die Aufgabe der Jugend, wenn sie eine glückliche Zukunft haben will, und Sie müssen die Bannerträger dieser Ideen sein und gut verstehen, daß man um der Zukunft willen arbeiten, Kräfte einsetzen muß. Die Verbrauchermentalität der kapitalistischen Industrieländer steht uns nicht zu Gesicht. Übrigens leisten sie sich diesen Luxus auf Kosten anderer Staaten, um den Preis von Hunger und Tod von Hunderten Millionen Menschen in der Welt.

Sie und unsere ganze Jugend müssen das einsehen. Es kommt darauf an, daß sich unsere Jungen und Mädchen, die beim Eintritt in die Territorialen Milizen mit Gewehren bewaffnet werden und Schützengräben ausheben, sich genauso mit den Ideen und klaren revolutionären Vorstellungen von der Zukunft wappnen. Es gilt, auch ideologische Schützengräben zu graben und die Worte Martis nicht zu vergessen: "Ideologische Schützengräben sind mehr wert als die aus Stein!"

Ich denke, wir benötigen sowohl Schützengräben aus Stein als auch ideologische Schützengräben. Wenn der Held unseres Unabhängigkeitskampfes heute hier wäre, würde er, ich bin sicher, von der Notwendigkeit sprechen, die beiden Arten der Schützengräben anzulegen, denn das tat er auch selbst.

Ich bitte Sie, wie ich die Delegierten des Nationalen Energieforums bat, ich bitte die Vertreter der FEEM, alle ihre Mitglieder und alle Mitglieder des Universitätsverbands der Studenten, die Schüler und Jungpioniere, ich rufe Sie alle auf, da die Zukunft Ihnen gehört und für Sie geschaffen wird: Seien Sie in der Avantgarde, seien Sie die besten Bannerträger dieser Ideen, dann werden wir stark sein in allen Bereichen, in der Verteidigung der Heimat, bei der Schaffung der materiell-technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Basis unseres Landes. Wir wollen alles tun, damit sich unsere Kenntnisse mehren.

Hier war schon davon die Rede, daß Hochschulen mit EDV-Anlagen ausgestattet werden. Jetzt erwägen wir auch den Gedanken, sie in den Fach- und Oberschulen aufzustellen. Die ersten Schritte erfolgen schon, und wir werden nicht dabei stehenbleiben. Es wird alles Notwendige getan, werden alle Maßnahmen getroffen werden, damit wir der heutigen Generation und den künftigen die Worte sagen können, die Ihre Lösung sind. Was sagen Sie? (**Sprechchöre im Saal:** "Die neue Generation der Kubaner ist entschlossener, fester, von höherem revolutionärem Geist, internationalistischer und unbeugsamer als selbst die Generation, die uns inspirierte und erzog!")

Und noch eine Ihrer Lösungen (**der Saal im Sprechchor gemeinsam mit Fidel Castro:**) "Alle Geborenen und alle, die in diese Welt kommen werden, sollen wissen: Wir sind nicht besiegt, der Sieg ist unser!"

Patria o Muerte!

Venceremos!

Nur noch etwas, was ich nicht unerwähnt lassen möchte. Wir halten diese Kundgebung in einer Schule ab, die, wie ich sagte, ein hohes Ansehen genießt, genauso wie ihre Studierenden: der Salvador-Allende-Schule.

Gemeinsam mit den Genossen aus der FEEM möchte ich für die Hilfe bei der Organisation dieses Kongresses danken. Vor allem aber dachte ich an die Zeit zurück, als der Bau dieser Fachschule beendet wurde. Das war 1973, damals wurde Salvador Allende, ein großer Freund unseres Volkes und hervorragender Kämpfer unseres Amerika, ein Held der revolutionären und fortschrittlichen Bewegung Amerikas und der ganzen Welt, ermordet. Damals wurde beschlossen, dieser pädagogischen Fachschule, einer der beiden in Havanna und einer der größten im Lande, diesen Namen zuzuerkennen. In den vergangenen Jahren hörten wir sehr oft von dieser Fachschule, und die Worte Salvador-Allende-Schule sind ein Begriff. Es ist wunderbar zu sehen, wie das Andenken eines Mannes, der zu einem Symbol wurde, das Andenken an den Helden in dieser Schule fortlebt.

Wenn wir hören, daß die Studierenden hier 9 Jahre hintereinander im gesamtnationalen Wettbewerb siegen, fühlen wir uns glücklich und erinnern uns bewegt an die Zeit vor 10 Jahren, als der Gedanke aufkam, diese pädagogische Fachschule nach dem unsterblichen Salvador Allende zu nennen.

Danke.

DIE MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“

kommentieren das Geschehen auf allen Kontinenten, berichten über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit. Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch und tschechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (600 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.
Association Belgique—URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

BRD (35,00 DM) — Plambeck und Co, Druck und Verlag GmbH, Postfach 920, 4040 Neuss 1.

— W. E. Saarbach GmbH, Ausland-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.

— Kubon & Sagner, D 8000 München 34, P. O. Box 340108.

— Presse-Vertriebsgesellschaft m.b.H. 6 Frankfurt am Main, Börsenstraße 13—15.

DÄNEMARK (96 dkr.)

— „Sputnik“ International Vester Voldgade 11 Copenhagen
„Akademisk Boghandel“ Universitetsparken 800 Aarhus C Denmark

DDR — Alle Postämter

HOLLAND (44 hfl.)

— „Pegasus“ Boekhandel Leidsestraat 25 Amsterdam
„Swets“ Subscription Service P.O. Box 845 2160 SZ Lisse

JUGOSLAWIEN

— 11 000 Beograd, „Jugoslovenska kniga“, Terazije 27 II, soba 5.
— 11 001 Beograd, Prosveta Terazije 16 I.
— 41 000 Zagreb, „Mladost“, Ulica 30.
— 6100 Ljubljana, „Drzavna Založba Slovenije“ Titova 25. P. O. B. 50-1

Ulica JNA 42
71 000 Sarajevo, SFRY
Makedonska Kniga
Knigoizdatelstvo
Otdelenije za Stranska literatura
Ulica Tiranska bb
91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (600 bfr.) — Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (80 nkr.)
„Norvesens“ A. S.
Literaturtjeneste
P. O. Box 6125
Esterstad
Oslo

ÖSTERREICH (180 ÖS) — „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchststadtplatz 3.

— „Das Internationale Buch“ Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.
— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.
— Österreichische Kommissionsbuchhandlung Maximilianstraße 17, A-6020 Innsbruck.
— Gerold und Co. Graben 31 A-1011 Wien 1, Postfach 597.

POLEN (260 Zl.) — Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs.

SCHWEIZ (32,00 sfr.)

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J. Rousseau, Genève.

— Pinkus Froschaugasse 7, 8001 Zürich

— Reiher-Verlag. Postfach 3000. Bern 6.

TSCHECHOSLOWAKEI

PNS-dovoz tisku;
PNS dovoz tlace.

UNGARN — Alle Postämter

USA (16,60 \$) Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852.

WESTBERLIN (35,00 DM) „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielallee 34.

— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau/Frl. Fa Buchhdlg.

Name:

Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl:

Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

☐ 1 Jahr ☐ 2 Jahre ☐ 3 Jahre Datum

Bitte entsprechendes ankreuzen

Unterschrift

Im Objektiv: SIMBABWE

Die Republik Simbabwe liegt im Süden Afrikas. Dort befinden sich die herrlichen Victoria-Fälle, die Ruinen der alten Stadt Simbabwe, die der Republik den Namen gab, und in den Granitgebirgen verborgene Höhlen.

Am bedeutendsten aber sind die eindrucksvollen Wandlungen, die in den fünf Jahren des Bestehens der Republik eingetreten sind. Die Regierung unter Robert Mugabe hat die Rassendiskriminierung beseitigt und allen Bürgern gleiche Rechte verliehen. Sie hat den Afrikanern die Möglichkeit zur aktiven Beteiligung in allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens geboten. Schulen

und Krankenhäuser „Nur für Weiße“ sind verschwunden. Die Anzahl der farbigen Schüler steigt. Minderbemittelte erhalten unentgeltliche medizinische Hilfe. Die ärmsten Bauern bekommen Boden.

Noch jedoch hat das Land viele sozialökonomische Probleme, die sich vor allem daraus ergeben, daß die Erzgruben und Werke noch immer westlichen Monopolen und die ertragreichen Böden weißen Farmern gehören. Die Führung der Republik, die die Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage zu ihrem Ziel verkündet hat, ist gewiß, daß sie diese Probleme im Interesse des Volkes lösen wird.



Straßenkreuzung
in der Hauptstadt
Harare

Vertreterin
der neuen
Generation

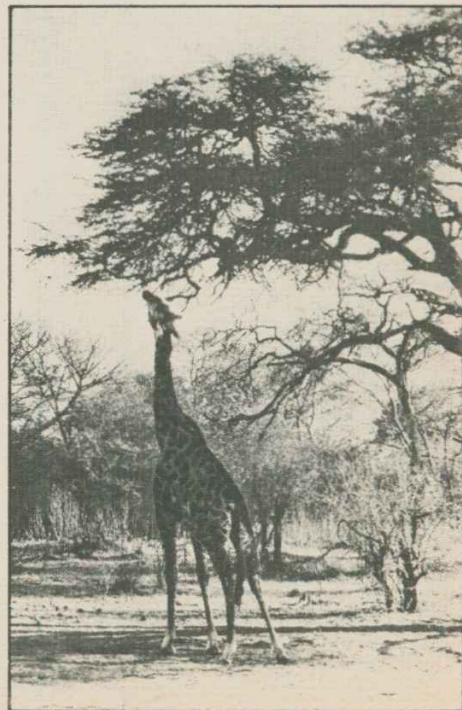


Ein Labor an
der Universität
Harare



Bau eines
Futtermittel-
kombinats
in der Stadt
Chegutu

Im Wankie-
Nationalpark



Fotos: TASS